Verantwortlich i.S.d. Fressegesetzes:

M.Metzner
69 Heidelberg
Rohrbacherstr.16o

Druck: esprint HD

Der CARLO ist zu bestellen bei:
Carlo Sponti,69 Heidelberg
Rohrbacherstr.16o

Briefmarkenmenge oder entsprechenden Zaster aufs Konto
Nr. 364 33-751 (M.Metzner,Sonderkonto)beim Postscheckamt Karlsruhe

Pro Normalcarlo 5o Pf.,bei Doppelcarlo DM 1,oo zusätzlich Porto.
Jahresabo kriegt ihr schon für DM 7,--

Alles fing damit an, daß die mich gefragt haben, ob ich Interesse an Bogenschießen habe...

Freie Universität Berlin
Zentraleinrichtung für wissenschaftliche Fotothek (ZI 9)
Archiv

CARLO SPONTI!

Hallo, da sind wir wieder, kommen grad aus Portugal zurück. Den Opa haben wir mitgebracht, weil er uns so gut gefällt - der reist jetzt in der BRD rum und hält Vorträge ! Gut was ?

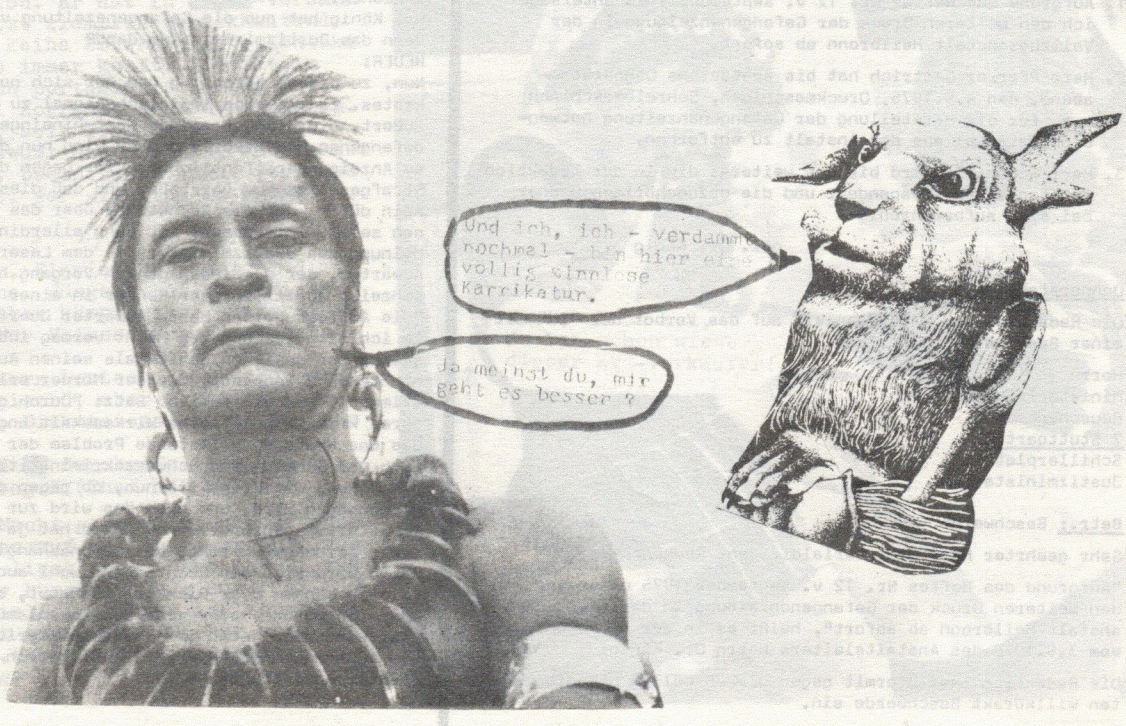
1. DM

Nr. 14/15 NOV. 75

Für den Fall, daß sich jemand dafür interessiert: die CARLO-Redaktion hat Zuwachs bekommen; wir sind jetzt sieben.
Nicht verändert hat sich unser Anspruch: unabhängiges Organ der undogmatischen Linken zu sein.
Also, schreibt uns 'was!

INHALT:

S. 2-3 - Richter Anwärter hat „zu"-geschlagen
3 - 1. Heidelberger Frauenfilmtage
3 - Der KBW und seine Dossiers
4 - Spanien-Initiative und Portugal-Gruppe / HD
5-8 - Olé - Spanien im Umbruch
8 - Das „CA" und der kleine Senat
8 - Folk-Club / HD
9 - Rosa Winkel - Schwulenunterdrückung
10-11 - Recht der Frau
12-14 - Die Gewerkschaften in der Krise
15 - 3 brandneue Kurzgeschichten v. Alexander Kluge
16 - Carlo Poster



Richter Auwärter hat 'ZU' - Geschlagen

Die nachfolgend abgedruckte Dokumentation ist der Gefangenenzeitschrift " ZU " der Vollzugsanstalt Heilbronn entnommen.
Die "ZU" war mit der Nr.12 bundesweit ins Gerede gekommen,nachdem ein Leserbrief des Heilbronner Strafrichters und CDU-Mitglieds HJ Auwärter abgedruckt worden war.Die Gefangenen konnten dort seine Überlegungen,wie den Gewaltverbrechern in der BRD beizukommen sei,nachlesen.Richter Auwärter meinte u.a.:

'Beim Mörder muß Schluß sein - das ist eine Frage der Kultur und des Menschseins überhaupt,da darf gar nicht "resozialisiert"werden,da muß vergolten und vernichtet werden.....Wir sind Menschen und keine Schweineherde,die es im Fressen und Grunzen nicht stört,wenn ein Mörder unter ihr weilt.Wenn uns dieses Empfinden verlorengeht,sind wir eine kulturlose,dem Untergang zustrebende Herde.'
Nachdem einige Zeit ins Land gegangen und das Justizministerium ob der bundesweiten Aufmerksamkeit aus seinem Schlaf hochgeschreckt und mit sich zu Rate gegangen war,wurde HJ Auwärter zum I.Oktober von der I.Großen Strafkammer an die 5.Zivilkammer in Heilbronn versetzt,auf eigenen Wunsch (!).
Dort kann er nun weiterhin Rechtsreferendare in der rechten Art ausbilden.
Sein gesundes Volksempfinden hat er kürzlich in Gedichtform gekleidet:
'Du schweigende Mehrheit,wie bist Du so still-
Die Minderheit schlägt Dich voll Haß.
Des Volkes Gedanken,sie gelten nicht viel,
und wer seine Meinung frei äußern noch will,
den kostet gar's Leben der Spaß.
Das Volk wird fremd im eig'nen Land
Volksfremde drücken's an die Wand.
Und das in Freiheit's Namen....
Du armes Deutschland! - Amen.'

Die Gefangenen-Redakteure,die zu Auwärters Aussagen Stellung bezogen hatten,wurden gemaßregelt, die "ZU" für einige Zeit verboten(siehe Dokumentation).

Inzwischen hat der Anstaltsleiter Dr.König den Genossen Hildebrandt und einen weiteren Gefangenen per Verfügung aus der Redaktion der "ZU" ausgeschlossen.Artikel dieser Gefangenen dürfen nur noch mit Zustimmung des Anstaltsleiters abgedruckt werden.Formal wurde dieser Ausschluß vom Anstaltsleiter damit begründet,daß der Genosse Hildebrandt in der Nummer 12 der "ZU" in einem Artikel,indem er über eine Arbeitsniederlegung in der Vollzugsanstalt Hannover berichtet hatte,Arbeitsniederlegungen als das richtigeMittel gegen Vollzugsmaßnahmen betrachtete.
Die andere Seite des Redaktionsauschlußes sieht so aus:sämtliche Besuche des Genossen Hildebrandt - Verwandte ausgenommen - werden jetzt optisch und akustisch überwacht!!
Begründung:Hildebrandt habe deutlich zu erkennen gegeben,daß er sich von seiner Einstellung,aus der heraus er auch die abgeurteilten Straftaten begangen habe,bislang keineswegs distanziert.Es müsse davon ausgegangen werden,daß die bei den Besuchern seiner mit ihm bis zur Inhaftierung in häuslicher Gemeinschaft leben den Bekannten geführten Gespräche zumindest teilweise denselben Problemkreis zum Gegenstand haben.Die hierin liegende mögliche Gefährdung für Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt mache eine Überwachung sowohl der Regel- als auch der Sonderbesuche nötig!

Wir können also feststellen:
Rechtsradikale Richter bleiben im Dienst,Strafgefangene,die ihre demokratischen Rechte wahrnehmen,werden bestraft.

Dokumentation

= DER FALL "ZU" =

Mittwoch, o3.o9.1975 - 12 h

Die Zellen der Redaktionsmitglieder werden überfallartig durchsucht und alles Redaktionsmaterial beschlagnahmt.

Mittwoch, o3.o9.1975 - 16.15 h

Ein Beamter überbringt der Redaktion folgende Verfügung:

Verfügung

Betr.: Erscheinen der hauseigenen Gefangenenzeitung "ZU"

1. Aufgrund des Heftes Nr. 12 v. September 1975 untersage ich den weiteren Druck der Gefangenenzeitung in der Vollzugsanstalt Heilbronn ab sofort.
2. Herr Pfarrer Gestrich hat bis spätestens Donnerstagabend, den 4.9.1975, Druckmaschinen, Schreibmaschinen u.a. für die Herstellung der Gefangenenzeitung notwendige Material aus der Anstalt zu entfernen.
3. Herr Schweikle wird bis auf weiteres die in der Redaktion entstandene Korrespondenz und die dazugehörigen Ordner bei sich aufbewahren.

gez. Dr. König

Donnerstag, o4.o9.1975

Die Redaktion der "ZU" reagiert auf das Verbot der "ZU" mit einer Beschwerde an das JM:

Herrn
Ministerialdirigent
Reuschenbach
7 Stuttgart
Schillerplatz 4
Justizministerium

Betr.: Beschwerde

Sehr geehrter Herr Ministerialdirigent Reuschenbach,

"Aufgrund des Heftes Nr. 12 v. September 1975 untersage ich den weiteren Druck der Gefangenenzeitung in der Vollzugsanstalt Heilbronn ab sofort", heißt es in der Verfügung vom 3.9.1975 des Anstaltsleiters Herrn Dr. König.

Die Redaktion legt hiermit gegen diesen völlig unbegründeten Willkürakt Beschwerde ein.

Wir fordern:
1. Die sofortige Wiedereinsetzung der Redaktion in den alten Stand.
2. Die Herausgabe des beschlagnahmten Redaktionseigentums.
3. Eine spezifizierte Erklärung der Maßnahme vom 3.9.75, die über das "Aufgrund des Heftes Nr. 12 ..." hinausgeht.
4. Eine Presseerklärung des Anstaltsleiters Herrn Dr. König, warum er es für nötig hält, Grundgesetze (Presse- und Meinungsfreiheit) in der JVA Heilbronn durch ein schlichtes "Ich untersage" außer Kraft zu setzen.
5. Solange über Punkt 1 nicht entschieden wurde: Die Genehmigung zur Herausgabe einer neuen Gefangenenzeitung, die - gegebenenfalls - die direkte Nachfolge der "ZU" antritt.

Hochachtungsvoll
- Redaktion "ZU" -

Ein Schreiben mit demselben Inhalt ging an den Petitionsausschuß des Landtags von Baden-Württemberg.

Außerdem geben wir folgende Presseerklärung heraus:

Mit Verfügung des Anstaltsleiters vom 3.9.1975 ist die Gefangenenzeitschrift "ZU", die bisher von Gefangenen der JVA Heilbronn herausgegeben wurde, ab sofort verboten worden, jede weitere Arbeit an der Zeitung wurde den Redakteuren untersagt, ihre Zellen wurden noch vor jeder Benachrichtigung überfallartig durchsucht, und alles Material der Redaktion, vor allem die Adressenkartei der Bezieher der Zeitschrift, unter anderem aber auch vorübergehend persönliche Aufzeichnungen von Redaktionsmitgliedern. Die Verfügung des Anstaltsleiters enthält als Begründung lediglich einen allgemeinen Hinweis auf die zuletzt erschienene Nummer. Sie lautet: "Aufgrund des Heftes Nr. 12 vom September 1975 untersage ich den weiteren Druck der Gefangenenzeitung in der Vollzugsanstalt Heilbronn ab sofort." Gleichzeitig erstattete der Anstaltsleiter Anzeige gegen den Verfasser eines Artikels wegen "Verleumdung" und "übler Nachrede", ein anderer wurde aus dem gelockerten Vollzug abgelöst. Neben dem Verbot der Zeitung sind dies weitere Maßnahmen der Einschüchterung, die zudem wohl zur Legitimation des Verbots beitragen sollen.

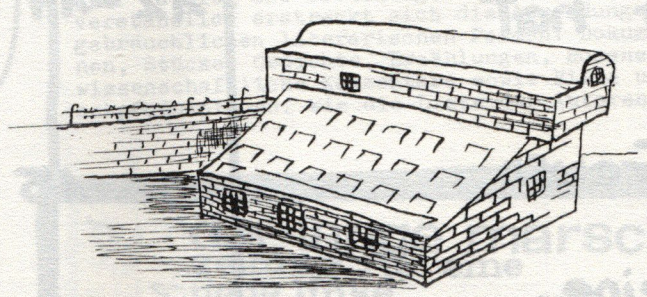
Die "ZU" bezeichnete sich stolz als "unzensiert". Dies war ein Trugschluß. Solange sie langweilig und unbedeutend war, wurde sie gern geduldet, als Alibi für den "reformierten Strafvollzug" wohl auch vorgezeigt. Mehr und mehr aber setzte die "ZU" sich mit dem Strafvollzug und seinen tagtäglichen Erscheinungen in der Justizvollzugsanstalt Heilbronn kritisch auseinander. Das Interesse an der Zeitung wuchs schnell, unter den Gefangenen wie außerhalb der Anstalt. Da sie seitdem nicht mehr wohlgelitten war, konnte man den hier und da fallengelassenen Äußerungen einiger Beamter der Justizvollzugsanstalt entnehmen: "Die 'ZU' ist bald zu!" hieß es da.

Die Redaktion hat ihre Aufgaben unter anderem so verstanden, daß sie dazu beitragen wollte, eine öffentliche Meinung über die Zustände der Rechtsprechung und des Strafvollzugs in der Bundesrepublik im allgemeinen und in der Heilbronner Anstalt im besonderen zu schaffen, Zustände, deren Widersinn und Unmenschlichkeit die Gefangenen täglich erfahren, und die alle betreffen. Sie hat es abgelehnt und lehnt es ab, eine Zeitung zu machen, die auf Befehl lammfromm ist, deren Redakteure sich schon von vornherein selbst den drohenden Repressalien unterwerfen und auf jede kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Zuständen verzichten.

Das Verbot der Gefangenenzeitung "ZU" wirft ein Licht auf das Gerede von der "Resozialisierung" und vom "reformierten Strafvollzug". Es bestätigt uns in unserer Auffassung, daß die bestehenden Verhältnisse geändert werden müssen.

Wir protestieren hiermit gegen die zwangsweise verfügte Einstellung unserer Zeitung. Wir fordern alle auf, die bisher die Zeitung bezogen und unterstützt haben, alle, die an einer Änderung des bestehenden Strafvollzugs interessiert sind, uns in unserer Forderung nach einem ungehinderten und unzensierten Wiedererscheinen der Zeitung zu unterstützen.

Die Redaktion



Freitag, o5.o9.1975

Süddeutscher Rundfunk - SDR/3 "Mittagsmagazin":

SPRECHER:
Dr. König hat nun die Gefangenezeitung verboten. Was sagt denn das Justizministerium dazu?
HEUER:
Nun, zu diesem Verbot an und für sich noch gar nichts Konkretes. Es hat sich lediglich einmal zu der Anzeige geäußert, die die Gefangenen dort hineingedruckt haben, die gefangenen Redakteure, und da wird nun doch gesagt, daß diese Anzeigenveröffentlichung klar gegen die Richtlinien des Strafgesetzbuches verstoße, und daß dieses dann auch nicht sein dürfe, daß die Redakteure über das Ziel hinausgeschossen seien. Interessant ist dann allerdings auch noch die Meinung des Justizministers zu dem Leserbrief des Richters Auwärter, der ja diesen ganzen Vorgang hervorgerufen hat. Da schreibt Justizminister Bender in einer Presseerklärung: "Die Auffassung von Herrn Auwärter über die Todesstrafe teile ich nicht, schon gar nicht vermag ich auch bei Würdigung seines persönlichen Schicksals seinen Ausführungen über Vernichten und Todesnot, die der Mörder erleiden soll, zuzustimmen." Und ein zweiter Satz: "Durch die Todesstrafe aber, deren kriminalpolitische Wirksamkeit angezweifelt wird, kann das uns heute so belastende Problem der Kriminalität, v.a. auch der Schwer- und Schwerstkriminalität nicht gelöst werden." Nun, die Frage ist nun, ob gegen den Richter Auwärter vorgegangen wird, und eben das wird zur Zeit im Justizministerium geprüft. Ein Richter hat ja das Recht auf eine freie Meinungsäußerung, er ist unabhängig, auf der anderen Seite wird sich ein Rechtsstaat wohl auch kaum einen Richter leisten können oder Richter überhaupt, die z.B. den Maoismus ausrufen würden, oder aber den Faschismus propagieren würden, hier wird also jetzt im Justizministerium geprüft, inwieweit die Äußerungen des Richters Auwärter in seiner Funktion als Richter noch tragbar sind.

Freitag, o5.o9.1975 - 16.15 h

Ein Beamter überbringt der Redaktion eine Kopie nachfolgenden Schreibens des Anstaltsleiters an das JM.

- Der Anstaltsleiter - 3.9.1975
E 4/45-74/75 za

Justizministerium
Baden-Württemberg

7ooo Stuttgart 1
Postfach 537

Betr.: Herausgabe der Gefangenenzeitung "ZU"

Beil.: Heft 11 und 12

Mit Verfügung von heute habe ich die weitere Herausgabe der Gefangenenzeitung "ZU" verboten. Für dieses Verbot waren folgende Artikel der Nr. 12 September 1975 maßgebend:

1. Seite 11 "Richter Auwärters Versuch über die Klassenjustiz" vom Gefangenen Hildebrandt. In diesem Artikel wird am Schluß der Seite 11 der Raub aus Banken aus gesellschaftspolitischen Gründen für notwendig erachtet. Auf der Seite 12 wird die Behauptung aufgestellt, daß die Menschen vor der Justiz nicht ihr Recht bekommen.
2. Auf Seite 13 wird ein Antrag des Gefangenen Gilberg an das Amtsgericht Heilbronn zur Entmündigung des Richters am Landgericht, Herrn Auwärter, veröffentlicht. Der Inhalt dieses Artikels verstößt gegen die §§ 185 ff StGB.
3. Auf Seite 13 unten stellt der Gefangene Gehrmann unter dem Titel "Es riecht so süss ..." die Behauptung auf, in der Vollzugsanstalt Heilbronn würden Gefangene ohne Beweismittel nach dem Muster mittelalterlicher Hexenprozesse verurteilt und bestraft.
4. Auf Seite 14 unten lobt der Gefangene Hildebrandt unter der Überschrift "Arbeit im Knast" die Arbeitsverweigerung der jugendlichen Untersuchungsgefangenen.
5. Auf Seite 17 u. 18 stellt der Gefangene Lehnert unter der Überschrift "Wozu Strafe?" die Behauptung auf, im Strafvollzug würde die Würde des Menschen mit Füßen getreten, Menschen würden zerstört.
6. Seite 21 ff enthält Ausführungen des Gefangenen Bärenbold, mit der dieser die Arbeitsweise der Strafvollstreckungskammer, insbesondere die des Richters Stegmeier in unverantwortlicher und gehässiger Weise diffamiert.
7. Auf Seite 24 ruft die Redaktion dazu auf, über Erfahrungen mit der Strafvollstreckungskammer der Zeitung zu berichten.
8. Auf Seite 25 stellt der Untersuchungsgefangene Kessler unter der Überschrift "Ärztliche Hilfe tut not" die Behauptung auf, der Anstaltsarzt bzw. die Vollzugsanstalt Heilbronn vernachlässige auf dem Gesundheitssektor die ihr den Gefangenen gegenüber obliegenden Pflichten. Insoweit habe ich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Heilbronn erstattet.
9. Auf Seite 30 u. 31 schildert der Strafgefangene Lehnert, daß der Strafvollzug "Im Namen des Volkes" Gefangene seelisch verkrüppele und unmenschlich sei. Am Rande sei vermerkt, daß genau dieser Gefangene vom Gefängnis aus an der Universität Heidelberg Psychologie studiert und eine Zwischenprüfung mit der Note 1,2 abgeschlossen hat. Er schreibt also hier bewußt wider besseres Wissens.
10. In ähnlicher Richtung laufen die Veröffentlichungen auf den Seiten 34 ff.

Die Auseinandersetzung mit dem Richter am Landgericht Auwärter geht auf ein Schreiben zurück, das dieser an die Redaktion gesandt hatte. Das Schreiben wurde auf Seite 19 der Nr. 11 abgedruckt.

Mit der letzten Nummer der "ZU" hat die Redaktion gezeigt, daß sie ihre früher einmal beachteten Grundsätze bedenkenlos über Bord geworfen hat. Das gesamte Heft Nr. 12 enthält keinen einzigen Artikel, der die Resozialisierung der Gefangenen fördern könnte. Im Gegenteil ist das ganze Heft geeignet, mit dem Hinweis auf die Schuld der derzeitigen Gesellschaftssituation den Gefangenen den Blick dafür zu verstellen, daß sie selbst für ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft die Verantwortung zu tragen haben.

Im übrigen ist es den Bediensteten der Anstalt gegenüber eine Unverfrorenheit, seitenweise von Unmenschlichkeit, Mißachtung der Menschenwürde und Zerstörungen von Menschen zu sprechen, obwohl man weiß, daß so gut wie jeder Mitarbeiter der Vollzugsanstalt Heilbronn - überhaupt unter Berücksichtigung der derzeitigen Personalsituation - unter Einsatz seiner vollen Arbeitskraft bemüht ist, zum Wohle der Gefangenen tätig zu sein.

gez. Dr. König

Montag, o8.o9.1975 - 15 - 18 h

Nach dreistündiger Debatte einigten sich Justizministerium, Anstaltsleitung und Redaktion auf folgende Vier-Punkte-Erklärung:

1. Demnach verpflichtet sich die "ZU"-Redaktion, die Gesetze einschließlich der bestehenden Vollzugsvorschriften und presserechtlichen Bestimmungen zu beachten und - wie in der Redaktions-Satzung festgelegt ist - keine Beiträge strafbaren Inhalts zu veröffentlichen.
2. Weiter erklärt die Redaktion, daß in der Vollzugsanstalt Heilbronn die Menschenwürde nicht mit Füßen getreten wird, daß sie sich aber vorbehält, auch künftig kritisch für einen menschenwürdigeren Vollzug einzutreten.
3. Anstaltsleiter Dr. König hebt dafür das Verbot der Gefangenenzeitschrift "ZU" auf. Sie wird weiterhin unzensiert erscheinen. Für eine Übergangszeit wird ein vom Anstaltsleiter zu bestimmender Bediensteter die Zeitschrift nach Fertigstellung, aber vor ihrer Verbreitung, durchlesen.
4. Die Redaktion "ZU" erklärt schließlich im letzten Punkt, daß sie ihre Eingabe an das Justizministerium für erledigt erklärt.

Wir überlassen es dem Leser, sich anhand der hier abgedruckten Dokumente ein Urteil über den "Fall 'ZU'" zu bilden.

Die Redaktion

(2)

NACHSPIEL

In der Anstaltskonferenz am 11.9.1975 teilte der Anstaltsleiter Dr. König den Bediensteten der Anstalt mit, daß der für Mitte Oktober geplante "Tag der offenen Tür" nicht stattfinden werde. Als Grund führte er an: "Wegen der ZU".

Der Sinn dieses neuerlichen Willküraktes des Anstaltsleiters ist offensichtlich der, die "ZU" bei Gefangenen und Beamten in Mißkredit zu bringen. Den Gefangenen und Beamten, die für die Vorbereitung dieser Öffentlichkeitsveranstaltung viel von ihrer Freizeit opferten, wird gesagt, die "ZU" sei schuld daran, daß ihre ganze Arbeit umsonst war.

1. Heidelberger Frauenfilmtage

im Gloria-Kino und im C.A. vom 7. Nov. bis 10. Nov.

Wir sind Frauen aus verschiedenen Fraueninitiativen und z.T. unorganisiert. Ein Mann von "Carlo Sponti" hat mitgemacht. Wir haben uns in dem gemeinsamen Interesse getroffen, Frauen-Film-Tage vorzubereiten und zu veranstalten.
Zum größten Teil sind wir Studentinnen und wir hoffen, durch so eine öffentliche Veranstaltung in Kontakt mit Frauen aus anderen Lebensbereichen zu kommen.

Wir finden es wichtig, daß nicht nur Studentinnen, Schülerinnen und andere privilegierte Frauen sich organisieren. Auch Hausfrauen und Frauen, die im Arbeitsprozeß stehen, sollten zusammenkommen, Erfahrungen austauschen und ihre gemeinsamen Interessen erkennen. Damit wäre erst die Voraussetzung geschaffen, diese Interessen auch durchzusetzen.
Wir wollen in gemeinsamer Diskussion unsre Erfahrungen austauschen, die wir in verschiedenen Lebensbereichen gemacht haben. Vielleicht kommen wir dadurch in einen Gesamtzusammenhang, der sich nicht auf einen Abend Diskussion beschränkt, sondern darüber hin aus praktische Folgen hat für den Kampf um unsere Rechte.
Die Vorbereitung zu den Frauen-Film-Tagen hat uns selbst schon weitergebracht. Die Arbeit lief solidarisch, d.h. wir haben versucht, durch gemeinsame Diskussion Entscheidungen wie Filmauswahl, die Frage der Diskussionsreferenten u.s.w. zu treffen. Auch Fragen wie die unserer Zielsetzung und wen wir eigentlich ansprechen wollen, haben wir zusammen besprochen. Es wurden nie Aufgaben an einzelne verteilt, sondern immer kleinere Arbeitsgruppen gebildet.
Eine wichtige Erfahrung für uns Frauen war, daß wir den ganzen organisatorischen Kram gut gepackt haben.
Die Vorbereitung bedeutete natürlich eine Menge Arbeit für uns, aber sie hat Spaß gebracht, so daß wir vorhaben, uns auch weiterhin für ähnliche Projekte zu treffen.
Die Filmauswahl fiel uns schwer, da wir in 4 Tagen nicht auf alle Fragen, die uns beschäftigen, eingehen können.
Daher beschränken wir uns auf 3 Themenbereiche:

1. Arbeitssituation
2. Ehe und Zweierbeziehung; Sexualität
3. Polit. Frauenarbeit

Zu kurz kam leider der Bereich der Sexualität und das Problem der Kinder. Der Grund war mangelndes Filmangebot.
Wir hoffen, später über diese Themen eine Veranstaltung machen zu können.

Um die Filmveranstaltung aufzulockern - der Nachteil einer Vorführung im Kino ist immer der, daß wir uns durch die von vornherein festgelegte Sitzordnung nicht so gut kennenlernen können - treffen wir uns am Sonntag im Collegium Academicum. Dort stehen uns verschiedene Räume zur Verfügung und wir können zwischen den Kurzfilmen Kaffee trinken und Kuchen essen, Musik machen, uns über Filmproduktion informieren, zusammen mit den Kindern malen, Kasperletheater angucken oder auch mitmachen, reden etc.
Während der Filme kümmern sich einige Frauen von uns um die Kinder.

Unsere Gedanken zur Selbstorganisation der Frauen:

Die Notwendigkeit einer autonomen Frauenorganisation ergibt sich aus der augenblicklich benachteiligten Situation der Frauen in der Gesellschaft. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir diese Benachteiligung nicht losgelöst von unserer Klassenzugehörigkeit betrachten können. Dennoch ist diese Benachteiligung innerhalb aller Klassen feststellbar. Eine Selbstorganisation der Frauen ist für uns notwendig als Schritt, um zuerst aus der Isolation herauszukommen. Wir wollen zusammen ein Bewußtsein der eigenen Situation bekommen, endlich unsere Bedürfnisse erkennen und ein Selbstwertgefühl entwickeln, das uns hilft, unsere Interessen durchzusetzen.
Wir sehen die Gefahr, in die manche Frauengruppen laufen (meist ungewollt), darin, daß die einzelne Isolation durch eine gemeinsame ersetzt wird. Dies führt zu einer Abkapselung, zur Bildung eines Ghettos. Die Aktivitäten beschränken sich darauf, sich gegenseitig zu bestätigen ("Wir sind alle Frauen, deshalb verstehen wir uns.") und haben keine emanzipatorische Bedeutung - weder für die einzelne Frau noch für die Gruppe.
Für uns jedoch ist eine autonome Organisation von Frauen der Weg zur Bewußtwerdung und Emanzipation. Das Ziel dieses Prozesses ist keine Trennung der Geschlechter, sondern die Überwindung der Situation, daß geschlechtliche Unterschiede für die einen (Männer) Vorrechte begründen und für die anderen (Frauen) Unterdrückung bedeuten. Die Veränderung der Gesellschaft kann nur mit bewußteren Menschen erreicht werden.

Von diesem Standpunkt her gesehen, ist es für uns selbstverständlich, daß die Diskussion über Frauenbefreiung und menschliche Beziehungen schlechthin nicht nur unter Frauen geführt werden kann. Wir haben nur dann eine gemeinsame Zukunft, wenn auch die Männer endlich einsehen, daß sie nicht länger die Unterdrücker sein können, sondern daß eine Veränderung in ihrer Denkweise, ihren Gefühlen und ihrer Verhaltensweise stattfinden muß.
Die Veränderung der persönlichen Verhältnisse ist Voraussetzung und Folge der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Programm:

7.11.1975 20 Uhr **EIN LUSTIGES LEBEN** von Claude Chabrol	9.11.1975 20 Uhr **DIE UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IST VOR ALLEM AN DEM VERHALTEN DER FRAUEN SELBER ZU ERKENNEN** von Hellmuth Costard
8.11.1975 20 Uhr **FÜR FRAUEN – 1. KAPITEL** von Christina Perincioli u.a.	**MAGIC BEAUTY KIT** von Ira Wohl
... ES KOMMT DARAUF AN, SIE ZU VERÄNDERN von Claudia Alemann	10.11.1975 20 Uhr **MEIN SEHR PRIVATER EROS** **von Kazuo Hara**

Ein ausführliches Programmheft erhaltet ihr an der GLORIA-Kino-Kasse und in JÖRG'S Buchladen (Marstallstr.)

Fortsetzung "ZU"...

Schuld jedoch ist einzig und allein der Anstaltsleiter, der erst meinte, die Gefangenenzeitung verbieten zu müssen, und der jetzt offensichtlich aus verständlichen Gründen Angst vor der Öffentlichkeit hat. Er befürchtet wohl zu recht, daß im Oktober der "Fall Auwärter" und der "Fall ZU" Hauptgesprächsthemen sein könnten. Wer aber die Öffentlichkeit scheut, hat etwas zu verbergen.

Weil man das aber - ist man erst einmal soweit gekommen - natürlich nicht offen zugeben kann, wurden die phantastischsten Gerüchte ausgestreut, um die Verbotsmaßnahme zu begründen. Es hieß sogar ernsthaft, "Heidelberger Studenten" hätten zum "Tag der offenen Tür" Demonstrationen angekündigt. Armselig derjenige, der zu solchen Erfindungen Zuflucht nehmen muß, und gleichzeitig noch zeigt, daß er Angst vor "Heidelberger Studenten" hat.

Die "ZU" ist von den Maßnahmen der Anstaltsleitung in ähnlicher Weise betroffen gewesen wie jetzt diejenigen, die den sog. "Tag der offenen Tür" vorbereitet haben. Es besteht kein Grund, sich

deswegen gegeneinander ausspielen zu lassen und zu vergessen, wer der Urheber dieser Maßnahmen ist.

Die Forderung, daß der "Tag der offenen Tür" wie geplant durchgeführt werden kann, ist jedenfalls eine gerechte Forderung. Die Entscheidungen, wohin der Weg führen soll, können nicht das Privileg weniger und schon gar nicht das Privileg eines einzelnen sein. Wo alle unter falschen Entscheidungen zu leiden haben, haben auch alle ein Recht darauf, ihre Interessen wahrzunehmen!

Die Redaktion

Zensur ??

Heilbronn, den 3.9.75:

gegen 10.45 h, ich befand mich gerade beim hofgang, wurde ich zum besuch gerufen. ich betrat kurz meine zelle, um die ausgabe 11 der ZU und eine fotokopie von drei auf den herrn auwärter bezogenen artikeln aus der Heilbronner Stimme zu holen. als ich in die besuchsräume kam, meine mutter begrüßt hatte, beabsichtigte ich, ihr die mitgebrachte ausgabe der ZU zu übergeben. hiergegen hatte jedoch der besuchsbeamte F. etwas einzuwenden. das ginge nicht, war sein kommentar.
ich: gut, dann lese ich eben den leserbrief des herrn auwärter daraus nur vor.
er: das geht auch nicht.
ich: (es begann zu ticken) warum nicht?
er: sie müssen das über ihren richter gehen lassen.
ich: (etwas aufgebrachter) ich denke, die zeitschrift ist unzensiert?
meine mutter: laß doch, uli.
er: das hat nichts zu sagen, sie müssen die zeitschrift über die briefzensur gehen lassen.
die drei fotokopierten artikel aus der Heilbronner Stimme durfte meine mutter ohne weiteres mitnehmen.

U. H.

3

★ **INFO** BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 50Pf

erscheint seit März 74 wöchentlich

Berichte über Kinder-, Jugendarbeit, Betriebs-, Stadtteilarbeit, Uni-, Schulbereich, Selbstverwaltung, Emanzipation, Organisierung, Selbstdarstellungen arbeitender Gruppen, Informationen, Termine, Tips, Anzeigen.

1 Bln 21, Stephanstr. 60

Der KBW und seine Dossiers

Vorsicht vor KVZ-Verkäufern an der Wohnungstür !

Wir werden nicht nur vom Verfassungsschutz bespitzelt, sondern auch vom KBW ! Das steht fest, seit wir in einem Kopiergerät in der Uni den Durchschlag eines Berichtes über KVZ-Verkauf gefunden haben, den eine KVZ-Verkäuferin für ihre Genossen geschrieben hat. Mehrere KBW/KHGler (unter ihnen Thomas Helgenberger), die daraufhin gefragt wurden, gaben offen zu, daß solche Listen (in denen Namen und Adressen von KVZ-Käufern voll angegeben sind) existieren. Begründung: solche Listen werden werden gebraucht, damit der KVZ-Verkauf an der Wohnungstür auch dann klappt, wenn ein Genosse Verkäufer mal krank ist!!!

Als Warnung für alle, die sich von KVZ-Verkäufern an der Wohnungstür in Gespräche verwickeln lassen, drucken wir hier den Wortlaut der Liste mit veränderten Namen und Adressen ab. Ihr könnt euch selbst ausmalen, was mit solchen Listen alles passieren kann !!!!!!

" Zusammenfassender Bericht über KVZ-Verkauf
Agasse/Bstrasse/Cgasse

feste Käufer: Agasse
Müller/Meier: Studentenwohnung, kaufen regelmäßig, aber meist nicht bei uns. Meier war (oder ist?) in IG/[redacted], hat Examen und macht Diplom. Macht viele Aktionen des KBW mit; ist aufgrund falscher Politik KHG/Bio offensichtlich abgeschreckt. Langfristig zu gewinnen.
Berlioz: er Student, Frau [redacted]. Haben kleines Kind. Kauft immer KVZ, aber kaum Diskussion, da er sehr zurückhaltend ist.
Mahler und Freundin: er in [redacted]ausbildung, sie [redacted]in. Sie ist bei §218 voll dabei, will zur Demonstration. Er hat in [redacted]-Versammlung mitgemacht, jetzt ziemlich zurückhaltend.
Wagner: Mutter gibt keine Unterschrift. Kontakt nur mit Tochter, die immer kauft. Sie ist im [redacted]-Kommittee, kann portugiesisch, ist jetzt dahin gefahren, will Korrespondenzen schreiben.
Beethoven: Arbeiter, seit 1/2Jahr arbeitslos. Einerseits klassenbewußt und für KBW, andererseits von Marcuse u.ä. beeinflußt. Angst vor reaktionärem Übergewicht. War Mitglied im [redacted]-Ausschuß.

B-gasse __ :
Mozart: 2 Schwestern, Slavistikstudentinnen, die ich schon lange kenne. Jüngere bei Trotzkisten (...) organisiert, aber kämpferisch, unterstützt uns am Institut. Für Volksentscheid. Könnte abgespalten werden.
Ältere gibt Amerikanern Deutschunterricht, erklärt alles "psychologisch", aber begreift sich als Linke. Oft lange Diskussionen zu allem, was KBW betrifft.
Tschaikowsky: Ist am [redacted] durchgefallen, arbeitet im Büro bei [redacted]-Verlag XY(Chef hat bei HSB aktiv mitgemacht). Macht gern militante Aktionen (hat bei HSB Flaschen auf Bullen geworfen), von Spontis beeinflußt, liest viel. Habe ihr J.Reed geliehen, da sie nur bürgerl. Zeug zur russ. Revolution kennt. Vielleicht kann ich ihr Bettel heim verkaufen. Hält viel vom KBW, hat aber Kritik u.a. am "menschl.Verhalten" von Genossen. War in Grundschulung.

Für alle gilt: haben KBW gewählt, bei HSB mitgemacht, scheuen sich vor Organisierung, haben teilweise richtige Kritik, teilweise liberale Kritik an einzelnen KBW-Genossen.

Ich glaube, daß es mit gelungen ist, daß Vertrauen in den KBW zu vergrößern, allerdings neige ich manchmal zu Rechtsopportunismus, indem ich unsere Ziele nicht ausspreche und eher als Demokrat auftrete.

Neuer Kontakt:
C-gasse 2o, Strawinsky: [redacted]abschluß, seit einem Jahr arbeitslos, hat wenig Beihilfe. War mal im SDS, resigniert. Nach einer Stunde Diskussion konnte ich ihm klarmachen, daß sich aller hand bewegt und man nicht - wie er meint - "warten soll, bis alle auf die Straße gehen, die arbeitslos sind". Er wollte dann eine KVZ, die ich ihm geschenkt habe.

GENOSSEN, BITTE WERTET DIESEN BERICHT AUS !

7.9. emma """""""""

Soweit die Abschrift. Um's nochmal deutlich zu machen: das obige ist der Originaltext, wir haben nur die Namen geändert, Adressen unkenntlich gemacht, und einige Angaben zur Person weggelassen, weil sie uns auch so noch zu riskant schienen.

SPANIEN-INITIATIVE -ZWISCHENBERICHT-

Aus anlaß der damals noch zu erwartenden todesurteile hat sich in heidelberg - ebenso wie in vielen anderen städten der brd - eine gruppe von leuten zusammengefunden, der die so menschlichen proteste eines pfarrer niemüller oder willy brandt oder gar eines helmut kohl nicht aus-reichten.
Der gründung dieser gruppe vorangegangen war eine veran--staltung von spanischen studenten und berufstätigen, auf der sie in einem dia-vortrag einen kleinen einblick über die hintergründe der verurteilungen abgaben. Im anschluß an den vortrag entwickelte sich ein ungeheures hick-hack der politischen gruppen, das zunächst einmal gar nichts erwarten ließ. Man traf sich trotzdem wieder, das gezerfel ging weiter - die gruppen sprangen ab. Die übriggebliebenen, - alle spanier, viele nicht organisierte, wenige organisierte, begannen aktiv zu werden:
Klar war, daß wegen der kürze der zeit (die todesurteile waren bereits ausgesprochen - ihre vollstreckungen waren in kürze zu erwarten) nur möglichst öffentlichkeitswirk--same aktionen sinnvoll waren und öffentlichkeit bedeutete bürgerliche öffentlichkeit. Die aktion sollte pressewirk--sam sein; öffentliche institutionen, parteien, gewerkschafts--bürokratie und "persönlichkeiten des öffentlichen lebens" sollten anläßlich unserer aktion stellungnahmen b.z.w. protesterklärungen zu den todesurteilen abgeben. Zugleich sollte durch straßenagitation - infostand, kundgebung, demo usw. die heidelberger bevölkerung herangezogen werden.
Beschlossen wurde ein hungerstreik.
Getragen wurde er von allen sieben spaniern und zwei, später drei deutschen.
Durchgeführt wurde er ohne vorangegangenes großes bitte-bei den kirchenbehorden in der heilig-geist kirche. bitte
Die kirche schien uns geeignet, weil ein hungerstreik hier eine andere qualität hat als z.b. in einem studenten--wohnheim, weil die kirchenbehörden dadurch gezwungen wurden stellung zu beziehen (dekan jutzlar kam durch unsere aktion nicht drum rum eine presseerklärung zu den todes--urteilen abzugeben) und nicht zuletzt, weil vor allem die spanischen genossen (wie sich herausstellte-berechtigte) angst vor dem eingreifen der deutschen - aber auch der spanischen polizei haben mußten.

Der ablauf der besetzung machte die verlogenheit der scheinheiligen proteste bürgerlicher kräfte überdeutlich: wir waren noch keine zehn minuten in der kirche und hatten gerade noch den anruf des übernervösen kirchen--dieners bei der plizei verhindern können ("ich mache jetzt die kirche dicht und rufe die polizei") als auch schon über ein dutzend kriminaler antrabten und wie die wilden fotografierten und mühsam als touristen getarnt auch in der kirche erschienen um die dort versammelten besetzer zu fotografieren, was wir zu verhindern wußten. Alsdann zogen die meißten von ihnen in die sakristei (für die atheisten unter euch: da zieht sich der pfarrer sei`kittele ab) in der bereits die ersten kirchler er--schienen waren. Kurze zeit später traf dekan jutzlar ein, zog stoz erhobenen haupts an uns vorbei in die sakristei und verhandelte erst einmal eine viertel stunde mit den bullen. Darauf folgte eine kurze verhandlung mit uns und wieder rückzug in die sakristei. Diesmal war ein vertreter der initiative dabei, allerdings auch einbulle, der jedes wort unseres vertreters mitschrieb. Nach kurzer debatte ("dies ist keine öffentliche sitzung, der kirchenrat muß ersteinmal intern entscheiden") flog unser vertreter raus - der bulle blieb. Darauf erfolgte die eigentliche verhandlung: Einer der vorschläge der kirche -"wir habeb nichts dagegen, wenn sie vor der kirche ihren hungerstreik fortsetzen"- verdeutlichte was die kirche mit spanien und uns zu tun haben wollte - nichts!
Andauerndes schlagwort war die "illegalität" der besetzung. Auf eine diskussion über die legalität des franco-faschis--mus wollten sie sich nicht einlassen.
Kompromisslösung: Tagsüber bleiben wir in und vor der kirche ("wir behandeln sie wie jeden anderen kirchenbesucher") und nachts gingen wir in die esg (evang. studenten gemeinde)
Und weils aber nicht reicht zu hungern ohne daß jemand davon erfährt, unternahm der rest der gruppe die notwendige öffentlichkeitsarbeit: Vor der kirche wurde ein info-stand eingerichtet, unterschriftenlisten mit einer protesterklärung ausgelegt und eine postkartenaktion mit aufgedruckter protesterklärung gestartet. Im verlauf der aktion haben über 3500 leute unterschrieben und 800 zusätzlich post--karten abgeschickt.
Neben dieser aktion lag ein schwepunkt unserer arbeit in der aktivierung aller vertretbaren organisationen von den jusos bis zum dgb. Letzterem war unser permanentes erscheinen mehr als lästig (dgb Heidelberg "kollege" neumann: Wir brauchen niemanden der uns sagt, was wir tun sollen, wir haben unsere eigenen fachleute!")
Denoch ließ auch er sich eine presseerklärung aus den rippen quetschen.
Nach drei tagen wurde der hungerstreik mit einer demon--stration durch die hauptstaße und einer kundgebung beendet. Die demonstration wurde von der initiative als schweigemarsch beschlossen. Die k-gruppen legten sich quer (wurden bei der abstimmung über die form der demo überstimmt) und bildeten einen zweiten block ("jetzt alle: proletarier aller länder ver.....)
Begründung des kbw: "Wir schweigen nicht zum spanischen faschismis - das ist defensiv und wir sind offensiv!"
Daß ein schweigemarsch eine andere qualität darstellt, (zumindest wenn man dieses kotzige einheitsgeleiere mit vorbeter und nachbeter hört) war denen nicht klar.
Tatsächlich ragierten die leute neugierig und aufmerk--sam - lasen unsere spruchbänder und hörten sich die kurzen zwischenkundgebungenen an (die demo verlief dan in zwei blöcken - - vorne schweigemarsch und hinten d.ü.)
Diese (unsre) demonstrationsform verhinderte das sofortige einsortieren unserer aktion in schubladen.
Nachdem abends nach den letzten nachrichten klar war, daß die widerstandskämpfer innerhalb der nächsten stunden ermordet werden sollten fand um 22 uhr nach kurzer mobil--isierung (Telefon u.a.) noch einmal eine demonstration statt, sehr viel wütender und heftiger, zu der ca. 500 leute erschienen waren. (Am nachmittag waren es ca. 1000-1500 und das trotzdem zahlreiche organisationen aufgerufen hatten und etliche flugblätter verteilt wurden).
Ein teil der demonstranten zog nach der demo noch zum schloß (im königssaal fand gerade der eröffnungsball zum heidelberger herbst statt) stattete dendort versammelten einen kleinen besuch ab und stürmte die bühne.

Am nächsten morgen (samstag früh) wurden fünf der zwölf verurteilten ermordet.
Am samstag vormittag 11 uhr weigerte sich der gemeinde--rat eine resolution der initiative zur kenntnis zu nehmen. Daraufhin verlas helga rosenbaum per montierter lautsprecher--anlage eine resolution (die des kbw; und nicht wie ver--einbart unsere).
Noch am wochenende beschloß der egb (europäische gewerkschaftsbund) den drauffolgenden donnerstag zum tag der internationalen solidarität zu erklären. Unsere sofortige rücksprache beim dgb heidel--berg zeigte, daß sich die hohen herren des gewerk--schaftbunds mit den lächerlichen zwei schweigeminuten während der mittagspause zufrieden gaben. (Ein unter--nehmerverband erklärte sein einverständniss mit dieser dgb - aktion). Weitere aktionen waren nicht geplant.
Anders sah es aus auf einer funktionärsversammlung des igm am gleichen tag; thema war die situation in chile spanien und portugal: Hier zeigten sowohl die funkionärs--spitze als auch die basisfunktionäre etws mehr initiative: Eine resolution wurde verabschiedet mit einer empfehlung an die betriebe einen fünfzehn--minütigen sympathiestreik mit der spanischen arbeiter--klasse durchzuführen. Wo sichs durchsetzen lässt, sollten während dieser zeit betriebsversammlungen mit dem thema spanien durchgeführt werden.
Folglich konzentrierten wir uns darauf in flugblättern verteilt vor den betrieben dazu aufzurufen die gewerk--schaftlichen aktivitäten zu unterstützen und auszubauen. Gleichzeitig führten wir an diesem donnerstag eine veranstaltung durch, um einen rahmen zu geben dieses thema auch über die beriebliche ebene hinaus zu diskutieren. Der zahlenmäßige anteil von arbeitern und vertrauensleuten an dieser veranstaltung war allerdings nur gering.
Bezeichnend war, daß wir für diese veranstaltung von keiner institution einen raum zur verfügung gestellt bekamen. Das uni - dekanat verweigerte uns räume mit der zynischen begründung, daß wir diese veranstaltung eine woche zuvor hätten anmelden müßen und das hieße noch vor der ermordung der fünf antifaschisten.

Auf zwei dinge soll hier noch eingegangen werden:

I. Form der öffentlichkeit
Unsere aktionen konzentrierten sich anfänglich darauf, möglichst öffentlichkeitswirksam im sinne von bürgerlicher öffentlichkeit (presse, parteien, bürger--liche institutionen etca.) zu arbeiten und den "bürger auf der straße" anzusprechen. (Infostand, unterschriftenlisten postkartenaktion usw.).
Später versuchten wir durch flugblätter und aufrufe zur teilnahme an unseren aktionen die arbeiter in unsere an bürgerlicher öffentlichkeit orienteirten aktivitäten mit einzubeziehen (oder sogar zu integrieren etriebsintensive ausrichtung unserer arbeit erflgte erst nach der vollstreckung der todesurteile. Die abwieglerische haltung des dgb und deroffentsichliche zwiespalt in den gewerkschaften selbst (über die durchzuführenden aktionen) waren uns anlaß zu versuchen mit info und agitation jetzt die von den arbeitern selbst entwickelten betriebsspeziefischen aktions--formen (betriebsversammlung, arbeitsniederlegung, streik, boykott usw.) zu unterstützen. Überdies machten wir ansätze, gemeinsame interessen der arbeiter, die inter--nationale solidarität erfordern aufzuzeigen.
Überlegt wird die Zusammenarbeit mit vertrauensleuten und betriebsräten der betriebe , die in spanien zweig--niederlassungen haben oder teil eines ebenfalls in spanien vertretenen multis sind (John - deere, stotz kontakt, bbc und andere) Mit dem ziel imperialist--ische aktivitäten , das ausspielen der spanischen gegen die deutsche arbeiterklasse und umgekehrt (hier entlassungen, da enorme subventionen bei künstlich produzierten billigstlöhnen und umgekehrt) direkt und vermittelt nachzuweisen.

II. Struktur der gruppe
Das arbeiten in der gruppe hat spaß gemacht. Ideologische und personelle dominanz von polit-gurrus blieb aus. Durch die abwesenheit der gruppen entstand eine atmosphäre, die es jedem ermöglichte ohne druck zu bekommen seine meinung zu sagen, sie wurde akzeptiert und diskutiert und nicht an den normen der von gruppen vorgeprägten ideologiem gemessen, was die kreativität der einzelnen erfreulich anheizte. Die gruppenmit--glieder fanden sehr viel schneller und intensiver kontakt zueinander als in vergleichbaren gruppen üblich, da es keiner nötig hatte, seine persönlichen sympathien und antipathien auf der politischen ebene anzugehen.

(ein mitglied der spanien initiative)

Die spanien initiative trifft sch auch weiterhin :
Montag 20 Uhr CA Essraum

PORTUGAL-GRUPPE

Falls es sich noch nicht rumgesprochen hat : Seit Anfang September gibts eine PORTUGAL - GRUPPE. Sie wuchs und wuchs und wuchs, bis sie jetzt etwa 40 dynamische junge Leut beherbergt, aber mindestens weitere 40 etwas weniger dynamische Leut stecken ihre Nase von Zeit zu Zeit mal rein.
Wir sind zu einem großen Teil unorganisiert, doch arbeiten auch einige Mitglieder verschiedener politischer Gruppen mit, so vom SHS, vom Arbeitskreis Der Sozialismus in der BRD wird siegen, von der GIM und vom ISZ. Die KHG hat ihre anfangs vorsichtig ausgestreckten Fühler wieder eingezogen, weil man ihe Ultimatum, nur auf der Grundlage einer Plattform zu arbeiten, schon recht frühzeitig zurückgewiesen hat, und der KSV kocht auf der Portugal-Flamme seine eigene Suppe in Form eines KSV-Komitees ("die Regierung Azevedos ist ein Fortschritt")
Kurz nach ihrer "Gründung" stürzte sich die PORTUGAL - GRUPPE gleich gewaltig in die Arbeit. Sie bereitete mit viel Schweiß und Druckerschwärze die Portugal-Woche vor : Flugblätter, Stellwände, Wandzeitungen, Büchertisch, Sammlungen und eine gut besuchte Veranstaltung mit einem Journalisten von Radio Renascença und einer Vertreterin der MPM (portug. Frauenbewegung). Den Abschluß der Woche bildete eine große Demo in Frankfurt, zu der wir mitaufgerufen hatten.
Weiterhin haben wir - in Zusammenarbeit mit dem Carlo - den Film "Viva Portugal" gezeigt und anschließend mit einem der Mitautoren diskutiert.
Die PORTUGAL - GRUPPE hat sich zur Aufgabe gesetzt, Gegeninformationen zur Korrektur der beschissenen Berichterstatung in den üblichen Zeitungen zuliefern, wo viele wesentlichen Ereignisse grob verzerrt oder überhaupt nicht erwähnt werden, und zweitens verschiedene Projekte der Poder Popular materiell zu unterstützen. Darüberhinaus versuchen wir, genaue Einschätzungen zu den jeweiligen aktuellen Geschehnissen sowie zum Ablauf des gesamten revolutionären Prozesses zu bringen.
Das ist allerdings nicht ganz einfach. Um das besser schaffen zu können, haben wir verschiedene Projektgruppen eingerichtet, die zu bestimmten Themen Informationsmaterial sammeln, verarbeiten und die Ergebnisse ihrer Diskussionen in die Gesamtgruppe einbringen. Die Themen sind :

1. Basisorganisationen + Aufbau der Poder Popular.
2. -Rolle der PSP und der europäischen Sozialdemokratie.
3. Rolle des ausländischen Kapitals + ökonomische Situation in Portugal.
4. Rolle der Armee + Situation in den Streitkräften
5. Agrarwirtschaft + das Verhältnis Norden/Süden.

Außerdem lesen einige Leute portugiesische und französische Zeitungen und berichten jeweils in der Gruppe, was wichtiges passiert ist.
Bisher gibt es nur vereinzelt Kontakt zu anderen Portugal-Gruppen, aber das soll sich demnächst ändern.

Unsere weiteren Pläne sehen so aus : Zuerst wollen wir uns mal ein Wochenende lang zusammenhocken und das machen, wozu wir vor lauter Organisationskram kaum gekommen sind : la grande Theoriediskussion. Denn so langsam ist die Zeit der schönen linken Ferieneuphorie vorbei, wo einen die unmittelbare sinnliche Erfahrung in Volkskommunen und LUAR-Büros einfach erschlagen hat, wo man sich total auf die vorhandenen Ansätze von Poder Popular konzentrierte und dabei in den Hintergrund schob, wie wenig das eigentlich noch ist im Verhältnis zu der gewaltigen Macht der internationalen Sozialdemokratie. Eine realistische Einschätzung der portugiesischen Verhältnisse verlangt außer gründlicher Information auch einige theoretische Grundlagen; beides wollen wir an diesem Wochenende aus der Schublade holen bzw. uns gegenseitig vermitteln.
Weiterhin werden wir den Film "Viva Portugal" nochmal zeigen, und zwar am Montag, den 17. November in der Uni, mit nachfolgender Diskussion.
Am Buß- und Bettag (Mittwoch, 19.11.) folgt dann unser großer Clou: Wenn alles klappt kommen fünf Portugiesen, die in der BRD politische Missionsarbeit betreiben, auf eine Großveranstaltung in die Neue Aula der Uni (abends). Damit wir den Portugiesen gescheite Fragen stellen und aus ihnen Wesentliches herausholen können, wollem wir die Session nachmittags im CA vorbereiten, indem wir uns in verschiedene Arbeits- und Diskussionsgruppen aufteilen. Mit "wir" ist hierbei nicht nur die Portugal - Gruppe gemeint, sondern alle, die Interesse und Lust dazu haben.
In fernen Zeiten soll vielleicht auch mal ein Portugal -Fest stattfinden. Aber nachdem im neuen Kursbuch solche Solidaritätsfeste derart verrissen werden, muß uns natürlich noch was ganz Geniales einfallen. Wenn uns nix einfällt und ihr trotzdem ein Fest haben wollt, müßt ihr in die

PORTUGAL - GRUPPE kommen !!!!!!

Jeden DIENSTAG um 20.oo Uhr im CA - Eßraum.
Dort könnt ihr auch die Termine und Adressen der einzelnen Projektgruppen erfahren.

g.b.

Olé Spanien im Umbruch – Ole

Die Welt spricht davon, daß das Ende des Franco-Regimes naht. Die Füsilierung von Regime-Gegnern habe erneut den Beweis für seinen inneren Zerfall und seinen bevorstehenden Zusammenbruch erbracht.

Aber wird der Franquismus nach dem Tode Francos enden, wird er als Schatten seiner selbst weiterleben wie der Gaullismus nach de Gaulles Ableben? Zu viele Opfer hat das spanische Volk auf sich nehmen müssen, als daß der Faschismus friedlich gestürzt werden könnte.

Nicht erst mit der Erschießung friedlich demonstrierender Arbeiter und der "Hinrichtung", den Attentaten auf mißliebige und verhaßte Polizeibeamte, den Henkersknechten Francos, herrscht staatlicher Terror und revolutionäre Gewalt, fließt Blut in Spanien. Die Epoche des Franco-Faschismus, die zugleich die Epoche des feudalen Grundeigentums und der Bourgeoisie ist, als deren unmenschlichste und blutrünstigste Gestalt dieser Faschismus auftritt, ist gekennzeichnet durch staatliche Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung. Seine Geschichte wird mit dem Blut der Arbeiter und Bauern, der Studenten und Intellektuellen geschrieben werden.

Kommunisten und Sozialisten reihen sich indes ein in die Front der bürgerlichen Journalisten und Kommentatoren, sind mit dem Papst und den Schmidts und Brandts der Meinung, daß dem Terrorismus ein Ende gemacht werden muß. Kommunisten und Sozialisten sprechen von Terror aufseiten der antifaschisten Regime-Gegner und avantgardistischen Revolutionäre des Volkes und von staatlichem Gegenterror des Franco-Regimes.

So wird Mitte September dieses Jahres in einer gemeinsamen Verlautbarung der "Demokratischen Junta Spaniens", in der u.a. auch die Kommunistische Partei vertreten ist, und der "Demokratischen Plattform" aus Christdemokraten und Sozialdemokraten der Terrorismus als Form des politischen Kampfes abgelehnt, gleichzeitig aber das Franco-Regime wegen seiner brutalen Repressionen als Hauptverantwortlichen für die Existenz des Terrorismus bezeichnet. Von wem, so werden wir uns fragen müssen, geht denn überhaupt Gewalt und Terror aus, wenn nicht vom faschistischen Staatsapparat und seiner terroristischen Polizei und Zivilgarde? Der"Terrorismus" der Unterdrückten ist eine Reaktion, eine Folge des Terrors des faschistischen Staatsapparates, also in Wirklichkeit bloß eine Gegengewalt gegenüber der Macht und Gewalt der herrschenden Klasse, insbesondere der Franco-Kamarilla.

Wir werden uns die Frage vorlegen, weshalb und aus welchen Gründen das faschistische Spanien trotz weltweiter Proteste anläßlich der Exekutionen weder politisch noch ökonomisch in die Isolation gedrängt werden wird, obwohl sich die meisten westeuropäischen Staaten scheinbar gegen das Spanien Francos verschworen haben. Warum trotz offizieller Bekundungen, die EG-Beziehungen zu Spanien einzufrieren, der europäische Kapitalismus in Gestalt dieser Gemeinschaft weiterhin daran interessiert ist, Spanien in die Assoziation und das atlantische Verteidigungsbündnis aufzunehmen.

Wenn die Regierungen des kapitalistischen Europas von Spanien verlangen, es möge eine demokratische Staatsform annehmen und dies zur Voraussetzung machen, damit Spanien in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden könne, so sprechen sie unbewußt das ganze Dilemma und die ganze Tragödie des Franco-Regimes aus. Eine Tragödie, die darin besteht, daß aufgrund der besonderen Interessen des Staates - der Mitglieder des Ständeparlaments (Cortes), der herrschenden Oligarchie des Großgrundbesitzes und des Bank- und Finanzkapitals, und insbesondere der Anhänger Francos im Staate - und ihres rigorosen Staatsdirigismus Spanien selbst kein adäquater Konkurrenzpartner der europäischen Kapitalisten ist. Spanien war bislang für das europäische Kapital und die imperialistischen, multinationalen Konzerne, etwa als "Billiglohnland", das Land für profitable Investitionen und Kapitalanlagen. Damit Spanien jedoch auf dem europäischen Markt und in der Welt konkurrenzfähig wird, dazu ist erforderlich, daß es seinen gegenwärtigen politischen Überbau grundlegend verändert. Eben dies ist der Wunsch der europäischen Kapitalisten und ihrer Staaten. Sie folgen dabei nur der inneren Dynamik und Gesetzmäßigkeit ihres Wirtschaftssystems.

Spanien nach dem Bürgerkrieg

Eine kurze zeitgeschichtliche Darstellung der spanischen Verhältnisse

Die Reihe der faschistischen Gewalttaten begannen schon mit dem Sturz der rechtmäßig gewählten Volksfrontregierung am 18. Juli 1936 durch die franquistischen Militärs. Seitdem besteht eine nicht zu endende Welle staatlichen Terrors und politischer Entrechtung, die nur den Widerstand und den Kampf des spanischen Volkes gegen das faschistische Franco-Regime hervorbringen konnte.

Das unterdrückte spanische Volk ist bis auf den heutigen Tag ohne die allermindesten demokratischen Rechte wie die Versammlungsfreiheit, das Streikrecht und die freie Meinungsäußerung. Aber auch schon vor dieser Zeit litt das spanische Volk unter den von seinen Feudalherren ihm aufgezwungenen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen, aus deren Folterkammern und Hinrichtungsstätten Franco jenes Tötungsinstrument übernahm, mit dem noch heute zum Tode Verurteilte hingerichtet werden, in dem ihnen das Genick gebrochen wird. Auf diese Weise starb am 2. März 1974 der katalanische Anarchist Salvador Puig Antich; knapp ein Jahr zuvor zwei in Schnellverfahren zum Tode verurteilte anarchistische Regime-Gegner.

Mit Beginn des Jahres 1962 rollt eine bis heute nicht abflauende Streikwelle über ganz Spanien. Arbeiter fordern nicht nur einen Mindestlohn, sondern führen den Kampf gegen die Repressionen in den Betrieben, gegen die faschistischen Syndikate, der staatlichen Einheitsgewerkschaften der Arbeiter und Unternehmer, demonstrieren und kämpfen für die Zulassung freier, demokratischer Gewerkschaften und politischer Parteien und die Einführung demokratischer Rechte. Der ökonomische und politische Kampf, der sich gegen das ganze faschistische System richtet, verschärft sich immer mehr. Streikende und demonstrierende Arbeiter werden von Aufgeboten der schießwütigen Zivilgarde und der faschistischen Polizei gewaltsam auseinandergetrieben; willkürlich werden Arbeiter herausgegriffen und verhaftet; auf beiden Seiten gibt es Tode und Verletzte. Die Polizei des christlichen Franco-Regimes selbst scheut sich nicht, einen friedlichen Schweigemarsch von Geistlichen in Barcelona mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben auseinanderzutreiben. Ende Januar 1967 werden auf einer der größten Demonstrationen seit 1939 u.a. die Arbeiterführer Marcelino Camacho und Julián Ariza verhaftet und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Den eigentlichen Auftakt für die neuesten staatlichen Gewalttaten und den Terror der faschistischen Polizei und Zivilgarde gegenüber der Bevölkerung bildet die Erschießung von Melitón Manzanas, seit dreißig Jahren Chef der Politischen Polizei in San Sebastián. Die baskische ETA übernimmt die Verantwortung für seine "Hinrichtung", die als Vergeltungsmaßnahme gegenüber dem staatlichen Terror im Baskenland gedacht war. Daraufhin wird über die baskische Provinz Guipúzcoas für acht Monate der Ausnahmezustand verhängt. Und am 14. August 1968, zwölf Tage nach dem Attentat, tritt die Gesetzesverordnung "über die Unterdrückung des Bandentums und des Terrorismus" in Kraft. Damit wird jedes diese Gesetzesverordnung betreffende "Delikt" unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt. Praktisch bedeutet dies, daß jeder Oppositionelle und Regime-Gegner der "militärischen Rebellion" beschuldigt und von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden kann. Als terroristisch gelten bereits "Organisationen und Gruppen, deren Ziel es ist, die Einheit des Vaterlandes (oder) die Unverletzlichkeit seiner... institutionellen Ordnung anzugreifen".

Mit dieser Verordnung soll das Volk zu absolutem Gehorsam und zur unbedingten Loyalität gegenüber dem Franco-Regime angehalten und gezwungen werden; sie verbietet jedwede Kritik an diesem Regime. Für ihre Einhaltung sorgt ein paramilitärisch ausgebildetes Polizeiheer, das ein integraler Bestandteil der spanischen Streitkräfte ist, und von dem der ehemalige Chef der Guardia Civil - die wohl stärkst Säule des Franco-Regimes -, Carlos Iniesta Cano, sagt, es sei ein Beispiel dafür, "wessen diese unvergleichliche Rasse fähig ist - nämlich Gott unserem Herrn und der ganzen Welt das schönste und friedvollste Vaterland des gesamten Erdballs darzubieten". Ergänzt werden diese "Ordnungshüter" von einem Heer von Spitzeln - von Pförtnern, Nachtwächtern, Universitätspedellen, usw.

Kurz vor Weihnachten 1968 beginnt Franco seinen Kampf gegen die Carlisten mit der Ausweisung des Thronprätendenten Kronprinz Carlos Hugo von Bourbon-Parma. Kämpften die Carlisten während des Bürgerkrieges noch auf der Seite Francos, so zogen sie sich in den letzten Jahren vor dieser Verdammung wegen ihres "freundlichen Interesses an der Demokratie" und ihrem "Konzept für eine moderne 'sozialistische' Monarchie" den Unwillen des Caudillo zu. Franco selbst ebnete freilich mit diesem unfreundlichen Akt für seinen Zögling und seine "Schachfigur" Prinz Juan Carlos den Weg zum Thron in einer konstitutionellen Monarchie nach englischem Muster. Grund zur Mißbilligung der carlistischen Arbeiterbewegung MOC insgesamt fand das Franco-Regime in deren Forderung nach freien und demokratischen Gewerkschaften und in ihren Sympathiebekundungen für die nach Autonomie strebenden Basken und Katalanen.

Am 22. Juli 1969 beschehrt Franco dem spanischen Volk die längst ersehnte Regierungsumbildung. Chef der neuen Regierung wird der Vizeadmiral Carrero Blanco. (Franco ernennt ihn drei Jahre später zum Minister- und Vizepräsident der Nation.) Er ist leidenschaftlicher Anhänger der Monarchie und pflichtbewußter Kirchengänger; er schwärmt für einen autoritären Nationalismus und setzt sich auf wirtschaftlichem Gebiet für ein wertfreies und exportförderndes Merkantilsystem ein. Sehr zur Enttäuschung der Falange ziehen ihre faschistischen Blauhemd-Jünger nicht in den Pardo-Palast ein. Franco will eine fortschrittliche Regierung und ein blühendes Spanien nach europäischem Vorbild. Die neue Regierung, so vermerken die Comisiones Obreras (CC.OO.), jene illegalen, aber freigewählten Basisorganisationen der Arbeiter in den Betrieben, ist ein "totaler Sieg der Neo-Faschisten des Opus Dei über die Falangisten". Und in der Tat besteht der überwiegende Teil der Regierung aus Technokraten des katholisch-konservativen Laienordens Opus Dei, jener "heiligen Mafia"(Ynfante) Spaniens, die bereits Ende der fünfziger Jahre in den Regierungsapparat aufgenommen wurden und schon damals die Falangisten von ihren Plätzen verdrängte. Gleichzeitig mit der Regierungsneubildung wird die Spitze der staatlichen Gewerkschaft, in der bislang die Falangisten saßen, gesäubert und mit Technokraten besetzt. Da aber der Nationale Rat weiterhin in seiner Mehrzahl aus Mitgliedern der ultrarechten Falangepartei besteht, schafft Franco so auf höchster Staatsebene einen ständigen Konfliktherd.

F a l a n g e Española Tradicionalista y e las JONS (Juntas de Ofensiva Nacional-Sindicalista). Eine nach deutschem und italienischem Vorbild am 29.10.1933 von José Antonio Primo de Rivera gegründete sozialfaschistische Organisation und Bewegung. Im Jahre 1934 schloß sich der Falange die JONS an. Nach der Erschießung von José Antonio (1936) übernahm Franco die Führung der faschistischen Bewegung. Sie gehört bis heute zur äußersten Rechten des Franco-Regimes.

M a t e s a - Affäre

Der Matesa (Maquinaria Textil del Norte de España SA) -Direktor Juan Vilá Reyes hatte sich in den Jahren 1968/69 auf Kosten staatlicher Exportsubventionen unrechtmäßig bereichert. Der "Geschäftsmann neuen Typs"("Newsweek") hatte angeblich 2 000 Matesa-Webstühle an Argentinien verkauft und dafür Exportdarlehen in Anspruch genommen und einen hohen Steuernachlaß erhalten. In Wirklichkeit lieferte er aber nur 120 Stück; der Rest verrostete in einem Lagerhaus von Buenos Aires. Der ganze Schwindel flog bei einem Ministertreffen auf.

O p u s D e i ("Werk Gottes")

Ein katholisch-konservativer Laienorden; gegründet von dem spanischen Priester José Maria Escrivá im Jahre 1928. Die wohl stärkste integralistische Machtballung in der kath. Kirche und "eine der mächtigsten Geheimgesellschaften der Welt auf finanziellem und politischem Sektor"(Yvon de Vaillant). Unter der Kontrolle und im Besitz des Opus Dei stehen Banken, Versicherungs- und Finanzierungsgesellschaften, Werbe- und Pressegesellschaften, Filmgesellschaften und ein Rundfunksender, die Universität Pamplona und höhere Schulen in Madrid, Barcelona und Bilbao u.a. Institute. Der Orden hat im Lauf der Jahre eine immer größer werdende Zahl von wirtschaftlichen und politischen Positionen übernommen. Als Francos Lieblingskind kontrolliert er die wichtigsten Entscheidungsmechanismen im Staatsapparat.

Die Jünger des Falange-Gründers und andalusischen Adligen José Antonio Primo de Rivera attackieren zum erstenmal in aller Öffentlichkeit die Regierungsmitglieder des Opus Dei und fordern ihren Rücktritt anläßlich des Matesa-Schwindels. Mit der Falange-Hymne "Cara al Sol" (Das Gesicht zur Sonne) im Munde ziehen sie durch die Straßen Madrids und klagen die Opus Dei-Mitglieder Regierung der "subversiven Unterwanderung" an und spielen sich selbst, wie schon so oft, als "Retter des Vaterlandes" auf.

Franco indes, der sich rühmt, ein Regime gegründet zu haben, das "auf den Spitzen unserer Bajonette und mit dem Blut unserer besten Menschen" (Franco) aufgebaut worden ist, nimmt das "Werk Gottes" in der Regierung in Schutz, verlangt jedoch zugleich von ihm, es solle Spanien endlich ein "Wirtschaftswunder" schaffen. (Ein Entwicklungsplan und ein Stabilisierungsplan dazu wurden bereits im Jahre 1959 aufgestellt.) Durch die Aufnahme eines 40 Millionen Dollar Kredits zur Ankurbelung der Industrieproduktion, durch die Abwertung der Peseta um dreißig Prozent und die Deviseneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft, nicht zu unterschätzen die Überweisungen der Arbeitsemigranten, können die Wirtschaftsplaner des Kabinetts Carrero Blanco, allen voran der Minister für Industrie und Entwicklung López Rodó, für Spanien ein wirtschaftliches Wachstum erzielen. Zur selben Zeit bemüht sich diese Regierung, die Anfang der sechziger Jahre begonnen Verhandlungen mit der EWG um einen Assoziierungsvertrag voranzutreiben.

Im Frühjahr 1970, als der damalige Außenminister Walter Scheel in Madrid gastiert und dabei u.a. über die Lieferung von 200 deutschen Leoparden-Panzern verhandelte, verkündete der spanische Außenminister López Bravo einen "Stilwechsel" (Bravo) in der spanischen Diplomatie, um aus der außenpolitischen Isolation herauszukommen.

6

In den Jahren 1968/69 erfaßt die Studentenrevolte in Frankreich und der Bundesrepublik auch die spanischen Studenten. Sie äußern offen und in aller Schärfe ihren Unmut über Franco und sein faschistisches System. Der greise Diktator, der sich zu Tränen herabläßt, wenn er den Atem der Geschichte verspürt, zögerte damals keinen Augenblick, über ganz Spanien den Ausnahmezustand zu verhängen. Spaniens größte Tageszeitung, das monarchistische Madrider Blatt "ABC", skandiert mit einem Zitat des Bundeskanzlers Kiesinger, der über die bundesrepublikanischen Zustände sagte: "Die Grenze des verfassungsmäßigen Rechts auf Widerstand ist überschritten, wenn Demonstranten beleidigen und brutale Gewalt gebrauchen." Franco, sich der Schützenhilfe seiner staatsmännischen Kollegen in Europa bewußt, konnte deshalb ruhigen Gewissens doppelt soviel auf die Studenten einschlagen. Daß die Verhängung des "estado de excepción" nur aus dem Schwachsinn und der Hysterie der Generäle entsprang, brauchte am Ende niemandem klar gemacht werden. Der 24. Januar 1969, dem Tag der Verhängung des Ausnahmezustandes, war freilich für das spanische Volk so grausam und schmerzvoll, daß er schon heute als "Schwarzer Freitag" in die moderne Geschichte Spaniens eingehen wird. Wiederum aber erfaßt dabei die alte Garde des Militärs und die Falange die Gelegenheit, die Regierungsmitglieder des Opus Dei anzugreifen, und sie für den Ausnahmezustand verantwortlich zu machen.

In Burgos fand im Dezember des darauffolgenden Jahres der große Baskenprozeß statt. Unter Anklage standen 16 Mitglieder und Sympathisanten der baskischen Befreiungsbewegung ETA (Euzkadi ta askatasuna - Das Baskenland und seine Freiheit). Hauptanklagepunkt war die Erschießung des Polizeichefs Manzanas. Ohne Zeugen und Verteidiger-Plädoyers angehört zu haben, wurden sechs Angeklagte zum Tode verurteilt. Die Opus Dei-Mitglieder der Regierung befürchteten damals, daß die Todesurteile die Annäherung an die EWG hätten gefährden können. Die Bischöfe Argaya und Cirarda kritisierten in einem Hirtenbrief die Regierung: "Wir haben eine öffentliche Ordnung, die mit Polizeigewalt durchgesetzt wird... Aber öffentliche Ordnung bedeutet noch nicht Frieden." Die Polizei drang während dieser Zeit häufig gewaltsam in Kirchen ein und verschärfte damit die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat.

Die faschistische Polizei und Zivilgarde verliert nach dieser Zeit nicht ihre Grausamkeit und Brutalität. Am 13. September 1971 wird während eines Bauarbeiterstreiks in Madrid der Mauerer Pedro Patiño von Polizisten erschossen. Im März des folgenden Jahres erschießen Polizisten bei Straßenkämpfen zwischen Arbeitern und franquistischen Ordnungshütern in El Ferrol de Caudillo, dem Geburtsort Francos, zwei Arbeiter. Statt Brot erhielten die galicischen Werftarbeiter Kugeln. Der Terror und die Gewalt von Francos Henkersknechten, der Policia Armada und der Guardia Civil, nehmen in dem Maße zu, in dem sie sich mit neonazistischen Banden wie den "Christkönigskriegern" solidarisieren.

Carrero Blanco, getreuer Staatsdiener seines obersten Herrn und eifriger Gottesdienst-Besucher, wird am 27. Dezember 1973 das Opfer eines Attentats. Sein Tod verschärft die Widersprüche innerhalb des faschistischen Machtapparates, vor allem zwischen den Falangisten und der von den Opus Dei-Mitgliedern getragenen Regierung. Ein in Frankreich verbreitetes ETA-Kommuniqué bezeichnet den Anschlag als "gerechte Antwort der Arbeiterklasse und (des) Volkes" auf die Exekution von Mitgliedern der baskischen Befreiungsbewegung. Die ETA betont in diesem Zusammenhang gegenüber den Comisiones Obreras, die die autonomen Bestrebungen des baskischen Volkes ablehnen, ihre Forderung nach Unabhängigkeit und Souveränität. Sie tritt für eine Konföderation aller europäischen Staaten unter sozialistischem Vorzeichen ein. Den CC.OO. zufolge sollen diese Vorstellungen erst nach der Einführung des Sozialismus verwirklicht werden.

Franco ernennt Mitte Februar 1974 den Ex-Sicherheitschef Arias Navarro zum neuen Ministerpräsidenten und Regierungschef. Gleichzeitig entfernt er einen großen Teil des Opus Dei aus dem Regierungs- und Staatsapparat: ein sichtbares Zeichen für die weitere Auflösung des Franco-Regimes. Der "Geist des 12. Februar" verspricht eine Liberalisierung und eine Lockerung der straffen Zügel, während die Anhänger des Regimes in den Ruf nach politischer Demokratie, nach einer beschleunigten Öffnung - "apertura" - und der Zulassung von Oppostionsparteien einstimmen. Der Ruf erfaßt auch die Regierungsmitglieder, die sich nun für eine "Demokratisierung Spaniens" aussprechen. Daß die Liberalisierungsversuche der Regierung Arias scheitern mußten, war abzusehen, da sie von vornherein unter die Macht und Kontrolle der Falangisten im Nationalen Rat gestellt wurden. Was übrig blieb, war eine Pseudoliberalisierung. Arias Navarro scheiterte an der alten Garde des Diktators. Dies zeigte sich sehr klar, als er Mitte desselben Jahres von den ultrarechten Militärs gezwungen wurde, den gemäßigten Generalstabchef Manuel Díez-Alegría Gutiérrez, den "spanischen Spinola", aus seinem Dienst zu entlassen. Er ist das Opfer eines Kampfes zwischen den Ultrarechten und den Gemäßigten; die Falangisten feierten seinen Sturz als einen Sieg.

Die Opposition und die Kritik am Franco-Regime vonseiten der Kirche und einem Kreis von jüngeren Offizieren in der Armee, die hoffnungsvoll nach Portugal blicken, nimmt ständig zu. Die einst so soliden Säulen des faschistischen Regimes, eben die Kirche und die Armee, sind brüchig geworden.

Die antifaschistische "Demokratische Junta Spaniens" aus Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten und parteilosen Technokraten, denen sich die CC.OO. angeschlossen haben, ist entschlossen, den Kampf gegen die Diktatur und Juan Carlos, notfalls im Pakt mit dem exilierten Thronprätendenten Carlos Hugo, zu führen. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) erhielt bereits zu Beginn des Jahres 1969 aus Moskau die Order, mit allen oppositionellen und politischen Kräften des Landes auf die Restauration der Monarchie hinzuarbeiten. Anfang dieses Jahres ruft die demokratische "Junta" in einem Madrider Hotel zum Sturz des Franco-Regimes auf.

Den entgültigen Schlußpunkt unter die Reformbestrebungen und die "Liberalisierung" setzt das faschistische Regime mit der Verkündung des "Anti-Terroristen-Gesetz" am 16. August dieses Jahres. Es erteilt der Polizei das Recht und die Vollmacht auf die Jagd nach antifaschistischen Oppositionellen und Regime-Gegnern, nach Arbeitern und Studenten. Es verbietet ihnen jede offene Kritik und regimefeindliche Stellungnahme. Dieses Gesetz erlaubt den Ordnungshütern des Staates, willkürlich Festnahmen zu machen und Gefangene bis zu zwei Wochen einzukerkern, sie in übelster Weise zu verhören, ohne sie dem Richter vorführen zu müssen. Es kommt so einem Ausnahmegesetz

gleich, da es jegliche Polizeiwillkür sanktioniert. Es scheint so, als ob das Franco-Regime keine andere Möglichkeit mehr sähe, seine innere Zersetzung, seinen inneren Zerfallsprozeß aufzuhalten. Seine Ultima ratio wird die Aufhebung seiner selbst beschleunigen.

Das Dilemma des Franco-Regimes

Zur ökonomischen und politischen Situation Spaniens und seine Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft

Es ist das Schicksal der spanischen Bourgeoisie, daß es ihr nie gelang, sich wie die Bourgeoisie der meisten übrigen europäischen Staaten von den Fesseln des feudalen Grundeigentums und der Geldaristokratie zu emanzipieren. Dies ist noch der Grund für die gegenwärtige Schwäche des Kapitals und der kapitalistischen Klasse in Spanien. Die Macht des feudalen Grundeigentums, die in den Händen der Grandes, der spanischen Aristokratie, liegt, bestimmt, trotz einer sich langsam entwickelnden kapitalistischen Industrie, die alles in allem - von einigen wenigen modernen Industriebetrieben abgesehen - noch recht unterentwickelt ist, bis heute zusammen mit dem Finanz- und Bankkapital die Ökonomie und Politik des Landes.

Spanien, einst eine Blüte des Kolonialismus, wurde im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre selbst zu einer Kolonie, indem es mit der Hereinnahme ausländischen Kapitals zuließ, daß seine Ressourcen (z.B. die Erzlager) durch Ausländer auf räuberische Weise abgebaut wurden. Freilich litt es darunter weit weniger als seine ehemaligen Kolonien. Die Aufnahme von fremdländischem Kapital förderte wohl den industriellen Aufschwung; doch dieser wird in dem Maße gebremst, in dem er die materielle Basis und die besonderen Interessen der herrschenden Oligarchie gefährdet. Sie stellt sich gegen eine Modernisierung und Erneuerung der Produktionsanlagen und behindert so die freie Entfaltung des Kapitalverhältnisses. Das aufstrebende Kapital in seiner ganzen Schwäche wird mit Hilfe des staatlichen Machtapparates, zu dem es selbst keinen Zutritt hat, niedergehalten, wobei die faschistische Ideologie ihr übriges tut. Der strikte Staatsdirigismus und die autarkischen Bestrebungen des Regimes verhindern jedes freie Spiel der Kräfte. Dadurch wird sowohl die Austragung des feindlichen Gegensatzes, des Kampfes zwischen kapitalistischen Pächtern und feudalem Grundeigentum wie der Konkurrenzkampf unter den einzelnen Kapitalisten im großen und ganzen unterbunden. Die Folge davon ist, daß Spanien sich heute "am Rande der internationalen Wirtschaft" (Ramón Tamames, span.Politökonom) befindet.

Der Widerspruch der Staatswirtschaft besteht darin, daß die Geldaristokratie des feudalen Grundeigentums auf der einen Seite den aus der landwirtschaftlichen Produktion erzielten Profit und die Grundrente in Form des Geldes aufhäuft (um es für ihre Luxusbedürfnisse zu verwenden), also einen relativen Überschuß in der Handelsbilanz erzeugt, indem sie so beständig Geld aus der Zirkulationssphäre herauszieht und dies Geld als solches festhält. Dieses Geld aber auf der anderen Seite nicht produktiv anlegt, es vielmehr in dieser Bestimmung beläßt. Hieraus ist die Stagnation in der Landwirtschaft zu erklären, die wie die gesamte Wirtschaft Spaniens durch eine extensive Ausbeutung der Arbeitskraft gekennzeichnet ist. Das Grundeigentum stemmt sich gegen jede Form der Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsweise, verhindert jedwede Landreform, um sich als solches zu erhalten. Der Zweck des Staates ist es, dieses Geld nicht in die Produktion zurückfließen zu lassen, sondern es für die Interessen und Bedürfnisse der herrschenden Klasse festzuhalten.

Die Verwandlung Spaniens aus einer feudalen Agrargesellschaft in eine moderne Industrienation erfordert nun aber gerade eine freie, jedoch nicht ohne Zwang stattfindende Entfaltung des Kapitals, die den feudalen Großgrundbesitz und mit ihm die herrschende Oligarchie beseitigen würde. Dagegen aber stellt sich die herrschende Klasse im Staatsapparat ebenso wie die Mitglieder des Ständeparlaments mit ihren besonderen Interessen einer solchen Entwicklung des Kapitals entgegentreten.

Spanien kann bei dem industriellen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Nationen auf dem Weltmarkt nur bestehen, wenn es die Industrialisierung seines Landes vorantreibt. Da die Expropriation (Enteignung) der selbständigen unmittelbaren Produzenten durch das Kapital von der herrschenden Oligarchie verhindert wird, kann das Kapital nicht die Bedingungen seiner Produktionsweise schaffen.

Die besonderen Interessen des Staates und der in ihm herrschenden Oligarchie aus feudalem Grundeigentum und dem Bank- und Finanzkapital werden ständig gegen das allgemeine Interesse, als das sich dieses besondere Interesse ausgibt, durchgesetzt und festgehalten. Die Bereicherung einer besonderen Klasse von feudalen Großgrundbesitzern, der Grandes, von Bankiers und der Finanzbürokatie, letztlich der gesamten Franco-Kamarilla, ist der letzte Staatszweck dieser Gesellschaft. Das Kapital drängt mehr und mehr zu seiner Verwirklichung, ist bestrebt, seinen begriffslosen Zustand aufzuheben, und gerät damit auf konkret-politischer Ebene zunehmend in Gegensatz zum Franco-Regime.

In dem Maße also, wie das Kapital und seine Klasse, die Kapitalisten, auf ihre Verwirklichung drängen mit der Schaffung einer kapitalistischen Produktionsweise, die allein die Grundlage bildet für den Reichtum der Nation und die nationale Macht, im selben Maße werden sie mit den staatlichen Zwangsmaßnahmen konfrontiert

Nicht nur das Fehlen demokratischer Rechte und der rigorose Staatsdirigismus wirken sich negativ auf den inneren Entwicklungsprozeß des Kapitalverhältnisses aus, sondern auch die Vereinigung von Arbeitern und Unternehmern in staatlichen Zwangssyndikaten behindern den sich entfaltenden Widerspruch, den Kampf zwischen Kapital und Arbeit und den Konkurrenzkampf innerhalb des Kapitals selber. Der Kampf der Arbeiter richtet sich nicht so sehr gegen die kapitalistischen Unternehmer, als vielmehr gegen den Staat und seine repressiven und brutalen Machtorgane. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird so als Kampf zwischen Arbeitern und der Staatsmacht, konkret gegen den staatlichen Repressionsapparat von Polizei und Militär, geführt. In beiden Fällen aber wird der Kampf des Proletariats durch das Verbot freier gewerkschaftlicher und politischer Vereinigungen eingeschränkt.

Als sich das Franco-Regime während der Wirtschaftskrise in den fünfziger Jahren gezwungen sah, staatliche Wirtschaftspläne aufzustellen und den Staatsdirigismus einzuführen, schränkte es im Innern zugleich den freien Wettbewerb und die kapitalistische Konkurrenz ein, die ihrerseits Spaniens Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt einschränkten. Spaniens wirtschaftliches Wachstum und sein industrieller Aufschwung wurde - abgesehen von Auslandskrediten und ausländischen Investitionen - zum großen Teil durch Einnahmen aus dem "Geschäft mit dem Tourismus" und durch die Geldüberweisungen der spanischen Arbeitsemigranten erzielt. Noch heute ist ein Drit-

tel aller Arbeitskräfte in Spanien im Dienstleistungssektor beschäftigt, ein weiteres Drittel arbeitet in der Industrie.

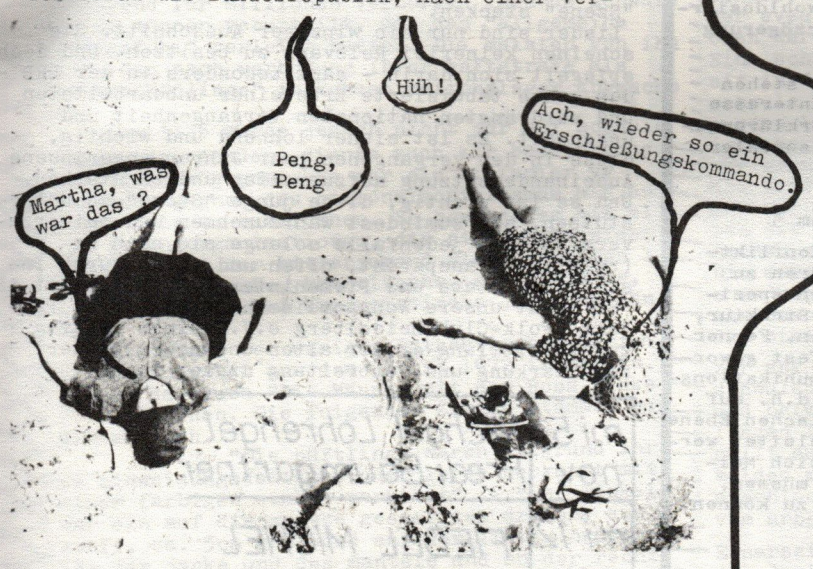
Die Aufnahme von Mitgliedern des Laienordens Opus Dei in den Staatsapparat und in die Regierung sollte nicht nur eine Öffnung des Marktes und eine politische Neuorientierung in der Aussenpolitik, die durch die Assoziierungsverhandlungen mit der EG eingeleitet wurden, mit sich bringen, sondern die Technokraten des Opus Dei - jenes einflußreichen und finanzstarken Geldklerus der spanischen Gesellschaft - verstärkte bis zu ihrem Ausschluß aus der Regierung mit der Bildung des Kabinetts Arias Navarro die Widersprüche und Konflikte innerhalb des staatlichen Machtapparates.

Hinter den offen ausgetragenen Widersprüchen zwischen dem Opus Dei und der ultrarechten Falange mit ihrer kleinbürgerlich-faschistischen Ideologie, verbarg sich ein viel tieferer Widerspruch. Die Geldaristokratie des feudalen Grundeigentums im Bunde mit der alten Garde des Militärs, den Generälen, die sich die falangistischen Blauhemd-Jünglinge als Bluthunde halten, war von Anfang an gegen die Fortschrittsmänner des "Werk Gottes", auf die sie von Zeit zu Zeit ihre Bluthunde hetzten. Carrero Blanco, Ministerpräsident von Francos Gnaden und selbst Mitglied der alten Garde, war Vertreter des Merkantilismus, eines wirtschaftspolitischen Systems also, das im Frankreich des Absolutismus den Reichtum der Nation und die Macht des Staates stärken sollte. Er kam damit den Vorstellungen und Bestrebungen der restaurativen und reaktionären Kräfte des Militärs und der Geldaristokratie nach Wiederherstellung einer Monarchie und der Neugründung eines Imperiums wie zu Zeiten Philipps II. sehr entgegen.

Franco selbst behinderte die Verwirklichung des Regierungsprogramms des Opus Dei, indem er mit seinen diktatorischen Vollmachten und Maßnahmen einen Zustand in Spanien geschaffen hat, der sowohl eine innere wirtschaftliche Entwicklung hemmt, als auch den Beziehungen zur EG abträglich ist. Der Franco-Staat stellt sich bis heute gegen die Interessen der spanischen Bourgeoisie und ihrer Kapitalisten, die bestrebt sind, auf internationaler Ebene konkurrenzfähig zu werden. Er ist gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, sich einerseits dem Weltmarkt zu öffnen, und andererseits seine besondere Eigenständigkeit auf der gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen Basis zu bewahren. Aber die Bewegung der feindlichen Kräfte bewirkt, daß dieser Widerspruch gewaltsam zu seiner Auflösung drängt. Ein Prozeß, in den daß Proletariat mit seiner ganzen revolutionären Kraft eingreifen muß, um am Ende siegreich aus ihm hervorzugehen.

Der gegenwärtige Zustand der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Spanien, der durch den oben beschriebenen Widerspruch gekennzeichnet ist, ist nun aber der wirkliche Grund der EG, weshalb sie nicht gewillt ist, das Spanien Francos in die Gemeinschaft der europäischen Staaten aufzunehmen, ja selbst noch auf einen Assoziierungsvertrag nur mit sehr großer Skepsis eingeht.

Hinter der Forderung der Staaten der EG, allen voran die Bundesrepublik, nach einer Ver-



änderung der politischen Verhältnisse in Spanien, steht in Wahrheit der Wunsch, Spanien solle solche ökonomischen Verhältnisse herstellen, die es ihm erlauben, auf dem Europäischen Markt ein adäquater Konkurrenzpartner zu werden. Allein eine Veränderung des politischen Überbaus, etwa durch den Sturz des Franco-Regimes und die Schaffung demokratischer Zustände in Spanien oder, wie es der Kommentator der "Süddeutschen Zeitung" formuliert, die "Heranführung eines demokratischen Spaniens an Europa"(v.13.10.1975). wäre hierzu die unerläßliche Voraussetzung.

Konkret bedeutet dies, daß Zustände geschaffen werden sollen, die wie in den anderen europäischen Ländern freie gewerkschaftliche und politische Betätigung, politische Parteibildungen, die Installierung eines freien Lohnarbeitsverhältnisses, die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte etc. ermöglichen.

Eine bürgerliche Demokratie nach europäischem Vorbild würde den Entwicklungsprozeß des Kapitals in Spanien nicht länger blockieren und Konkurrenzverhältnisse sowohl im Innern, als auch nach aussen schaffen, unter denen einer Aufnahme Spaniens in die EG nichts mehr im Wege stände. Dadurch aber würde die EG als Ganze gegenüber ihrem amerikanischen Bruder und Konkurrenten auf dem Weltmarkt gestärkt.

Die Vereinigten Staaten scheinen sich indes nur um die Erhaltung des atlantischen Verteidigungsbündnisses und das Sicherheitssystem der "freien Welt" zu sorgen. Um die innenpolitischen Verhältnisse in Spanien selbst scheinen sie sich einen Dreck zu scheren, solange ihnen die Militär-Stützpunkte auf spanischem Boden sicher sind oder diese nicht in Frage gestellt werden. Die Verhältnisse in Spanien tun ihr eigenes. Das Weiße Haus zieht es vor, zur Innenpolitik Spaniens zu schweigen, solange Spanien integraler Bestandteil des westlichen Verteidigungssystems ist. Zugleich jedoch, ohne sich - wie gesagt - einzumischen, drückt es seinen Wunsch nach einem "liberalen Nachfolge-Regime Francos" aus.

Nicht nur fürchten in Wahrheit die USA ein Anwachsen der Arbeiterbewegung und damit die Gefahr eines sozialistischen Weges in Spanien, ähnlich dem Portugals, es ist ihnen auch Unwohl bei dem Gedanken, die EG könnte durch einen Beitritt Spaniens ökonomisch und letztlich politisch so gestärkt werden, daß dadurch das ökonomische Gleichgewicht gefährdet werden könnte.

Anders gesagt. Die USA bekunden einerseits ihr Interesse an einem liberalen Regime nach dem Tode Francos. Und zwar in zweifacher Hinsicht: zum einen gegen einen möglichen sozialistischen Weg Spaniens, zum andern verfolgen sie damit die Absicht, eine Schwächung der Nato zu vermeiden. Nun bedeutet aber andererseits ein "liberales Nachfolge-Regime Francos" den Eintritt Spaniens in die EG. Damit wird aber gleichzeitig die EG gegenüber den USA ökonomisch gestärkt. Folglich, so könnte man schließen, ist den USA ein Franco-Regime gar nicht so unlieb, was sich vielleicht daran ablesen läßt, daß Washington just in dem Augenblick, als sich Europa und die Welt über die Hinrichtungen in Spanien in humanitärem Gejammer ergingen, über die Verlängerung seines Militär-Stützpunkte-Abkommens verhandelte, und zwar so, als gäbe es "das Problem Spanien" nicht.

Der Terrorismus und die Frage der Gewalt

Die Ereignisse in Spanien haben einmal mehr das Problem des Terrorismus und die Frage der revolutionären Gewalt in die Diskussion gebracht. Bedenklich dabei ist, daß selbst hierzulande Sozialisten und Kommunisten von Terror und "Gegenterror" in Spanien - und nicht nur in Spanien - sprechen. Die undogmatische Linke darf angesichts dieser Tatsache vor diesem Problem nicht die Augen verschließen. Sie hat sich mit ihm und damit mit diesen Sozialisten und Kommunisten auseinanderzusetzen. Dieser kurze Abschnitt soll hierzu einige Anhaltspunkt geben.

Als vor kurzem die Welt ihr Entsetzen und ihre Proteste über die Exekutionen in Spanien äußerte, nahm dies die Presse in unserem Lande zu Anlaß, zur Frage des Terrors und des "Gegenterrors" Stellung zu nehmen. Unter dem Titel: "Wem nutzt Francos Urteil?" veröffentlichte die "FAZ" am 29. September den Artikel eines gewissen Herrn Held, seines Zeichens Chefkommentator dieses reaktionären Blattes. (Wir nehmen das Beispiel "FAZ", weil hier am klarsten die bürgerliche Position zum Ausdruck kommt.)

Zunächst wird uns berichtet, daß just in dem Augenblick, als Hitler-Deutschland die Sowjetunion überfiel, die französischen Kommunisten ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion revidierten, indem sie den Widerstand gegen die deutschen Besatzer organisierte und "wahllos Offiziere der deutschen Wehrmacht" hinterrücks meuchelten. Das Ganze "geschah übrigens gegen den Willen de Gaulles", der ja damals in England saß. Nun, die Generäle und die Gestapo rächten sich auf ihre Weise; sie ließen "im alten Stil

Geiseln" gefangennehmen und exekutieren. Durch den französischen Résistance-Kampf gerieten die mit "preußisch korrekten Besatzungsmanieren" einmarschierenden Truppen außer Rand und Band - sehr zum Leidwesen der deutschen Außenpolitik.

Ließ sich jener "Terrorismus" rechtfertigen?, so fragt sich der Artikel-Schreiber (gemeint ist der Terrorismus der Résistance). Die deutsche Wehrmacht sah sich unglücklicherweise gezwungen, den Terror mit Gegenterror zu beantworten. "Es schreckt der Gedanke, durch Terror eine Lawine von Gegenterror auszulösen: Hier hört das theoretische Widerstandsethos (der Kommunisten und der Résistance-Kämpfer, d.Verf.)auf, und die bedenkenlose blutige Praxis beginnt, meist auf Weisung von Mächten (hier der Sowjetunion, d. Verf.), die kaum von sittlichen Hemmungen geplagt werden." Als Stalin, so belehrt man uns, in deutschem Namen Greueltaten an seinen eigenen Landsleuten hinter der deutschen Ostfront begang - gemeint ist wohl der Fall Katyn -, waren damals die Kommunisten von Moskau zum Schweigen verurteilt. Sie haben zu lange "stillgehalten", als daß sie jetzt in aller Unverfrorenheit sprechen könnten.

Moskau ist damals wie heute mit den Kommunisten in Europa zufrieden. "Ein paar Pistolengeschosse hatten eine Entlastungsoffensive von großem propagantistischem und militärischem Wert ausgelöst." Moskau kann auch heute "mit den spanischen Ereignissen zufrieden sein". "Denn wiederum greift ein antikommunistisches Regime (das Franco-Regime, d.Verf.) den schmutzigen Handschuh auf und vergilt Terror mit Gegenterror."

Verwunderlich ist, daß sich "ganz Europa erregt" und dann noch in so unterschiedlicher Weise. Europa erregt sich nicht so sehr "bei anderen Anlässen", wo ebenfalls eine Menge von Menschen ums Leben kommen, etwa beim letzten Zypern-Krieg. Nur im Falle Spaniens, so lamentiert der Autor, gerät heute wie damals (1936, d.Verf.) Europa "aus dem Gleichgewicht".

Er spielt auf der anderen Seite auf den Gedanken an, daß die Zerstörung der spanischen Botschaft in Lissabon früher Spanien zu einer Intervention bewegt hätte. Das wäre sicher kein aggressiver Akt gewesen. Aber wir leben ja schließlich nicht mehr im 19. Jahrhundert! Terror, so oder so, muß eben mit Terror vergolten werden. Und wer den "ruhigen, evolutionären Weg" in Spanien stört, hat nichts anderes verdient.

Ganz anders die demokratische Opposition in Spanien. Sie lehnt jede Form des Terrorismus gegen das Franco-Regime ab, weil sie "mit Recht eine Eskalation der Gewalt fürchtet" und "diese in einem neuen Bürgerkrieg münden könnte"(Friedrich Kassebeer in der "SZ" v. 3.10.1975). Die baskische ETA und die maoistische FRAP dagegen propagieren die revolutionäre Gewalt, jede auf ihre Weise, die ETA den "individuellen Terrorismus"(Kassebeer und andere), die Anhänger der PCE-ml, die FRAP, den revolutionären "Volkskrieg".

Offenkundig ist, daß die einzige Waffe des Franco-Regimes für seine Aufrechterhaltung und Existenz die terroristische Gewalt in Gestalt des polizeilichen und militärischen Unterdrückungsapparates ist. Die revolutionäre Macht der Arbeiklasse muß dieser Gewalt und dem staatlichen Machtapparat ein Ende bereiten, um die Voraussetzungen zu schaffen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Durchgeführt kann dieser Sturz der herrschenden Gewalt zum Beispiel mit dem Mittel eines "unbegrenzten Generalstreiks", der Besetzung und Übernahme von Betrieben, Banken, Nachrichtensystemen, usw. und der allmählichen Etablierung einer "revolutionären Arbeiterkontrolle"(Marcuse).

Der Kommentator der "FAZ" fällt noch hinter die Grundvorstellungen der klassischen bürgerlichen politischen Philosophie und Politik zurück, die darin bestehen, daß der Zweck einer Regierung nicht nur die größtmögliche Freiheit ist, sondern darüberhinaus auch das größtmögliche Glück der Menschen. D.h. aber nichts anderes als ein Leben ohne Not, Elend und Angst, ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Sind Krieg und Revolution nicht wesentlich zu unterscheiden? In Spanien herrscht kein Krieg, aber das Volk steht unter Kriegsrecht. Läßt sich, so müssen wir uns fragen, revolutionäre Gewaltanwendung als Mittel zur Abschaffung der kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse rechtfertigen? Angesichts des staatlichen Terrors und der staatlichen Gewalt des faschistischen Franco-Regimes ist diese revolutionäre Gewalt mehr als gerechtfertigt, liegt doch in ihr die einzige Chance und die einzig reale Möglichkeit, das spanische Volk von den Fesseln des Faschismus zu befreien.

Terror, so meinen wir, ging und geht noch heute vom faschistischen Regime aus, da unterscheidet sich der Franco-Faschismus nicht wesentlich vom Hitler-Faschismus, der mit der Besetzung Frankreichs, um auf das Beispiel von Herrn Held in der "FAZ" zurückzukommen, das französische Volk unterdrückte und terrorisierte. Damals war es die Gestapo, heute sind es die "Gristapos", die Grauhelme der Policía Armada. Und der angebliche Terror der Résistance (richtig müßte es wohl hier heißen "Gegengewalt") ist einzig und allein eine Verteidigungsmaßnahme gegenüber den faschistischen Unterdrückern. Er wird so lange andauern, bis dieses Regime besiegt ist. Die terroristische Gewalt geht von der herrschenden Klasse aus. In Spanien zeigt sich diese Gewalt im Gewande der herrschenden Franco-Kamarilla. Sie, und nicht nur Franco, muß gestürzt werden!

Der Kampf muß weitergehen

Der Sturz des Franco-Regimes und die Herstellung der demokratischen Rechte ist nur das erste Ziel der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes. Der Kampf gegen die Diktatur, der im wesentlichen von den Comisiones Obreras getragen wird und dessen einheitliche Führung bislang noch nicht klar erkennbar ist, dieser Kampf um die Schaffung demokratischer Verhältnisse und der Demokratie in Spanien darf bei der Verwirklichung dieses Zieles nicht stehenbleiben. Sollte auf den Faschismus in allernächster Zukunft eine bürgerliche Demokratie folgen - von der Monarchie wollen wir erst gar nicht reden, da sie an den bestehenden Verhältnissen nicht viel ändern würde -, so wäre sie nur das Übergangsstadium, die letzte Etappe und zugleich das Mittel, um über eine soziale Revolution den Weg zum Sozialismus hin zu beschreiten. Voraussetzung dazu aber ist, daß jede Spielart einer bürgerlich-parlamentarischen Staats- und Regierungsform beseitigt sein muß.

Zur Schaffung einer Demokratie in Spanien reichen möglicherweise die antifaschistischen Kräfte aus; der Sturz des Franco-Regimes kann durch einen Generalstreik erreicht werden. Aber der antifaschistische Kampf muß im Gefolge des Generalstreiks in einen sozialrevolutionären übergehen, um sämtliche bürgerlichen Kräfte hinwegzuspülen und damit den Weg freizumachen für eine soziale Revolution. "Der Massenstreik ist", wie Rosa Luxemburg sagt, "bloß die Form des revolutionären Kampfes."

Bis jetzt war der legale Kampf mit dem illegalen zu verbinden. Die Comisiones Obreras werden vollständig aus der Illegalität heraustreten und sich zu Organen der Arbeiterdemokratie und der proletarischen Staatsmacht entwickeln.

Der Kampf um demokratische Rechte wird zunächst die politischen Bedingungen und Positionen der Arbeiter und des ganzen Volkes verbessern, so wie der Kampf um eine demokratische und "gerechte" Gesellschaft die Voraussetzungen und Bedingungen hervorbringt für die weitere Entfaltung der kapitalistischen Verhältnisse in Spanien. Aber damit ist die Ausbeutung und die Unterdrückung der Men-

schen selbst noch nicht abgeschafft. Ein bürgerlicher, d.h. nicht-faschistischer Staat - hier immer vorausgesetzt, die Arbeiterklasse in Spanien kann nicht direkt zu einer proletarischen Staatsform und Arbeiterdemokratie übergehen - würde diese Ausbeutung und Unterdrückung in anderer Form fortsetzen.

Erst eine sozialistische Revolution im Gefolge oder nach dem Sturz des Franco-Regimes wäre der Garant für die faktische Verwirklichung demokratischer Verhältnisse und der Transformation der bürgerlichen Demokratie in eine sozialistische.

So erst würde mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft der soziale Kern der bürgerlichen Demokratie deren bornierte politische Hülle sprengen. -

---

Da nicht vorausgesetzt werden kann, daß sich alle Leser die in diesem Artikel vorausgesetzten politökonomischen Kategorien haben aneignen können, wollen wir hier die zentrale Aussage, daß in Spanien ein Konflikt zwischen dem "feudalen Grundeigentum" einerseits und den "kapitalistischen Pächtern" und dem Industriekapital andrerseits besteht, noch etwas voraussetzungsloser darstellen :

Feudales Grundeigentum zeichnet sich dadurch aus, daß dem Grundherr kraft seiner Abstammung (Adel und Kirche vor allem), das Recht zusteht, von denjenigen, die den Boden bearbeiten, Abgaben zu verlangen (Im Mittelalter bei uns als "der Zehnte" bekannt). Der Grundherr mischt sich nicht in die Produktion ein, sondern presst aus den von ihm Abhängigen ("Leibeigene") durch seine militärische Gewalt den Teil der Produkte heraus, den er durch eigenen Beschluß für sich beansprucht (="extensive Ausbeutung" bei "feudaler Produktionsweise")
So stagniert die landwirtschaftliche Produktion, da für die Bauern größere Produktivität nur mehr Ausbeutung bedeutet, was sich für sie nicht "rentiert".
Der Grundherr selbst legt seine zusammengeraubten Reichtümer nicht wie im Kapitalismus in neuer Produktion an ("Investitionen"), sondern bildet Schätze, d.h. umgibt sich mit Gold, Silber Tand schönen Frauen usw. - also stagniert die Produktion auch aus diesem Grund.

Die Grundherren organisieren sich untereinander als Stand (staatlich : Ständeparlament), innerhalb dessen über eine Hierarchiebildung hinaus keine Konkurrenz (wie dann im Kapitalismus) unter den Herrschenden besteht :
Ein Fürst, ein Bischof ein Offizier kann noch so blöd, faul und dekadent sein, ihm kommt qua Abstammung und Zugehörigkeit zu diesem Stand das Recht zu, einen bestimmten Teil eines Landes nach seinem Gutdünken auszubeuten.
Der Stand der feudalen Grundeigentümer braucht daher den Staat hauptsächlich, um in seinen direkten und plumben Unterdrückungsmaßnahmen gegen die arbeitende Klasse unterstützt zu werden.

Kapitalistische Pächter pachten von einem Grundherrn den Boden zu einem vertraglich vereinbarten, festliegenden Zins. Sie können diesen Boden dann in freier Entscheidung bewirtschaften und die hergestellten Produkte frei veräußern. Sie machen daher den meisten Profit, wenn sie die Produktivität der Landwirtschaft steigern durch neue Technologien, durch ein Verkehrsnetz zu und zwischen den Städten, durch Außenhandel usw. Die gemachten Profite legen sie deshalb - im Gegensatz zu den prunksüchtigen Feudalherrn /s.o.) - in neuen "Investitionen" an.

Diese Pächter liegen untereinander in kapitalistischer Konkurrenz, da derjenige die meisten Profite macht, der am schnellsten eine neue Technologie anwenden kann, während die andern noch unproduktiver arbeiten (bzw arbeiten lassen): Die kapitalistischen Pächter bilden zusammen mit den industriellen Kapitalisten eine Klasse, die auch untereinander konkurriert,und keinen feudalen Stand.

Diese Klasse wenden diese Technologien jedoch nicht selbst an, sondern lassen dies - wie es für einen anständigen Ausbeuter auch gehört - wieder einmal die arbeitende Klasse machen, die Landlohnarbeiter und das Industrieproletariat. Diese müssen sich jedoch bestimmte Qualifikationen aneignen können, damit sie fähig sind, die von den Kapitalisten eingeführten neuen Technologien zu beherrschen - dagegen ist in einer rein feudalen Gesellschaft nicht einmal Lesen und Schreiben bei den Arbeitenden Voraussetzung für eine funktionierende Ausbeutung durch den Feudalherrn.

Hinter dem Wort "neue Technologien" verbirgt sich so letzlich nur eine andere Art der Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten : intensiv (=hohe Produktivität und Ausbeutung der Arbeit) statt extensiv (= einfache unproduktive Arbeiten an langen Arbeitstagen). Dies macht in Grundzügen die "kapitalistische Produktionsweise" aus.

Somit müssen sich nun aber kapitalistischer Pächter (aus dem nach und nach Eigentümer des Bodens wird) und industrieller Kapitalist in ganz anderer Weise auf den Staat beziehen, als dies der feudale Grundherr macht :

Der Staat muß für die Kapitalistenklasse zum einen deren divergierenden Privatinteressen zusammenfassen, das "Allgemeinwohl" sicherstellen - eine Funktion, die im Feudalstaat die Kirche, die Adelshierarchie und der militärische Chorgeist übernehmen. Gefordert werden also einheitliche Rechtsprechung, Gesamtmilitär, allgemeine Wahlen usw, eben ein "demokratischer" Überbau.
Daneben soll der Staat für die Kapitalistenklasse bestimmte "infrastrukturelle" Grundvoraussetzungen schaffen, damit die intensive Ausbeutung der arbeitenden Klasse stattfinden kann :

In Volksschulen und Universitäten müssen die Arbeitskräfte zur Anwendung neuer Technologien befähigt werden, Verkehrswege sollen die Verbindung zwischen den monokulturellen Einzelbetrieben (=große Arbeitsteilung) herstellen usw.

Da der industrielle Kapitalist und der Pächter nicht wie der Feudalherr auf an den Boden gebundene Bauern zur Ausbeutung zurückgreifen kann, muß er überdies für staatliche Zustände eintreten, in denen sich der Arbeiter selbst am Leben erhalten und seine Arbeitskraft über das ganze Land verteilt (Freizügigkeit!) anbieten kann :
Dem kapitalistischen Pächter und dem Industriekapitalist entspricht der "freie" Lohnarbeiter, dem es erlaubt sein muß, frei zu kontrahieren, Gewerkschaften zu bilden, sich politisch zu vereinigen, den Beruf frei zu wählen - dies aber immer mit der Bestimmung, eine der kapitalistischen Produktionsweise angemessene Arbeitskraft zu werden.

Ökonomische, letztlich inhumane, Interessen einer neuen Ausbeuterklasse sind es also, die diese die Stimme für "demokratische Verhältnisse" erheben lassen gegen Feudalstrukturen, wie sie zum Teil noch in Spanien herrschen.

CA und Kleiner Senat

Auf der letzten Sitzung des Kleinen Senats wurden 3 von den 5 Studium-Generale-Arbeitskreisen des Collegium Academicums abgelehnt. Es handelt sich dabei um einen Portugal-AK, einen Wyhl-AK und einen AK Legitimationsprobleme des Staates. Das Studium Generale war ursprünglich eingeführt worden, um, wie es sogar das Handbuch der Uni Heidelberg darstellt, "fachspezifische Isolierung zu überwinden", gesellschaftliche Probleme einzubeziehen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Es bestand aus Arbeitskreisen und einer Vortragsreihe, wobei die AKs vom CA getragen wurden: die spektakuläre Vortragsreihe wurde schon 1973 als "politisch einseitig" liquidiert.

Für das jetzige Wintersemester erarbeitete der Arbeitsausschuß des CA ein Programm unter dem Oberthema "Analysen und Theorien neuer sozialer Konflikte". Die Gelder für drei der AKs (s.o.) wurden aber gesperrt. Die Begründungen lauteten: Geldmangel zum einen und Unwissenschaftlichkeit zum anderen.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, daß das Geld einem Fonds entstammt, der überhaupt nur für die Studium-Generale-AKs verwendet werden kann und nur für sie vorgesehen ist; die Gelder zu streichen, bedeutet also nicht sie zu sparen, sondern sie zu verschenken. Anlaß für die zweite Begründung war die "Kürze der Bibliographen (!)", die den Kleinen Senat wähnen ließ, die studentischen Bewerber könnten die komplexen Gebiete gar nicht bewältigen. Studium-Generale-AKs jedoch sind keine zusätzlichen Lehrveranstaltungen im herkömmlichen Sinn, sie sollen gerade eine Alternative dazu sein: Die Teilnehmer bearbeiten hier gemeinsam ein Thema, dem AK-Leiter kommt nur eine unterstützende und koordinierende Funktion zu. Gerade diese Arbeitsmethode ermöglicht erst da sie kollektiv ist, die Bearbeitung komplexer Themen, was ja auch der Anspruch, nicht der Mangel des Studium Generale ist. Auch verbindet sich dadurch, daß die AKs über den Arbeitsausschuß vom CA selbst die thematische Orientierung erhalten, die Chance, auch über Lerninhalte selbst zu entscheiden.

Es drängt sich also der Verdacht auf, daß die Begründungen des Senats vorgeschoben sind. Durch die versuchte stillschweigende Liquidierung der AKs wird das CA in einer seiner wichtigsten Funktionen angegriffen, die es vor anderen Wohnheimen auszeichnet. Die Arbeitskreise dienten als wichtiges Argument für den Erhalt des CA in seiner jetzigen Form: Als im Frühjahr 75 der Kleine Senat die Auflösung der Institution mit Beginn der Renovierung beschlossen hat, wurden selbst damals die AKs als Pro-Argument, für Selbstverwaltung, erwähnt. Sollten sie also abgeschafft werden, würde dies die Reihe der wohldosierten Schikanen (so z.B. die Einstellungsverzögerung des neuen Leiters) fortsetzen.

Die Studium-Generale Arbeitskreise des CA stehen dieses Semester im Zusammenhang mit dem Interesse an Protestbewegungen, die sich gängigen Erklärungsschemata nicht fügen. Die "Analyse neuer sozialer Konflikte" ist Hauptthema des Programms:

- Wyhl-AK — Dienstag, 20 Uhr, Raum 5

Um den "Fall Wyhl" als Beispiel einer Konfliktsituation im Reproduktionsbereich erklären zu können, soll er zuerst einmal aus seinen spezifischen Bedingungen (soz., ökonomische Struktur, Entwicklungstendenzen) verstanden werden. Ferner soll versucht werden, die in Wyhl manifest gewordenen 'Veränderungspotentiale' als Kommunikations- und Interaktionsprobleme zu behandeln, d.h. auf der soziologischen und sozialpsychologischen Ebene sollen Kriterien aus dem Geschehen abgeleitet werden, die darüber Aufschluß geben, wie sich Meinungs- und Verhaltensstrukturen ändern müssen, um strukturelle Veränderungen bewirken zu können.

- Portugal- AK — Dienstag, 20 Uhr

Der AK beschäftigt sich mit der Analyse neuer Nachrichten aus Portugal und mit deren Verbreitung; die Arbeit findet in Projektgruppen zu den Themen: Basisorganisationen, PS+Sozialdemokratie, Rolle des ausländischen Kapitals, Armee, Agrarsituation statt.

- AK "Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus". Do.

Ausgangspunkt für die Diskussion bildet die Tatsache, daß sich im Spätkapitalismus Konflikte nicht mehr primär am Lohnarbeit-Kapital- Verhältnis entzünden, sondern sich zwischen Jugendlichen und Mittelschicht-Gruppen einerseits (s.Wyhl, Nordhorn, HSB) und "Sozialstaat" andererseits abspielen. Anhand von Marcuses "Konterrevolution und Revolte" sollen die Möglichkeiten linker Politik erörtert werden, die ausgeht von den Veränderungspotentialen, die im Bereich des Moralischen und Ästhetischen liegen ('neue Bedürfnisse"), sowie die Kritik der Studentenbewegung. Marcuse'sche.

- AK Zukunftsforschung und Utopie
Mo. 20 Uhr, Raum 319

Behandelt werden können(!) Verhältnis Ökologie und Politik, Möglichkeiten von Antezipation in Subkulturen, Zukunftspessimismus als Motivation zum Engagement (Huxley, Orwell), die kommunistische Utopie Ernst Blochs sowie die Notwendigkeit und Perspektiven einer Subkultur.

- AK Krise

Lektüre: "Marx und Keynes" von Paul Mattick

Dies kann nur durch unsere gemeinsame Anstrengung verhindert werden. Wir wollen zunächst die Sache mit dem Rektor auf einer Kuratoriumssitzung behandeln. Unser Ziel muß es dann sein, den Senat dazu zu bringen, erneut - und positiv - über unsere Arbeitskreise zu entscheiden.

DIE AKs FINDEN ÜBRIGENS TROTZDEM STATT !!!

In thematischem Zusammenhang mit den AK's veranstaltet das CA eine Vortragsreihe:

Die, 18.11.75:	"Krise und Bewußtsein in der Novemberrevolution" (Lukas)
Die, 2.12.75:	Mühleisen und die Plakatgruppe
Die, 16.12.75:	Aike Blechschmitt: Krise
Die, 13. 1.76:	Manfred Schmidt: Staatstheorie
Fr, 30. 1.76:	W.D. Narr: Berufsverbote
Die, 13. 2.76:	Schwendter: Utopie

- CA-Selbstverwaltung -

Der Folk-Club informiert

Was schmipft sich heute nicht alles Volkslied: Karnevalsschlager, Egerländer-Musikanten, Männerchöre mit kunstvollen vierstimmigen Sätzen und natürlich Heino....hier wird viel volkstümliches gespielt, um Gold zu machen. Diese Tradition im Kommerz und die Erinnerung an Zeiten, wo das Volkslied benutzt wurde, um unbekümmerte Gefolgschaft zu erziehen, haben unser Liedgut so weit von seiner ursprünglichen Situation entfernt, wie die Pommes-frites-Bude vom Bauernfrühstück.
Doch die alten Volksliedfunktionen leben immer noch: Tanzlied (heute fest in der Hand der Kung-Fu-Fighters), Unterhaltungslied, politisches Lied, Zeitungslied, Kneipenlied und Liebeslied. Und damit diese Funktionen wieder erfüllt werden können, müssen wir eine Musik machen und verbreiten, die es jedem möglich macht, sie zu verstehen und nachzuvollziehen. Wir wollen den Leuten eine Musik zugänglich machen, die sie zum Selbermachen Nachdenken, Singen und Tanzen auffordert. Zudem wollen wir alle lernen, aus der traditionellen Musik eine Zeitgenössische Volksmusik zu machen. Dazu muß man die noch lebenden Lieder unserer Gegend, wie die anderer Länder und Gruppen in ihre funktionellen Einzelteile zerlegen (Instrumentation, Rhythmus, Sing-und Dichttechniken, psychologische Wirkung etc.) und diese zum neuen deutschen Lied zusammensetzen.
Wir haben gelernt, auf diese Fragen einzugehen: Welche Lieder leben unter uns? und Welche Lieder brauchen wir? Wir haben erlebt, wie kompliziert diese Fragen sind, und entdecken müssen, wieviel an eigenen Vorurteilsstrukturen, gesellschaftlichen Verdrängungen und versteckter Herrschaft sich darin verbirgt. Zu lernen, wieder gemeinsam zu singen, nicht repressiv und doch nicht verschleiernd, gemeinsam auf die Texte zu achten, zu Selbsttätigkeit und eigener Artikulation anzuregen und angeregt zu werden, ein kleines Stück lebendiger Alternative zu kommerzialisierter Freizeit und zu aufdringlich reaktionären Schlagern mitzugestalten - das sind die Lernmöglichkeiten, die in der offenen, nicht ihrerseits gleich wiede ideologisierten Auseinandersetzung mit dieser "Szene" stecken.
Lieder sind nur ein winziger Ausschnitt. Sie scheinen keinerlei Relevanz zu besitzen. Und doch spiegelt sich darin - ganz besonders in der BRD - das ganze tabuisierte Erbe einer unbearbeiteten und verdrängten nationalen Vergangenheit und Gegenwart. Es ist sicher lohnend und wichtig, diese in den vergangenen paar Jahren angerissene Auseinandersetzung aufzugreifen und zu stärken. Und es ist wichtig, diese junge "Szene" zu unterstützen, sie zumindest wahrzunehmen und weiterzuvermitteln - jedenfalls solange sie noch so (relativ) transparent, offen und nicht durch Insidertum, Stars und Firmeninteressen blockiert ist.
So sieht unsere Wohngemeinschaft mit ihrem Projekt "Folk-Club Heidelberg e.V." einen Beitrag zur Vermittlung dieser alten und neuen Lieder, zur Stärkung und Verbreitung dieser Ideen.

mi 5. nov.	Michael Lohrengel Fredi Baumgartner
mi 12. nov.	FIEDEL MICHEL
do 20. nov.	Jo Mateiko Manfred Link
do 27. nov.	Gerd Schinkel + SAITENWIND
do 4. dez.	SCHEYTHOLTZ
do 11. dez.	AN FONN

jeweils um 20^{30} Uhr
CA Seminar-straße 2

8

ROSA WINKEL

Historisches Zeichen der Schwulenunterdrückung

Anfang 1975 wurde das thema 'RosaWinkel' von der Homosexuellen Aktion Westberlin (haw) in die diskussion der deutschen schwulengruppen eingebracht. Aktueller termin für den beginn der RosaWinkel-aktionen war der 8.mai, der 3o.jahrestag der "beendigung des Hitler-faschismus".

- - - - - - - - - - Mir wird ziemlich unwohl, wen n ich daran denke, daß der 8.mai schon vor einem halben jahr war. Ich habe jetzt also keinen 'aktuellen anlaß', mit dem ich einen artikel über den RosaWinkel im "Carlo" rechtfertigen könnte.
In Heidelberg wird auch vorerst keine RosaWinkel-aktion zustande kommen, weil die 'basis' dafür fehlt. Wir paar leutchen in der schwulengruppe (zahlen wage ich schon garkeine mehr zu nennen) werden uns zwar mit RosaWinkeln 'schmücken', aber um daraus eine 'aktion' zu machen, sind wir einfach zu wenige (oder zu wenig aktivistisch ?).
Fazit: ich kläre Euch trotzdem über den RosaWinkel auf, weil meine hoffnung nicht totzukriegen ist, daß wir es schaffen, die "schwulenbewegung" auch auf eine provinzstadt wie Heidelberg übergreifen zu lassen, und daß wir nicht immer nur zusehen müssen, wie sich in großstädten wie Westberlin etwas bewegt (die sowieso schon ein 'eldorado' der schwulen sind). - - - - - - - - - - - - - - - - - - -

ROSA WINKEL --Eine Lektion aus der Geschichte der Schwulenunterdrückung

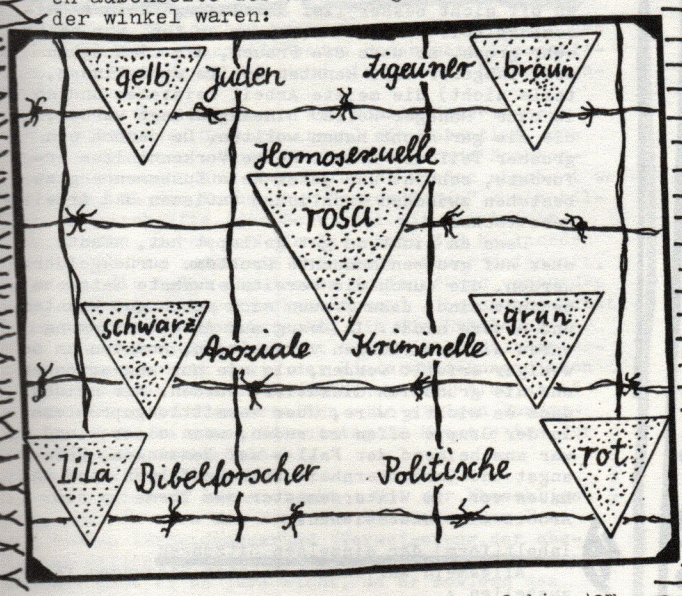
Ähnlich wie seit den sechzigerjahren in der BRD gab es schon in der WeimarerRepublik liberalisierungstendenzen gegenüber den homosexuellen. So forderte beispielsweise die sozialdemokratie die aufhebung des §175. Doch schon 1927 kündigte sich wieder die entgegengesetzte entwicklung an. Der damalige nationalsozialistische abgeordnete und spätere innenminister Frick: "Wir dagegen sind der ansicht, daß diese leute ... mit aller schärfe verfolgt werden müssen, weil solche laster zum untergang des deutschen volkes führen müssen".
Sogleich nach der machtergreifung wurden die Berliner schwulenlokale geschlossen. 1935 wurde der §175 verschärft: ein mann, der mit einem anderen mann "unzucht treibt", wurde mit gefängnis bestraft. War 'verführung' im spiel, dann drohte zuchthaus bis zu 1o jahren. "Unzüchtiges treiben" konnte schon ein kuß, eine umarmung oder sonstwas sein, wenn es öffentlich geschah oder verpfiffen wurde.

Während von 1931 bis 1933 "nur" 2319 männer wegen eines vergehens gegen §175 verurteilt wurden, stieg die zahl in den folgenden jahren sprunghaft an: 1936 allein 5321, von 1937 bis 1939 wurden stellvertretend für millionen verborgen lebende schwule 24 45o männer verurteilt, die das "allgemeine schamgefühl" verletzt hatten. Die meisten von ihnen wurden nach verbüßung ihrer haftstrafe als "volksschädlinge" in konzentrationslager abgeschoben.

Der §175 wurde jedoch nicht nur auf schwule angewandt, sondern diente auch zur beseitigung politischer gegner. Es war ein einfacher vorwand, gegner des nationalsozialismus als homosexuelle zu bezeichnen. So geschah es mit allen jugendorganisationen, die sich nicht widerstandslo mit der hitlerjugend gleichschalten liessen: bündische, katholische, evangelische, sozialistische und kommunistische jugendverbände.

Als einer der wenigen authentischen berichte von schwulen aus dem KZ ist 1972 im Merlin-Verlag das buch "Die Männer mit dem Rosa Winkel" erschienen. Die folgenden Zitate stammen aus diesem Buch.

"Die häftlinge waren aufgrund ihres einweisungsdeliktes oder ihrer herkunft mit einem farbigen winkel markiert" ..."Der winkel war ein auf die spitze gestelltes dreieck aus stoff, ca. 5cm groß und auf der linken brustseite der jacke und des mantels und an der rechten außenseite der hose aufgenäht. Die farben der winkel waren:



Die RosaWinkel waren jedoch um ca. 2 bis 3cm größer als die anderen winkel ausgeführt, denn man sollte uns schon von weitem als schwule deutlich erkennen".(S.33) Später wurde der winkel durch einen doppelt so großen ersetzt und da zu kam ein 12cm langer gelber querbalken über dem winkel.

Der RosaWinkel hatte also nicht nur die funktion, den grund des einweisungsdeliktes deutlich sichtbar zu machen, sondern war gleichzeitig ausdruck für die hierarchie innerhalb der gefangenen. Das lagerleben war so organisiert, daß zwischen der SS und den einfachen häftlingen die schicht der "lagerprominenz" als aufsicht fungierte. Diese lagerprominenz - von der SS ausschließlich aus den reihen der häftlinge mit dem roten oder grünen winkel ausgesucht - gab die selbst erfahrene unterdrückung rücksichtslos nach unten weiter.
Die besonders unterdrückte lage der schwulen zeigte sich darin, daß es für schwule ein gesondertes ghetto im ghetto gab. Sie waren in eigenen blocks untergebracht, durften an andere blocks nicht näher als 5m herangehen und es war ihnen untersagt, mit häftlingen einer anderen winkelfarbe kontakt aufzunehmen, damit diese nicht zu homosexuellen handlungen 'verführt' werden konnten.
Wohl die schwerste form der unterdrückung, die auch offen auf vernichtung abzielte, waren die speziell für schwule eingerichteten arbeiten. Zunächst mußte jeder trupp von neuangekommenen mit den bloßen händen schnee von der einen straßenseite auf die andere und wieder zurück schaffen. Durch diese sinnlose tätigkeit sollte der eventuell noch vorhandene eigenwille gebrochen werden.
Eine schärfere form der versklavung war die arbeit in der tongrube, zu der ausschließlich schwule herangezogen wurden. In diesen gruben wurden loren mit ton beladen, die von den häftlingen bergauf geschoben werden mußten. hierbei war es an der tagesordnung, daß den gefangenen die kraft ausging und die lore mit voller kraft auf die nachfolgende lore prallte. "Dann wirbelten oft menschenleiber durch die luft und glie dmaßen wurden zermalmt und zerquetscht" (S.43).
Die makaberste arbeit war das aufschütten eines erdhügels für den kugelfang des schießstandes. Als besondere belustigung der SS galt hierbei das zielschießen auf einzelne schubkarrenfahrer.
Zur abkühlung der 'warmen brüder' mußten die schwulen stundenlang nackt im schnee stehen und beim schlafen die hände auf der bettdecke liegen lassen, "denn ihr schwulen arschlöcher sollt euch nicht selbst begeilen können" (S.39). Melden mußten sie sich stets mit "schwules arschlock nr. XY" bzw. "arschfickerkommando vom arbeitseinsatz zurück".
Einerseits sollten die schwulen als"entartete des deutschen volkes" vernichtet werden, andererseits waren teile der SS und ihrer schergen (wahrscheinlich uneingestanden) selbst schwul, was sie in ihren sadistischen ersatzhandlungen zu kompensieren versuchten. So berichtet der verfasser von einem SS-lagerführer, der während der ausführung von prügelexekutionen deutlich erkennbar in der hosentasche onanierte. Ein anderer häftling mit dem RosaWinkel wurde von betrunkener SS gefesselt, geschlagen, über die grenzen des erträglichen hinaus an den empfindlichen stellen des körpers gekitzelt; die hoden wurden ihm mit heißem wasser verbrannt und als abschließenden höhepunkt der tortur mit der bemerkung "er ist doch ein arschficker, laß ihn doch auch einen genuß haben" wurde ihm ein besenstiel tief in den after gebohrt, bis er der folter erlag.
Die schwulen handlungen der SS und der lagerprominenz-(die jungen unter den neuangekommennen schwulen wurden sogleich als sexualobjekte unter der lagerprominenz aufgeteilt, wodurch sie geringe privilegien und überlebenschancen erhielten)- wurden stillschweigend geduldet, wenn sie nicht an die öffentlichkeit drangen, da ja gleichgeschlechtliche handlungen von 'normalen' als ersatzhandlungen abgetan wurden (wie auch heute noch in gefängnissen), "wenn dasselbe aber zwei 'homos' im einklang ihres beiderseitigen einverständnisses machten, war es eine schwerere, eine dreckige und abscheuliche angelegenheit" (S.78).
Wenn bekannt wurde, daß ein SSler (außerhalb des KZ) schwul war, kam er ebenfalls ins KZ. Solche fälle wurden so gut wie möglich - sogar noch gegenüber den KZ-häftlingen - vertuscht.

Für mich als schwulen ist es zunächst einmal wichtig, auf diese exzesse des schwulenhasses überhaupt hinzuweisen, da die betroffenen nie rehabilitiert wurden. Während man sich nach 1945 darum bemühte, die begangenen verbrechen an den juden 'wiedergutzumachen', kümmerte sich um das schicksal der schwulen bisher öffentlich niemand. Die fortexistenz des §175 bis heute macht es deutlich, daß die wenigen überlebenden schwulen geschwiegen haben. Sie blieben auch nach dem krieg weiterhin 'kriminelle'.

Die begründungen für die strafbarkeit der homosexualität blieben auch nach dem krieg die gleichen. In der amtlichen begründung des von den nazis verschärften §175 von 1935 hieß es:
"Der neue staat, der ein an zahl und kraft starkes, sittlich gesundes volk erstrebt, muß allem widernatürlichen geschlechtlichen treiben mit nachdruck begegnen. Die geschlechtliche unzucht zwischen männern muß er besonders scharf bekämpfen, weil sie erfahrungsgemäß die neigung zu seuchen artiger ausbreitung hat und einen verderblichen einfluß ... ausübt ..."
Keinen deut anders klingt es in der begründung für einen gesetzesentwurf der CDU-bundesregierung von 196o: die rechtsordnung hat "gegenüber der männlichen homosexualität die aufgabe, durch die sittenbildende kraft des strafgesetzes einen damm gegen die ausbreitung eines lasterhaften treibens zu errichten, das, wenn es um sich griffe, eine schwere gefahr für die gesunde und natürliche lebensordnung im volke bedeuten würde."
Auch das bundesverfassungsgericht bestätigte noch 1957 die weitergeltung des nazi-§175.

Die überlebenden schwulen opfer des ns-faschismus waren also weiterhin gezwungen, sich zu verstecken. Die unterdrückung blieb bestehen, lediglich die werkzeuge wurden nach und nach andere.

(Noch eine quellenangabe: ich habe manche passagen dieses artikels wörtlich aus einer HAW-broschüre übernommen.)

Ich werde im nächsten "Carlo" versuchen zu erklären, daß sich an diesem zustand bis heute - trotz der liberalisierung der gesetzgebung - nichts grundlegendes verändert hat und welche möglichkeiten wir sehen, durch das tragen des RosaWinkels gegen die unterdrückungsmechanismen anzukämpfen.

Schützenhilfe von Eugen Ionesco

Frankfurter Rundschau vom 21.1o.75

"Schrille mißklänge gab es ... in der letzten sitzung des 'Sacharow-Hearings', in dem ... emigranten aus kommunistischen ländern über die mißachtung der menschenrechte in der sowjetunion berichten sollten. Kurz vor dem abschluß der veranstaltung, die auf anregung Sacharows vom 'Gemeinsamen Rat der Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern in Dänemark' organisiert wurde, verließ der bekannte bühnenautor Eugene Ionesco, der zur jury gehörte, den saal.
Ein über die behandlung von homosexuellen befragter zeuge hatte geantwortet, er befasse sich nicht mit 'kriminellen'. 'Wenn der zeuge meint, homosexuelle seien kriminelle, dann verdienen er und andere, die so denken, unsere unterstützung zum kampf für die freiheit nicht,' sagte Ionesco, 'denn dann haben sie nicht verstanden, was freiheit ist.'

Kommt in unseren Arbeitskreis (nächste Seite!)

»Wärmstens empfohlen«

Es gibt in diesem semester einen neuen arbeitskreis über 'homosexualität', der von unserem Hans veranstaltet wird. Hans hat die zeiten der ratlosigkeit in der schwulengruppe dazu genutzt, in der Katholischen Studentengemeinde (KSG) mitzuarbeiten. Er hat dort im letzten semester an einem neuen modell "Offene Gemeinde - Offene Kirche" mitgearbeitet, in dem versucht wird, ein zusammenwirken der kirche mit verschiedenen sozialen gruppen zu erreichen. Oder mit anderen worten (nämlich denen der kirche !):
"Es kommt auf einen dienst für die betroffenen an, in dem diese zu partnern der aktion werden können. Dabei muß sich die offenheit der arbeit bewähren in der zusammenarbeit mit anderen gruppen, die aufgrund anderer motivation an den gleichen zielen arbeiten."(Bensberger Kreis).

Die "offenheit der arbeit" und die "zusammenarbeit mit anderen gruppen" haben jetzt gelegenheit, sich zu bewähren im arbeitskreis über das

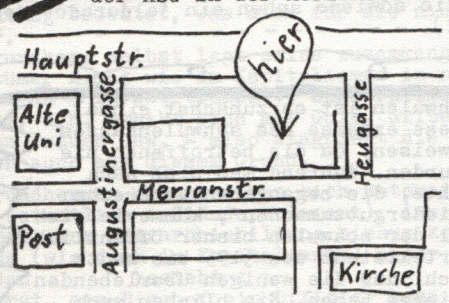
TABU DER HOMOSEXUALITÄT

Wenn ihr lust habt, etwas über die gängigen theorien/einstellungen über/zur 'homosexualität' zu erfahren und gleichzeitig die meinung von leuten der schwulengruppe dazu zu hören,

dann Kommt in die KSG

Der arbeitskreis ist noch nicht angelaufen, da bei den bisherigen sitzungen - soviel ich weiß - weder ein KSGler noch sonst irgenjemand erschienen ist. Hoffentlich bleibt das nicht so !!!!!!

dienstags 2o uhr im "Halleluja-Bunker" der KSG in der Merianstr.1



kontaktadresse der schwulengruppe:
'homo' heidelbergensis
c/o J.Runge
69 heidelberg, postfach lo 45 72

Protokoll Nr.364 über das "Recht der Frau" C.A.-Tutorium im SS 75

Vorbemerkung:

Die einzelnen Abschnitte bringen teilweise Wiederholungen. Der Grund dafür isr die Kollektivität in der Ausführung. Wir haben nach gemeinsamer Diskussion des gesamten Arbeitsberichts die verschiedenen Abschnitte auf 5 Frauen verteilt (die gerade Lust hatten); und da nicht der ganze Inhalt bis ins letzte besprochen werden konnte, kam es zu inhaltlichen Überschneidungen. Änderungen wollten wir nicht vornehmen, da wir die Teile in sich geschlossen fanden.

1.

Unsere Vorstellungen vom Tutorium, die wir das Tutorium vorbereitet haben; womit noch nicht gesagt ist, daß auch alles so ablief:

Im letzten Winter hatten wir, d.h. 3 Jurastudentinnen, die kurz vor dem Examen standen, uns überlegt, einen Arbeitskreis über die rechtliche Situation der Frau zu machen. Wir merkten an uns selbst, daß wir über unsere "Rechte und Pflichten" kaum Bescheid wußten. Außerdem wollten wir als Juristinnen uns ere erworbenen Kenntnisse für die politische Frauenarbeit verwertbar machen. Damit wir damit nicht nur in der Theorie hängenblieben, wollten wir den AK möglichst in Zusammenhang mit einer Rechtsberatung für Frauen durchführen (oder doch zumindest mit der Perspektive einer Rechtsberatung). Durch die Praxis sollten wir erfahren, welche rechtlichen Probleme überhaupt bestehen und von Bedeutung sind.- Das Bedürfnis nach einer Rechtsberatung für Frauen war schon verschiedentlich laut geworden.
Ein weiterer Gedanke, der uns auf den AK zu bewegte, war unsere Berufsperspektive: Gewerkschaftsarbeit oder Anwaltstätigkeit waren im Gespräch; da konnten genauere Kenntnisse der "Frauenrechte" nur von Nutzen sein.
Wir wollten vor allem erarbeiten, welche Forderungen zur Verbesserung der rechtlichen Position der Frau schon jetzt in unserer Gesellschaft durchsetzbar sind - natürlich nur mit dem Druck einer starken Frauenbewegung.
Es war zu untersuchen, welche rechtlichen Benachteiligungen der Frau schon im Kapitalismus überwindbar sind, die also nur einer speziellen Profitauspressung oder ideologischen Unterdrückung dienen, aber nicht formbestimmend für den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß sind.
Die andere Seite war dabei: die rechtlichen Benachteiligungen der Frau, die spezifisch für den Kapitalismus sind, die ein wesentliches Moment des kapitalistischen Gesellschaftszusammenhangs darstellen, also ohne gesamtgesellschaftliche Umwälzung nicht abschaffbar sind, herauszufinden.
Wir hatten also die große Vorstellung, durchsetzbare Forderungen zu erarbeiten, so daß schon hier und jetzt die Situation der Frau verbessert wird: zunächst materiell (wie z.B.der Kampf gegen die Leichtlohngruppen und der Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit, Aktionen gegen den § 218) - dann auch bewußtseinsmäßig: auf die Einstellung der kapitalistischen und tendenziell nicht kapitalistischen Vorstellungswelt der Männer einzuwirken und damit weitere Veränderungen bewirken zu können über das rein materielle Moment hinaus(z.B. die Erarbeitung neuer Arbeitsformen in den Frauengruppen, neue Verkehrsformen unter Frauen finden, herkömmliche Sexualität in Frage stellen, d.h. auch Empfängnisverhütung und Abtreibung weiter diskutieren).
Diese Forderungen können und müssen zum größten Teil auch von Frauen allein erarbeitet werden.
Dabei ergab sich schließlich das Problem, wie für uns die sozialistische Perspektive sich darstellt, d.h der Kampf gegen die dem Kapitalismus formbestimmenden Benachteiligungen der Frau, die ohne sozialistischen Umwälzungsprozeß nicht abschaffbar sind.

Wir kamen zu dem Ergebnis, daß hier eine Zusammenarbeit der autonomen Frauengruppen mit sozialistischen Männern erforderlich wird (wie bei der Roten-Punkt-Aktion während der HSB-Kämpfe), daß die Emanzipation der Männer in Männergruppen eine gute Sache ist, daß der ständig entstehende Unterdrückungszusammenhang der Frauen und der Männer deutlich gemacht, bewußt gemacht und aufgehoben werden muß - soweit es jetzt möglich ist.
Unsere Wunschvorstellung war also, die Verbindung der feministischen mit der sozialistischen Perspektive für die Arbeit einer autonomen Frauengruppe zu finden.
Außerdem wollten wir diesen AK ausschließlich mit Frauen machen, um so in einen Arbeitszusammenhang mit anderen Frauen zu kommen, der über "kollektive Kopfarbeit" hinaus vielleicht die Entwicklung von neuen Verkehrsformen unter uns Frauen ermöglichen würde. Wir wollten gerne von der abstrakten Konkurrenzebene der Seminare (Wer hat am meisten gelesen und kann es am besten verkaufen?) herunterkommen und das Tutorium zur Grundlage für einen weitergehenden persönlichen Zusammenhang machen. Kurz gesagt: wir wollten nicht vorrangig zu einem bestimmten Ergebnis kommen, sondern mal eine befriedigende theoretische Zusammenarbeit erleben, in der wir nicht ständig mit unserer Person draußen bleiben müssen.

Zur Ankündigung des Tutoriums machten wir für verschiedene Institute und die Uni und die Mensa Wandzeitungen, um so möglichst viele Frauen von verschiedenen Fakultäten zu erreichen, und dadurch andere Aspekte - soziologische, psychologische u.s.w. in die Arbeit einzubringen.

Das Interesse von uns drei Frauen war schon deshalb stark auf autonome Frauenarbeit gerichtet, weil sich unter uns und etwa zehn weiteren Frauen im Verlaufe des Winters ein einigermaßen konstanter Zusammenhang entwickelt hatte, der auf politische Frauenarbeit hinauslief. Nur wußte zu dem Zeitpunkt, als einige sich auf das "Rechtliche" stürzten, noch keine, wie diese Arbeit genau aussehen sollte. In den bestehenden Organisationen wie Frauenzentrum und Politische Fraueninitiative hatten wir keine Arbeitsbereiche für uns gefunden.

10

2.

Vorstellung und Motivation der einzelnen Frauen, die in das Tutorium kamen:

Die meisten Frauen waren Studentinnen aus den verschiedenen Fakultäten (u.a. Medizinerinnen, Pädagogik- und PH-Studentinnen, Sozialarbeiterinnen aus der FHS, Juristinnen - von denen bereits zwei Referendarinnen waren, Psychologinnen, eine Frau studierte Germanistik und Romanistik), nur sehr wenige waren schon in Berufsfeldern (eine Lehrerin, eine Frau von der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, eine Masseuse....).
Darunter waren auch organisierte Frauen (z.B. Frauen aus der Politischen Fraueninitiative HD) bzw. Frauen, die schon Erfahrungen mit reiner Frauenarbeit gemacht hatten.

Angesprochen zu einer Mitarbeit im AK fühlten die Frauen sich weniger durch unsere Wandzeitungen als vielmehr durch Mundpropaganda, also persönliches Ansprechen.

Die Interessen und Ansprüche der Frauen an das Tutorium waren unterschiedlich:
(1) Überwiegend bestand ein Allgemeininteresse an der Situation der Frau, ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft, an ihrer geschlechtsspezifischen Unterdrückung.
(2) Nur sehr wenige Frauen hatten ein Interesse an rein juristischen Problemen, der Diskriminierung der Frau im Recht. Dashängt damit zusammen, daß nur sehr wenigen Frauen, die nicht organisiert sind und auch keinen Kontakt zu Frauengruppen haben, die Existenz von AKs, die sich ausschließlich mit Frauenproblemen und der Frauenbewegung befassen, überhaupt bekannt ist. Diese Frauen sind froh, daß überhaupt eine Möglichkeit existiert (wie hier in der Form eines AKs), wo sie die Stellung der Frau in der Gesellschaft diskutieren können, und zwar mit Frauen!
(3) Einige Frauen kamen, um über den AK in Kontakt zu anderen Frauen zu kommen. Frauen, die einfach nur andere Frauen kennenlernen wollten, ohne gleich in eine Frauengruppe einzutreten.
(4) Eine oder zwei Frauen hatten ein konkretes Problem: der einen wurde der Arbeitsplatz fristlos gekündigt - die andere hatte die Scheidung eingereicht. Aber ihr Interesse ging darüber hinaus.

Die Anzahl der mitarbeitenden Frauen änderte sich mit der Zeit. Anfangs (die ersten drei Sitzungen) kamen zwischen 15 und 20 Frauen. Später bildete sich ein kontinuierlicher Kreis von 10 Frauen heraus.

3

Mitarbeit - Zusammenarbeit

Um die Schwierigkeiten verständlich machen zu können, die in Bezug auf Arbeitsform,-stil und -stimmung aufgetreten sind, müssen zwei Tatsachen berücksichtigt werden : einerseits kannten sich ein Teil der Frauen schon früher privat, anderseits kamen einige Frauen ins Tutorium mit einem bestimmten Vorwissen. Aus unserem Bedürfnis heraus, Schwierigkeiten wie Angst vor dem Reden oder Druck, etwas leisten zu müssen aufzuheben haben wir versucht, sofort einen persönlichen Kontakt herzustellen. Beim ersten Treffen hat sich jede Frau vorgestellt und von sich erzählt. Nach den Treffen sind wir öfters im Bock gewesen, so dass die Beziehungen nicht ausschliesslich über die Tutorium-Arbeit laufen mussten.

Die Idee, dass jeweils eine Juristin und eine Nicht-Juristin zusammen die Stunden vorbereiten ist teilweise verwirklicht worden. Ausserdem wurde bei jeder Sitzung ein Protokoll angefertigt, das dann abgezogen und verteilt wurde.

Im Laufe des Semesters ist es uns langsam klar geworden, dass alles nicht so einfach war, dass es oft nicht besser lief als in irgendeinem Uni-Seminar. Die Motivation, etwas zu tun, war nicht sehr gross, so dass die Frauen, die sich schon seit längerer Zeit kannten (teils Juristinnen, teils nicht) die meiste Arbeit leisteten und so in eine "Manager-Rolle" hineingedrängt wurden, die sie gar nicht haben wollten. Da jedoch ein grosser Teil der Arbeit keine Vorkenntnisse erfordete, scheint uns jetzt kein Zusammenhang zu bestehen zwischen fachlichem Unwissen und Arbeitsbereitschaft.

Dass es nicht so gut geklappt hat, könnte eher auf gruppenimmanente Probleme zurückgeführt werden, die durch die bereits erwähnte Tatsache bedingt sind, dass Frauen sich schon gut kannten und andere nicht. In Bezug auf Arbeitsstimmung waren die Erwartungen verschieden, konnten um so weniger erfüllt werden, als sie nur angesprochen und nie gründlich diskutiert wurden. Wir meinen, dass es wichtig wäre, über Vermittlungsprobleme in der Gruppe offen zu reden, wenn diese - und es war anscheinend der Fall - auf Hemmungen, Redeangst und Schüchternheit zurückzuführen sind und haben vor, im Wintersemester das Thema in die Arbeit miteinzubeziehen.

4

Inhalt(form) der einzelnen Sitzungen

Allgemein war in den meisten Sitzungen festzustellen :

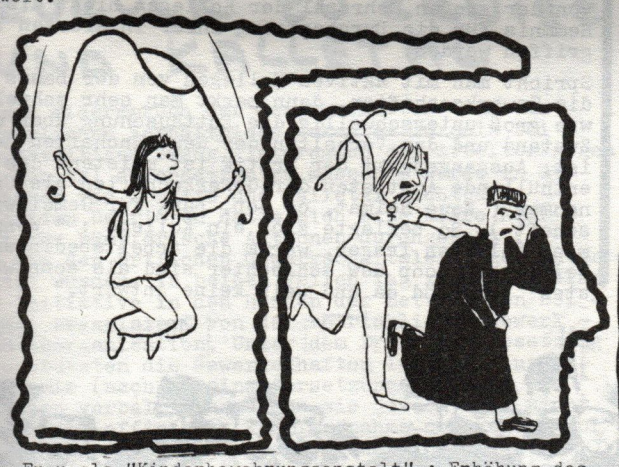
Die Diskussion wandte sich von den für diese Sitzungen festgelegten Themen (Eherecht/Arbeitsrecht) regelmässig zu weiterführenden aktuellen Problemen. An einem Beispiel dargestellt lief das etwa so : Sitzung vom 13.5 (Eherecht) - die entsprechenden Paragrafen im Eherecht führen zu

einer Diskussion über die Wirkung der Ehe auf die Stellung der Frau, darüber hinaus zu Überlegungen zur Hausarbeit und damit verbunden zur Frage des

Unterhalts. Das Interesse konzentrierte sich auf die Frage. ob die Forderung nach einem Hausfrauenlohn die Stellung der Frau als Heimchen am Herd zementiert oder ihr eher eine Unabhängigkeit vom Einkommen ihres Herrn und Gebieters verschafft. Nach einigem Überlegen kam ungefähr folgender Schluss heraus : Die gewisse Unabhängigkeit vom Ernährer wird dadurch wieder in einen Nachteil verkehrt, dass die Nur-Hausfrau sich im Gegensatz zur berufstätigen Frau in einer isolierten Situation als Individuum befindet. Diese Situation ermöglicht es ihr nicht, ein kollektives Bewusstsein zu bilden. Hausfrauenlohn würde also die weitere Verhinderung der bewusst handelnden und denkenden Frau bedeuten.

An diesem Beispiel sind einige positive ebenso wie negative Züge innerhalb des Tutoriums zu sehen. Die positive Seite des Tutoriums-Inhalts lässt sich in der Information über juristische Fakten, die nicht jedem zugänglich sind und deren Bezug zum täglichen Leben, der in den einzelnen Sitzungen immer wieder angesprochen wurde, sehen. Diese Informationen setzten die Teilnehmer zum Teil instand, sich über ihre Stellung innerhalb des Systems klar zu werden und dem gegenüber ein kritisches Bewusstsein zu bilden. Anderseits zeigte sich, dass die gesetzlichen Grundlagen zwar wesentlich zur Unterdrückung von Frauen sind, aber auch, dass ein weiteres Tutorium mit einer weiteren Themenstellung nötig sein würde, da für die meisten Teilnemehrinnen der juristische Ansatz nur ein Sprungbrett für die praktischen Probleme und deren Bewusstwerdung bieten konnte. So wurde in jeder Sitzung deutlich, dass ein grundlegendes Bedürfnis nach Aussprache über Probleme des täglichen Lebens bestand, auf die anhand der festgelegten Thematik immer wieder zurückgegangen wurde. Vielleicht war der Rahmen "Frauenrecht" nicht flexibel genug. Als Erfahrungswert aus den Sitzungen des letzten Semesters lässt sich sicher ableiten, dass eine gewisse Theorie-Müdigkeit vorherrschtund gleichzeitig ein starkes Bedürfnis nach Solidarisierung mit anderen Frauen und einer Bezugsgruppe vorhanden ist. Ganz sicher muss diesem Bedürfnis im nächsten Semester stärker Rechnung getragen werden.

Inhalt der Einzelnen Sitzungen :
1. Frauenarbeit
a. Frau als Hausfrau : Wirkung der Ehe auf die Stellung der Frau (Mann als Ernährer - Abhängigkeitsverhältnis), staatliche Bezahlung (Hausfrauenlohn), Isoliereung durch mangelnden Kontakt zur Arbeitswelt.



b. Frau als "Kinderbewahrungsanstalt" : Erhöhung des Kindergeldes auf ausreichenden Bedarfsatz (Zementierung der Bindung an das Haus als private Erziehungsinstitution).
c. Frau im Erwerbsleben : Als mobile Reservearmee (etwa gleich den Gestarbeitern) ein Potential, das immer aufgeboten werden kann, wenn gerade Hochkonjunktur herrscht und ebenso leicht wieder abgebaut werden kann, da die Frauen nur "zuverdienen" / als billige Arbeitskräfte (der Schwindel mit den Leichtlohngruppen, durch den die Industrie 3,2 Milliarden im Jahr spart, indem sie Arbeitals schwer definiert, wenn sie mit hohem physischem Kraftaufwand verbunden ist, nicht nach psychischem Stress) / besondere Schutzvorschriften im Arbeitsrecht, die die Erhaltung der Frau als Reproduktionsobjekt und unentgeldlicher Arbeiter im Haushalt sowie der Kindererziehung dienen (Frauen dürfen erst nach der Menopause, also ab 45 mit atomaren Stoffen arbeiten - in einigen Bundesländern gibt es einen Urlaubstag im Monat extra für überhängende Hausarbeiten).
2. Frau im Familienrecht
a. Als legitimes Sexualobjekt : Mit der Eheschliessung erwirbt sich der Mann die Benutzung der Frau zum Bumsen (Scheidungsgrund "Verweigerung der ehelichen Pflichten" - eine Vergewaltigung durch den Ehemann gibt es de jure nicht, da er sowieso das Recht zu Besteigung hat).
3. Mechanismen, die Frauen in den ihnen zugewiesenen Rollen halten sollen :
a. Dauerbeschuss durch die Medien : Stereotypisierung der Frau (Weiblichkeitsmythos - Frauen sind emotional, haben gut auszusehen, sind glücklich, wenn sie sich einem Mann unterwerfen dürfen).
b. Weniger Bildungschancen für Mädchen : Familien finanzieren lieber eine anständige Ausbildung für jungen, weil Mädchen doch heiraten.

5. Verbindung zur sonstigen politischen Frauenarbeit:

Während des SS liefen in Heidelberg einige Frauen-Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit von verschiedenen Fraueninitiativen entstanden waren. So übernahmen z.B. einige Frauen aus dem Tutorium einen Teil der Vorbereitungen zum Frauenfest in der Uni und einen Teil der anfallenden Arbeiten im Verlaufe des Festes (Getränkeverkauf, Hausmeister versorgen u.s.w.). Auf einer Plakatwand informierten wir über das Tutorium.
An der Veranstaltung am 8.7. im Zieglerbräu zur "Sexualität und männliche Medizin" nahmen ebenfalls einige Frauen von uns teil. Sie hielten einen Beitrag über die BVerfG-Entscheidung zum § 218 und zu den Perspektiven praktischer Durchbrechung des Abtreibungsverbots.
Das erste "Heidelberger Fraueninfo" das in Vorbereitung zu der Veranstaltung entstand, stand so eben falls im Zusammenhang mit der Totoriumsarbeit.
Bei den einzelnen Diskussionen kamen wir immer wieder auf die aktuellen Projekte, so daß jederzeit die Möglichkeit bestand, praktische Arbeit zu machen.
Die Notwendigkeit von Stadtteilarbeit war so ein Diskussionsergebnis, als wir darüber sprachen, wie wir Frauen aus der Arbeitssituation erreichen können und ihren Lebenszusammenhang (Ehe, Kinder) kennenlernen können, damit überhaupt eine Verständigung stattfinden kann und wir nicht zu Sendboten werden, die die "Wahrheit" bringen.
Eine Frau von uns, die in einer Juristengruppe, der GSJ mitarbeitet, konnte sogleich das Stadtteilprojekt im Mörgelgewann einbringen, so daß wiederum praktische Konsequenzen möglich wurden. Im Mörgelgewann wird versucht, so eine Art Treffpunkt für Jugendliche einzurichten und Rechtsberatung zu machen. Die Gelegenheit, dort auch Frauen anzusprechen, bot sich geradezu an.

Das weitere Programm steht nocht nicht fest. Vorschläge sind willkommen. Auf jeden Fall wollen wir später zur Funktion und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit kommen, z.B. Film, Zeitung, Veranstaltungen.
Neue Anregungen werden auch durch die Frauen aus einem Emanzipationsarbeitskreis kommen, der im SS bei den Soziologen von einer Frau organisiert wurde.
Im Juli haben wir uns schon getroffen und abgemacht, daß wir im Winter zusammenarbeiten und nicht zwei AKs nebeneinander laufen lassen.
Die Ergebnisse dieses AKs sollen - wahrscheinlich in Form von fotokopierten Zusammenfassungen - bei uns eingebracht werden.

Ankündigung für das WS 75/76:

Im Winter setzen wir das Tutorium fort, unter dem Thema: "Geschichte der Frau". Ab 14. 10., 20.30 Uhr treffen wir uns wieder im C.A. in Raum 6.
Wir haben mit dem Buch "Das andere Geschlecht" von Simone de Beauvoir angefangen. Und zwar haben wir zuerst über die biologischen Grundlagen des Geschlechtsunterschieds gesprochen, dann über die Psychoanalyse und Freuds Penis-Theorie (Ödipuskomplex, Elektrakomplex, Penisneid u.s.w.) und am 4. Nov. machen wir mit dem geschichtlichen Teil weiter (bis S. 86 in der rororo-Ausgabe). Von den beiden ersten Treffen haben wir Protokolle, so daß Frauen, die später dazukommen, sich gut informieren können. Auch weiterhin werden wir Protokolle schreiben.

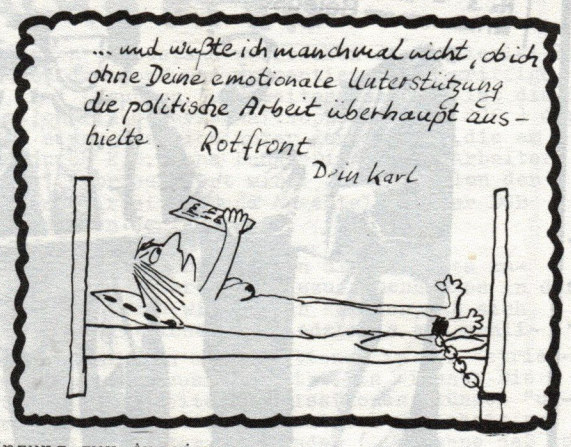
Anzeige + Einladung !!!!

Wir haben uns einen neuen Namen gegeben:

Frauen vereint.

Früher hießen wir die ISZ-Frauen. Dieser Name entsprach unserer Arbeit und unserem Gruppenbewußtsein nie richtig. Jetzt bringen wir unsere Autonomie besser zum Ausdruck.
Im nächsten Carlo wollen wir einen ausführlichen Artikel über uns bringen. Im übrigen sind weitere Informationen über unsere Arbeit natürlich bei unsren Treffen zu erhalten.

Treffpunkt ist für uns: Freitags, 20.00 Uhr, in der Free Clinic, im Raum über der Teestube.



Ergänzung zur Anzeige:

Ein anschauliches Beispiel für die Notwendigkeit einer autonomen Frauenbewegung:

KVZ vom 20.2.1975 - Ortsbeilage Frankfurt
Herausgeber: Ortsleitung Frankfurt des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

"Ein Schreckbild des"Fortschritts" ist der bürgerliche Feminismus allerdings. Dieser rücksichtslose bürgerliche oder kleinbürgerliche Individualismus hat mit der Befreiung der Frau im Zuge der sozialen Revolution nicht nur nicht das geringste zu tun. Er ist vielmehr direkt gegen die Befreiung der Frau gerichtet, weil er sich gegen die soziale Revolution richtet. Der Individualismus ist deshalb bürgerlich, weil er die persönliche "Befreiung" vor die soziale Befreiung der Arbeiter und des ganzen arbeitenden Volkes stellt, gerade so wie der Bourgeois sich aus allem Elend der Gesellschaft "befreit", indem er Geld macht und ausbeutet. Der Feminismus als eine Version des bürgerlichen Individualismus will den proletarischen Frauen einreden, statt am Kampf der Klasse teilzunehmen, ihn zu spalten und zunächst mal ihre Männer als "Chauvinisten" usf. zu bekämpfen, bevor der Kapitalismus bekämpft wird. Die proletarischen Frauen sollen in die Scheinwelt der individuellen Emanzipation der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Frauen kommen, diese auf etwas wuschelige und "links" verkehrte Welt der Frauenmagazine.-Solche Ideologien sind in ihrer Konsequenz tatsächlich reaktionär und müssen deshalb schonungslos bekämpft werden....
Der KBW, das ist richtig, demonstriert mit jedem bürgerlichen "Oppositionellen" und wenn es sein muß auch mit den Feministengruppen, wenn es dem Kampf der Arbeiterklasse nützt....Eine solche Einheit mit den "Frauengruppen" herzustellen war nicht möglich, weil es gar nicht ihre Absicht war, eine Demonstration gegen den § 218 durchzuführen, sondern anläßlich des Urteils des Verfassungsgerichts zum § 218 eine feministische Aktion, wobei diese bürgerlichen Politiker mit der Empörung der Menschen ihr Geschäft machen wollten, das sie anders nicht machen können, weil ihre Sache selbst nur geringe Unterstützung findet. Deshalb das hektische Vorgehen, deshalb die Ablehnung jeder Aktionseinheit. Wir hätten uns als kommunistische Organisation an einen Feministenaufzug anhängen müssen, der sich Pop-Musik-spielend, kostümiert, Farbe klecksend und ideologisch einen üblen Gestank verbreitend durch die Gegend bewegt. Oder wir hätten uns mit diesen eifersüchtig auf ihre Selbstdarstellung bedachten Weibern herumkloppen müssen."

NUMMER 1 ERSCHEINT IM DEZEMBER 75

Schwuchtel
Eine Zeitung der Schwulenbewegung

AUS DEM INHALT

EDITORIAL DES REDAKTIONSKOLLEKTIVS. DANIEL GUERIN: HOMOSEXUELL UND REVOLUTIONÄR. FAUSTRECHT DER FREIHEIT ODER STELLT FASSBINDER DIE KLASSENFRAGE? DANNECKER/REICHE: DER GEWÖHNLICHE HOMOSEXUELLE - KRITIK/INTERVIEWS. SCHWEDISCHE DEMOKRATIE UND NAZIDEUTSCHLAND. GRUPPEN IN DER PROVINZ. BØSSE: MUSIK AUS DÄNEMARK...

SCHWUCHTELTHEMEN

SCHWULE IDENTITÄT. TUNTEN. SADO-MASOCHISMUS. PÄDERASTIE. TRANSVESTITEN. LEDER. MÄNNERROLLE. FEMINISMUS. LINKE UND EMANZIPATION. § 175 : SEXUALITÄT IN DER BRD. FILM. THEATER. KARATE. POESIE. AKUPUNKTUR. BERGSTEIGEN. FLORISTIK. SCHWULENBEWEGUNG.

Schwuchtel
Eine Zeitung der Schwulenbewegung
erscheint unregelmäßig. Bestellungen an: REDAKTIONSKOLLEKTIV, 1 BERLIN 62, POSTFACH 373. Einzelpreis: DM 2, ABO (5 Ausgaben) DM 10. Vorauszahlung auf Postscheckkto. Nr. 757 02-105, G. Hoffmann, Sonderkonto, Berlin-West.

NEUES LOTES FOLUM®
1/27
ZEITSCHRIFT FÜR DIE POESIE UND DIE REVOLUTION

Ortsgruppe Frankfurt: Das Editorial — **Ortsgruppe Berlin:** Das Eintreten in die Begriffe — **(PR-Abteilung des NLF):** Ein Programm — **Aja Zutschestowawadschju:** Eine Erklärung — **A. Mijn Jong:** Ein Tagtraum — **G. v. Campe:** Eine Revolte — **A. Sohn Rethel:** Eine Kritik — **P. Feyerabend:** Ein Diskurs — **G. Bataille:** Ein entfalteter Begriff — **Redaktion:** Eine Erfahrung.

NR. 1. JAHRGANG 27 - FRÜHJAHR 1975

HERAUSGEBER:
REDAKTIONSKOLLEKTIV—NECROPHILIACS LIBERATION FRONT FRONT (ORTSGRUPPEN: AMSTERDAM, BERLIN, BERKELEY, BREMEN FRANKFURT, FLORENZ, LONDON, NEW YORK, ~~OLDENBURG,~~ PARIS, ~~STOCKHOLM,~~ WIEN, WORPSWEDE).

DM 20,—

Verlag Association GmbH
2 Hamburg 13 — Postfach 132251

Für WOHNGEMEINSCHAFTS-Interessierte !!!!

Jeden Dienstag um 18 Uhr tagt der Wohngemeinschafts-AK. Er dient
- dem Erfahrungsaustausch von Wohngemeinschaften
- dem Kennenlernen von WG-Interessenten
- der Koordination von Wohnraum etc.

Ort: Psychotherapeutische Beratungsstelle
HD, Bergheimerstr. 147, Tel. 28618

Ab sofort ist ein Telefondienst zur Vermittlung von Wohnungen an Wohngruppen eingerichtet. Wenn ihr leere Wohnungen wißt oder welche sucht, ruft
Mo und Do zwischen 14.00 - 16.00
Tel. HD/ 12797 an.

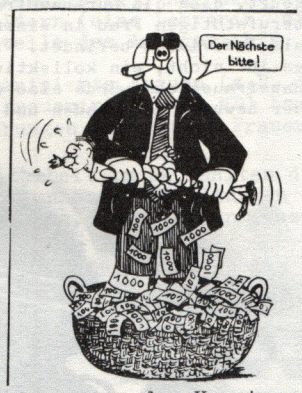
Wer hat oder weiß Matrial, Infos über WG's (Diplomarbeiten, Erfahrungsberichte, WG - Koordinationser...).
Will meine Diplomarbeit mit schon vorhandenem Matrial abstimmen.
Kontakt : Jos Meyer /1 Berlin Yorckstr. 43

Übrigens :
In den nächsten Wochen erscheint Heidelbergs erste
Wohngemeinschaftszeitung mit dem Titel :
Noch schöner Wohnen.
Also : kaufen, lesen, denken .....

WIMPY
SNACKBAR CAFE RESTAURANT
am Unіplatz
...wurde renoviert!
...HAT JETZT EIN INTERNATIONALES ZEITUNGS-ECK
...und senkte die BIERPREISE
auch beim ALT vom Fß
FÜR ALLE CARLO-LESER GUTSCHEIN
DM 1.— bei Verzehr
Bis 20.11.75

DIE GEWERKSCHAFTEN IN DER KRISE

-EIN DISKUSSIONSBEITRAG-



Da schlägt der DGB eine Sonderabgabe der Beamten in Höhe von 0,5% des Gehaltes als "Ausgleich" für die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten vor. Und im Spiegel tritt der DGB Vorsitzende Vetter gegen einen Reallohnzuwachs in der nächsten Lohnrunde ein, der Vorsitzende der IG Chemie Hauenschild sagt klipp und klar : "Jeder einsichtige Arbeitnehmer weiß - und die uneinsichtigen sind eine verschwindende Minderheit -, daß die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und die Wahrung des sozialen und materiellen Besitzstandes im Augenblick wichtigere Aufgaben sind als etwa die Durchsetzung drastischer Lohn- und Gehaltserhöhungen."
Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Sind die Gewerkschaften, einst entstanden aus der Schwäche des einzelnen Arbeiters als Verkäufer der Ware Arbeitskraft, dem nur der solidarische Zusammenschluß gegenüber dem Kapital den Tausch seiner Arbeitskraft zu ihrem Wert garantieren konnte, heute nur noch Reflexe der Politik des Kapitals, Syndikate der Manipulation von Arbeiterinteressen, Ordnungsfaktoren ?

ERWITTE + KALLETAL:

Zwei spektakuläre Kämpfe westdeutscher Arbeiter um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, scheinen einer solchen Einschätzung zu widersprechen : Die Betriebsbesetzungen von Erwitte und Kalletal.
Rekapitulieren wir die Ereignisse :
E r w i t t e : Ca. 100 von den 151 Kolleginnen und Kollegen des Zementwerkes Seibel und Söhne in Erwitte sollen im Februar 75 Kündigungen erhalten. Nachdem der Betriebsrat gegen die Kündigungen Widerspruch eingelegt hat, tritt die Belegschaft am 7.3.75 in einen zweitägigen Warnstreik. Zwei Tage später unterstützen 2000 Menschen mit einer Kundgebung diesen Protest. Tags drauf wird das Werk besetzt. Seibel verweigert Verhandlungen. Die IG Chemie unterstützt die Besetzung (auch mit Geld), übernimmt die Kampfmaßnahme aber nicht als offizielle gewerkschaftliche Aktion. Die SPD Bundestagsfraktion solidarisiert sich. Eine politische Schlichtung verläuft erfolglos. Am 30.4. werden in einem Vergleich vor dem Paderborner Arbeitsgericht sämtliche Kündigungen zurückgenommen, dafür soll die Besetzung aufgehoben werden, und es soll verhandelt werden. Am 1. Mai demonstrieren 12000 Menschen auf dem Erwitter Marktplatz ihre Solidarität. Am 2.5. wird die Besetzung aufgehoben und der Streik von außen organisiert. Die IG Chemie schlägt ein Strukturkrisenkartell aller Zementfirmen vor, was aber scheitert. Nach dem Widerruf des gerichtlichen Vergleichs durch Seibel am 22. 5. gewinnt die Belegschaft alle Kündigungsklagen. Nach erneuten Verhandlungen bietet Seibel die Betriebsaufnahme mit 38 Beschäftigten zum 6. 6. an und erklärt den Rest der Belegschaft für ausgesperrt. Die IG Chemie beschränkt sich auf die gerichtliche Vertretung der Kollegen. Die Kündigungen, so wird erklärt, seien unwirksam, und damit sei das Ziel erreicht. Auf einer Gewerkschaftsversammlung der IG Chemie wird Seibel zwar von den Funktionären als Terrorist und Krimineller gekennzeichnet, den Kollegen aber der Rat gegeben, aufs Arbeitsamt zu gehen und sich arbeitslos zu melden. Seibel beantragt die Auflösung des Betriebsrates. Die Belegschaft ist gelähmt, allein die Frauen der Kollegen organisieren eine Demonstration. Das Arbeitsgericht erklärt zwar die Aussperrung für rechtswidrig, löst aber gleichzeitig den Betriebsrat auf wegen Störung des Betriebsfriedens und wegen Verstoßes gegen die Friedenspflicht. Seibel hält mit Hunden den Betrieb besetzt, um die widerrechtliche Aussperrung aufrecht zu erhalten. Die IG Chemie kämpft unverdrossen weiter : Sie legt Berufung beim Landesarbeitsgericht ein.
(Zur Information : " Fabrikbesetzung - Arbeitskampf der Zementwerke bei Seibel & Söhne in Erwitte, 1975 ", Herausgegeben von der Vertrauenskörperleitung der Belegschaft von Seibel & Söhne ; und die Nummern 5 - 9 von " Express"/ Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit)

K a l l e t a l : Am 9. 1. 75 legen die etwa 600 Arbeiter und Angestellten der Kunststoffmaschinenfabrik Stübbe im Kalletal/ Ostwestfalen die Arbeit nieder. Damit protestieren sie gegen die drohende Entscheidung der Demag - Spitze / Mannesmannkonzern, das Werk stillzulegen. Die örtliche IG Metall Verwaltungsstelle solidarisiert sich sofort und unterstützt wesentlich den Kampf. Im Kalletal gründet sich eine Bürgerinitiative zur Unterstützung der Belegschaft. Mehrere Demonstrationen werden organisiert. Die Verhandlungen mit der Mannesmannkonzernspitze sowie Interventionen der Nordrhien westfälischen Landesregierung bleiben erfolglos. Ende Februar droht Personalchef Langer bei einer Belegschaftsversammlung mit fristlosen Kündigungen. Daraufhin wird am Montag, den 3. März, das Werk besetzt und der Personalchef ausgesperrt.

Nachdem am Dienstag Abend die Werksleitung dem Personalchef teilweise seine Kompetenzen entzogen und versichert hat, künftig korrekt nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu verfahren, wird die Besetzung am Mittwoch aufgehoben. Am 1. Mai demonstrieren im Kalldorf 3000 Menschen gegen die Stillegungspolitik. Nach dem Scheitern von Verhandlungen, in die auch die IG Metallspitze eingreift, führen acht Betriebsräte vom 11. bis 13. Mai vor dem Mannesmann Hochhaus in Düsseldorf einen Hungerstreik als Protest gegen die Schließung durch. Vor der Villa des Konzernbosses Overbeck kommt es zu Demonstrationen. Zahlreiche Betriebe in der BRD bekunden ihre gewerkschaftliche Solidarität. Der Hungerstreik wird mit der Aufforderung an IG Metall-chef Loderer beendet, " im Sinne der Arbeitsplatzerhaltung tätig zu werden."

Verhandlungen wegen einer Betriebsübernahme bleiben erfolglos. Schließlich wird ein Sozialplan vereinbart, der vom IG Metall Bezirksleiter als großartiger Erfolg gefeiert wird. Der IG Metall Bundesvorstand rät den Kollegen, mit diesem 'Erfolg' zufrieden zu sein. Der Erfolg besteht darin, daß die Kollegen den Arbeitsplatz verlieren, dafür aber Abfindungen erhalten werden.

(Zur Information : "Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze" / Dokumentation der Belegschaft Demag - Kunststofftechnik und "Express".)

Rückgrat der Kämpfe in Erwitte und Kalletal war die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb. Offensichtlich verstand diese unter gewerkschaftlicher Politik in der Krise etwas anderes als ihre Zurückhaltung predigenden Vorstände.

Zum besseren Verständnis der Gewerkschaften ist es ntowendig, kurz auf einige ihrer Strukturen einzugehen:

VERTRAUENSLEUTE' BETRIEBSRÄTE, GEWERKSCHAFTLICHE STRUKTUREN

Die gewerkschaftliche Organisation wird im Betrieb durch Vertrauensleute repräsentiert. Diese werden von den Gewerkschaftsmitgliedern in den Abteilungen gewählt (Faustregel : Auf 5 bis 15 Mitglieder ein Vertrauensmann oder - frau)und bilden den Vertrauensleutekörper im Betrieb. Der Betriebsrat ist davon eine formal vollkommen getrennte Institution, die alle drei Jahre von allen Kollegen im Betrieb gewählt wird. Personell besteht allerdings meist Identität, da die gewerkschaftlichen Listen zur Wahl des Betriebsrates, die vom Vertrauensleutekörper aufgestellt werden, in aller Regel siegen.

Ca. 80 - 95% (nach Branchen unterschiedlich) aller Betriebsräte sind Mitglieder einer DGB Gewerkschaft. Vertrauensleute unterliegen nicht der Friedenspflicht des Betriebsverfassungsgesetzes wie die Betriebsräte. (Auf dieser Differenz aufbauende

Strategien wie z.B. die Vertrauensleutekonzeption des Sozialistischen Büros, die Vertrauensleute per se als fortschrittlich, die Betriebsräte dagegen eher als Hemmschuh begriffen, mußten durch die Erfahrungen nach den Septemberstreiks 1969 relativiert werden, weil die in den spontanen Streiks radikalisierten Vertrauensleute richtigerweise vielerorts in die Betriebsräte drängten, um die rechten Betriebsräte abzusägen und um selbst besser abgesichert - Kündigungsschutz - zu sein. Mancherorts führte dies zum aktiven Betriebsrat mit schlafem Vertrauenskörper.)

Die örtlichen Gewerkschaftsleitungen werden von Delegierten gewählt, die ihrerseits ihre Legitimation aus den Betrieben beziehen. Diese hauptamtlichen Funktionäre werden aber - jeweils in den Einzel-gewerkschaften verschieden - von den Hauptvorständen angestellt (können also auch gekündigt werden) oder müssen von ihnen bestätigt werden. Der Einfluß von oben bleibt auf jeden Fall gesichert.
Es ergibt sich hieraus ein höchst kompliziertes, nur schwer durchschaubares Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher Gesamtorganisation und betrieblicher Gewerkschaftsorganisation mit wechselseitiger Abhängigkeiten.
Es sei hierzu noch soviel bemerkt, daß Gewerkschaftskritiken, die nur die Gewerkschaftsführungen für den ganzen Schlamassel verantwortlich machen, falsch sind. Diese Führungen haben auch an der Basis mehrheitlich politischen Rückhalt.
Andererseits muß unbedingt hervorgehoben werden, daß sich die heutige Gewerkschaftsstruktur immer mehr von dem Modell einer unmittelbaren Demokratie entfernt. So gibt es z.B. bei GEW und ÖTV in einigen Bereichen bei Delegiertenwahlen Briefwahl. Oder die Fortsetzung von Streiks wird durch ein sehr hohes Quorum bei Urabstimmungen erschwert.

Deutlich wird dies etwa beim Streik der Metallarbeiter im Unterwesergebiet 1974, als in einer Urabstimmung 64% das Ergebnis der Verhandlungskommission ablehnten und 32% ihm zustimmten. Damit war nach der gewerkschaftlichen Satzung das Verhandlungsergebnis angenommen , da zur Fortsetzung des Streiks 75% der Stimmen erforderlich gewesen wären. Diese Mehrheiten an der Basis haben sich nur selten zu einer alternativen Gewerkschaftspolitik stabilisiert. Auf den letzten Gewerkschaftstagen gab es im Gegenteil kaum nennenswerte linke Fraktionen. Zu erklären ist dies nur damit, daß die mittleren und oberen Gewerkschaftsführungen von der großen Mehrzahl der Kollegen nicht als ein Hemmnis für die Durchsetzung ihrer Interessen begriffen werden.

Spricht man mit aktiven Kollegen von der Basis über die Gewerkschaften, dann merkt man sehr schnell, wie groß unterschwellig die Enttäuschung über den Zustand und das Verhalten der Gewerkschaften heute ist. Ausgangspunkt der Kritik ist meistens das enthüllende Auftreten der Gewerkschaften als Unternehmer (Neue Heimat, co -op, Bank für Gemeinwirtschaft). So beklagte sich ein Kollege : " Wenn mich Kollegen fragen, warum die Arbeitsbedingungen bei Plaza, coop usw schlechter sind als sonstwo, steh' ich blöd da und weiß keine Antwort."

In seiner offiziellen Gewerkschaftsarbeit verdrängt der Kollege jedoch seine Kritik bis zur Selbstverleugnung.Warum ? Weil er seine Gewerkschaft richtigerweise als Notwendigkeit für seinen Kampf betrachtet und fälschlicherweise jede Kritik an der Organisation als Schwächung und damit als Eigenschädigung ansieht.
Eine alternative Gewerkschaftspolitik ist so kaum wirklich vorhanden. Wenn den Gewerkschaftsführungen eines gelungen ist, dann dieses : Den aktiven Kollegen noch und noch einzuhämmern, daß Kritik der Organisation schadet. Die Immunisierung der Kollegen vor jeglicher Kritik ist daher groß.

Die Erfahrungen der Kollegen mit ihren gewählten Führungen sind also einerseits offensichtlich nich

groß und schmerzlich genug, auf der anderen Seite spielt es sicher auch eine entscheidende Rolle, daß die meisten Kollegen auf der gleichen politischen Wellenlänge senden wie ihre Führungen, nämlich der sozialdemokratischen.

Verdeutlichen wir das an Heidelberg : Die ÖTV Kreisverwaltung betreibt eine kaum mehr gewerkschaftlich zu nennende Politik (im Streik 74 keine wirklichen Kampfmaßnahmen; Ausschlußverfahren gegen Kollegen, die an der Krehl Klinik eine Mitgliederversammlung forderten; Wahlaufruf für Zundel, obwohl dieser der Gewerkschaften liebstes Kind, die Mitbestimmung, für die Kommunalen Betriebe rigoros ablehnte ; etc) . Totzdem wird sie immer wieder demokratisch auf der Delegiertenkonferenz gewählt, weil sie sich auf die Mehrzahl der Delegierten, die aus der Stadtverwaltung und den kommunalen Betrieben kommen und durchweg angepaßte SPD Mitglieder sind, stützen kann. Diese lehnen aus politischen Gründen eine gewerkschaftliche Alternativpolitik ab (" alles Chaoten "). Nicht wesentlich anders sieht es bei den meisten Industriegewerkschaften aus, für deren Führung ein oder zwei große Betriebe entscheidend sind.

Die Trennung in "fortschrittliche Basis " und "reaktionäre Führung" verkennt, daß die sozialreformerische und sozialpartnerschaftliche Führung direkt eine Basis in der Mitgliedschaft hat, die sie sich auch sehr geschickt mit ihrem Verbal - radikalismus zu erhalten weiß. (Leute, lest die gewerkschaftliche Massenpresse; da reißt ihr öfters staunend die Augen auf !)

Genauso wichtig ist es zu sehen, daß die Form der gewerkschaftlichen Organisation in der BRD sich notwendig aus der Rolle der Gewerkschaften, Verhandlungspartner der Kapitalisten zu sein, herausgebildet hat. Die gewerkschaftliche Strategie in den 50er und 60er Jahren setzte vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Prosperität bei der Verbesserung der Situation der Arbeiter eindeutig auf Verhandlungen unter weitgehendem Verzicht auf kämpferische Aktionen. Zum Verhandeln bedurfte es besonderer Qualifikationen (z.B. Kenntnis von Arbeitsrecht, Rethorik, Betriebswirtschaft), die wiederum die Herrschaftsstruktur innerhalb der Gewerkschaften legitimieren sollten.

Strategien, die nur den Austausch von Führungen bezwecken (z.B. ML Strategie), greifen deshalb viel zu kurz, weil sie auf der Anerkennung dieser Machtstrukturen beruhen, und stehen zudem in dem Verdacht, diese Struktur dann mal für sich benutzen zu wollen.

ZURÜCK ZU ERWITTE UND KALLETAL

Dieser Widerspruch der Gewerkschaften - an die bürgerlichen Verhältnisse gekettet zu sein bei gleichzeitigem Zwang, Interessen der Arbeiter gegen das Kapital durchsetzen zu müssen - wurde in den Aktionen von Erwitte und Kalletal sichtbar.
In beiden Betrieben hatte sich eine klare Mehrheit für kämpferische Aktionen durchgesetzt, die von den örtlichen Gewerkschaftsleitungen unterstützt wurden. In beiden Fällen lag zu Anfang klar die Initiative in den Händen der Betroffenen Kollegen, organisiert von der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation. Unter dem Druck der Besetzung unterstützten die Gewerkschaften IG Metall und IG Chemie (nach Auseinandersetzungen) zwar die Aktionen verbal, übernahmen sie jedoch noch nicht einmal als offizielle Kampfmaßnahme aus Furcht vor unternehmerischen Regreßansprüchen. Statt überregionaler Mobilisierung, verbalradikale Abwiegelung : Im Falle Erwitte stellte die IG Chemie in ihrer Presse Seibel als außerordentlichen Einzelfall unter ganz spezifischen Bedingungen dar, damit den anderen Kollegen erst gar nicht der Gedanke kommen konnte, Seibel sei nur ein besonders konsequenter Vertreter seiner Klasse. Die Signalwirkung einer Betriebsbesetzung sollte so verhindert werden, denn Stillhalten in der Krise ist die gewerkschaftliche Devise. Das Kampfrisiko verblieb damit ausschließlich bei den betroffenen Kollegen.
Indem auf"gütliche Verhandlungen" hin orientiert wurde, gelang es den Gewerkschaften auch, dem in der Besetzung zum Ausdruck kommenden Machtanspruch der Kollegen die Spitze zu nehmen.
Gerade aber die Aufgabe der Besetzung vor einem annehmbaren Verhandlungsergebnis schwächte die Position der Belegschaften entscheidend. Ihre Ziel der Erhaltung der Arbeitsplätze wurde durch den gewerkschaftlichen Versuch ersetzt, eine möglichst reibungslose Abwicklung der geplanten Maßnahmen mit sozialen Trostpflästerchen zu erreichen.
In Erwitte hat heute das Arbeitsgericht das Sagen, in Kalletal wurde die Entscheidungsebene "hoch" verlagert zum regionalen Bezirk der IG Metall (der zusätzlich Druck vom Hauptvorstand bekam) und der Konzernspitze Demag - Mannesmann.
Durchzuhalten wäre aber die Besetzung nur mit Unterstützung der gesamten gewerkschaftlichen Organisation gewesen. Diese fürchtete aber gerade, daß der Widerstand Schule machen könnte und damit das sozialdemokratische Krisenmanagement ernsthaft gefährden würde. Man ließ deshalb die Aktionen erstmal laufen, bis die Kollegen außer Puste waren, und präsentierte ihnen dann ein "befriedigendes Verhandlungsergebnis".
Nachdem es den Gewerkschaftsführungen so gelungen war, den Kampf zu verrechtlichen, übernahmen sie ihn und wurden scheinbar seine Träger. Die Spontaneität der Belegschaften wurde so erfolgreich abgewürgt. Damit wurde verhindert, daß Arbeiter lernen, daß Gewerkschaften nur Vermittlungsorgane ihrer eigenen Stärke sind,und die Politik der Stellvertretung wieder hergestellt.

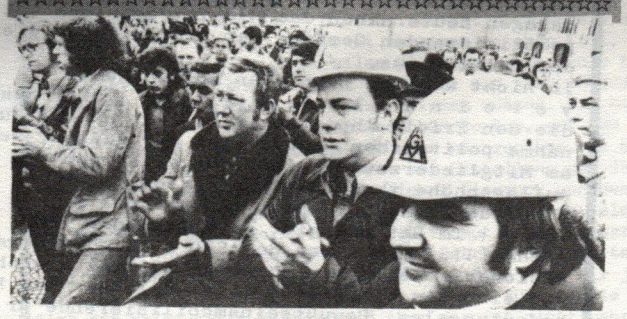
Die selbständige Aufnahme von Kontakten zu anderen Betrieben der gleichen Branche, die im Fall Kalletal von der IG Metall bewußt hintertrieben wurde, sowie die Gründung von Bürgerinitiativen zeigen, daß die ungenügende Unterstützung durch die gewerkschaftliche Gesamtorganisation von den betroffenen Belegschaften deutlich gespürt wurde. Im "express" artikulierten die Demag Betriebsräte ihre Kritik : " Wenn wir auf unsere Kollegen, die in den Bezirksleitungen und auch in Frankfurt (Sitz des IGM Bundesvorstandes, Anm. d. Verf.) sitzen, warten, kriegen wir'n Bart wie Methusalem."

Diese an der gewerkschaftlichen Basis sich bildende Opposition gegen die Unterwerfung der Gewerkschaften in der Krise ist starkem Integrationsdruck der Gesamtorganisation unterworfen.
Erwitte und Kalletal zeigen so nicht nur den Kampfeswillen von Belegschaften, die Anwendung konsequenter Kampfformen und die partielle Aneignung der örtlichen Gewerkschaftsstruktur, sondern auch wie geschickt über eine scheinbar solidarische Unterstützung die Integrationsstrategie funktioniert. Dieses Zuckerbrot, das gereicht wird, wenn Belegschaften geschlossen Widerstand leisten, wird ergänzt durch die Peitsche des Gewerkschaftsausschlusses, wo es sich innerhalb des Betriebes nur um minoritäre Positionen handelt (z.B. die jetzt laufenden Ausschlußverfahren gegen Gewerkschaftler, die bei den Betriebsratswahlen 1975 auf oppositionellen gewerkschaftlichen Listen kandidierten).

Der eingangs aufgezeigte scheinbare Widerspruch zwischen Lohnverzicht und partiellen kämpferischen Aktionen löst sich somit auf.
Er zeigt aber viel von der inneren Widersprüchlichkeit einer Organisation, die, um nicht unterzugehen, gezwungen ist, Arbeiterinteressen zu vertreten, ohne aber den Kapitalismus in einer seiner schwersten Krisen grundsätzlich anzugreifen.

Arbeiter-Solidaritäts-Fonds

Die verschärfte ökonomische Krise mit ihren negativen Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterklasse – in Form von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und verschärftem Leistungsdruck – wird von den Kapitalisten skrupellos zur Disziplinierung der Kollegen in den Betrieben ausgenutzt. In dieser Situation sind besonders jene Kolleginnen und Kollegen gefährdet, die sich in der Vergangenheit als konsequente Gewerkschafter, als unbequeme Betriebsratsmitglieder oder als Sprecher in spontanen Arbeitsniederlegungen hervorgetan haben. Stehen Entlassungen oder Versetzungen an, so sind sie am ehesten betroffen. Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros konnte in der Vergangenheit zur Finanzierung von Solidaritätsaktionen sowie zur direkten Unterstützung für streikende, entlassene, ausgeschlossene oder anderweitig mit Repressalien bedrohte Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften beitragen. Mit den zunehmenden Disziplinierungsmaßnahmen des Kapitals gegen einzelne Kolleginnen und Kollegen und gegen Betriebsgruppen werden auch die Anforderungen an den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds ständig wachsen. Deshalb rufen wir dazu auf, Spenden an den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds zu überweisen: Girokonto 17413263-11 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach. Kollegen und Gruppen, die den Fonds in Anspruch nehmen müssen, schreiben an Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591.



DIE LINKEN UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Über diesen Tatbestand zerbrechen sich allerlei linke Strategen den Kopf und präsentieren uns griffige ' Lösungen '.Am weitestgehenden ist die der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) der KPD und einer Position unter den Spontis,die am besten durch K.H.Roths Buch "Die andere Arbeiterbewegung" repräsentiert wird: Sie empfehlen den 7 Millionen Arbeitern und Angestellten der DGB Gewerkschaften den Austritt.

Roth sieht die Gewerkschaften als Teil des kapitalistischen Unterdrückungszusammenhanges in der Fabrik.Die Ursache wird darin gesehen,daß sich die gewerkschaftliche Mitgliedsbasis aus qualifizierten Arbeitern mit Funktionen in der betrieblichen Hierarchie zusammensetzt.Die Bilanz: Die traditionellen Arbeiterorganisationen stünden "unwiderruflich und mit demonstrativer Offenheit auf der anderen Seite der Barrikaden (...),ohne daß es ihnen schon voll bewußt wäre."
Die revolutionäre Alternative sieht Roth im multinationalen Massenarbeiter als unterdrücktestem Teil der Arbeiterklasse.Der zweifellos produktive Ansatz im Rothschen Buch,die militanten Kämpfe der unqualifizierten Arbeiter mit dem Legalismus der Gewerkschaftsbewegung zu konfrontieren,soll hier nicht diskutiert werden;es geht allein um die konterrevolutionäre Rolle,die er den Gewerkschaften zuweist.
Diese Aussage wird von der KPD und KPD/ML,wenn auch aus anderen Gründen,geteilt,weshalb diese beiden Gruppen vor drei Jahren flugs eine " nagelneue, blitzsaubere und unbefleckte revolutionäre Gewerkschaft " (Lenin) gründeten als Konkurrenzorganisation zu dem von " sozialdemokratischen Verrätern " geführten DGB Gewerkschaften,als Neuauflage und Farce zugleich der (gescheiterten) RGO der KPD in den zwanziger Jahren. (Zur Kritik an der RGO lesenswert: Kritisches Jahrbuch 73 "Gewerkschaften und Klassenkampf ",Aufsatz von der Prokla,Fischer Verlag)

Diese Trauer um die Abwesenheit des Revolutionären in den Gewerkschaften verkennt vollkommen deren objektiven Charakter,wie auch das Bewußtsein der Rolle en über die Gewerkschaften.Für sie ist nämlich der Schutz wichtig,der ihnen von diesen Gewerkschaften in Form von Rechtsschutz und Streikgeld geboten wird.Auch erkämpfte Rechte von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Urlaubsgeld sind den Kollegen in Erinnerung.Ihnen den Gewerkschaftsaustritt zu raten,geht total an ihrem Bewußtsein vorbei.Es offenbart aber auch mangelndes Verständnis der objektiven Funktion von Gewerkschaften,die niemals revolutionäre Organisationen sein können.Gewerkschaften sind vor allem die Bedingung dafür,daß sich das Wertgesetz beim Tausch der Ware Arbeitskraft durchsetzt.Naturwüchsig kommt es nämlich nicht zur Geltung,weil der einzelne Kapitalist seiner Profitmaximierung wegen den Lohn so weit wie möglich (auch unter das Existenzminimum) drücken will,ohne sich Sorgen um die Reproduktion der Arbeitskraft zu machen,so lange diese momentan im Überfluß vorhanden ist.

Gewerkschaften sichern die Reproduktion der Ware Arbeitskraft.Sie verhandeln um die Höhe des Lohns. So sehr sie auch " Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals " (Marx) sein können und als solche von den Arbeitern begriffen werden,so konstituieren sie sich dennoch überhaupt erst auf der Anerkennung der Lohnarbeit. (Zur kategorialen Ableitung der Gewerkschaften sehr lesenswert der Artikel in ' Probleme des Klassenkampfes ' Nr.13)

Ideologien vom " gerechten Lohn ",vom " Verteilungskampf " etc haben ihre Ursache in der gewerkschaftlichen Organisation selbst und beruhen nicht auf ideologischer Intervention des Reformismus.
Da formbestimmend für jede Gewerkschaft die Vertragsfähigkeit mit dem Kapital bleibt,ist die Gewerkschaft als revolutionäre Organisation ein Paradoxon.
Deshalb ist es Unsinn,den Gewerkschaften Verrat an revolutionärer Politik oder dergl. vorzuwerfen,denn sie waren als Gewerkschaften nie revolutionär.Im Gegenteil läßt sich die These aufstellen,daß der Reformismus als Massenerscheinung gerade seine Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung hatte.

LENINISMUS + SOZIALDEMOKRATIE

Der klassische Leninismus in Gestalt des KBW hält es dagegen grundsätzlich für richtig,in den Gewerkschaften zu bleiben.Gewerkschaften sind für ihn die erste Stufe der proletarischen Organisierung,die Schulen des Sozialismus,weshalb sich die Kommunisten sozusagen als Lehrer in diesen Massenorganisationen tummeln müssen.Der Schritt von der vollständigen Unorganisiertheit zur,wie es Lenin sagt, elementarsten,untersten,einfachsten,zugänglichsten Organisationsform,den Gewerkschaften,wird als Anzeichen für die Zunahme von Klassenbewußtsein und als Streben nach Organisation gewertet.Der KBW hat die Leninsche Gewerkschaftstheorie fast wörtlich übernommen unter Betonung des instrumentellen Charakters der Gewerkschaften für eine kommunistische Politik.

Die entscheidende Schlacht für die Leninisten wird immer noch im Kampf um die Staatsmacht geschlagen, der sich vom gewerkschaftlichen Tageskampf (nur ökonomistische Bedeutung) grundsätzlich unterscheidet und für den als Organisation nur die politische Partei der Arbeiterklasse als Führung in Frage kommt.

Diese Position trifft sich im entscheidenden Punkt mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsauffassung,(wobei unter sozialdemokratisch hier nicht die Mehrheitsströmung der reformkapitalistischen law and order SPD gemeint ist,sondern deren reformistische Randgruppen,die allerdings großen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung haben). Nach den Reformisten wird der "demokratische Sozialismus " (was auch immer das sein mag) Schritt für Schritt über vom Staat verordnete Reformen erreicht,wobei die Gewerkschaften Wasserträgerfunktionen haben.Sie haben sich aus der Sphäre der Politik letztlich rauszuhalten,weil hier die Partei bestimmt.Der Schnittpunkt der Leninistischen mit der sozialdemokratischen Position ist also die Trennung des politischen und ökonomischen Kampfes.
Der Sozialismus stellt sich in beiden Positionen über den Staat ein (wenn auch auch auf vollkommen verschiedenem Weg),während die ökonomischen Kämpfe als Vorstufe des politischen Kampfes bestenfalls bewußtseinsmobilisierenden Charakter haben.So erst erhält auch die Konstituierung einer Partei als Organisation für die politische Ebene ihre Legitimation.

KRITIK AN DIESER POSITION :

Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Trennung historisch jemals eine Berechtigung hatte. Vielmehr soll hier die These aufgestellt werden, daß heute unter der Bedingung der Untrennbarkeit von politischem und ökonomischem Kampf das ökonomistische, dogmatische Verständnis von Gewerkschaften in die politische Backgasse führt.

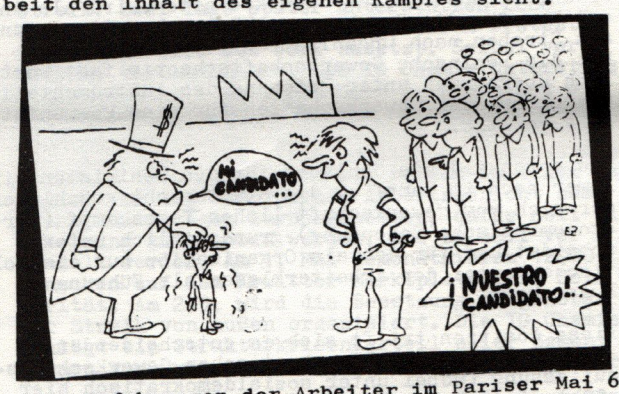
Dogmatisch ist es, weil es sich ahistorisch an Lenin orientiert, ohne auf veränderte objektive Bedingungen, wie z.B. auf die seit der Weltwirtschaftskrise 1928 zunehmende Intervention des Staates bei fortschreitender Zentralisation und Konzentration des Kapitals einzugehen. Zwar bleibt auch der Staat im Monopolkapitalismus eine besondere Instanz neben den Einzelkapitalen, seine Funktion als Garant des kapitalistischen Produktionsprozesses kann er aber heute nicht mehr nur mit den klassischen Repressionsmitteln (Polizei/Justiz) erfüllen. Vielmehr greift er mit einem vielfältigen Instrumentarium (z.B. Stabilitätsgesetze) direkt oder indirekt in die Produktion ein (bis zum Erwerb entscheidender Anteile in Einzelkapitalien, z.B. VW u. VEBA, oder der Übernahme von Schlüsselindustrien, z.B. in Österreich und England, was natürlich am Klassencharakter der Gesellschaft nicht das Geringste ändert).

Damit ist die traditionelle Aufgabe von Gewerkschaften, die Lohnpolitik, als Einkommenspolitik Bestandteil staatlicher Tätigkeit geworden. Um dem Kapital plan- und vorausschaubare Verwertungsbedingungen zu verschaffen, versucht der Staat heute massiv die gewerkschaftliche Lohnpolitik zu reglementieren (Lohnleitlinien, Konzertierte Aktion, Propaganda, Rechtsprechung zum Streik etc,).

Eine aktive gewerkschaftliche Politik muß somit heute auch immer mit staatlichen Interessen kollidieren und bewegt sich so gezwungenermaßen auf der klassischen polit. Ebene.

Es ließen sich leicht weitere Beispiele für die Nichttrennbarkeit des politischen Kampfes vom ökonomischen Kampf finden.
Ist z.B. der Streik von Müllwerkern und Lehrern um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen ökonomischer oder politischer Kampf ? Wichtiger scheint es aber, auf die Tatsache hinzuweisen, daß in den konsequenten Kämpfen von Arbeitern bewußtseinsmäßig diese Trennung gar nicht mehr gemacht wird.

Diese Tendenz zeigt sich deutlich in den am weitesten fortgeschrittenen Klassenkämpfen in Italien und Frankreich. Hier offenbart sich ein Bewußtsein, das auf die Zerschlagung der kapitalistischen Struktur des Betriebes gerichtet ist und in der Aufhebung des Zwangscharakters der Arbeit den Inhalt des eigenen Kampfes sieht.



In den Erfahrungen der Arbeiter im Pariser Mai 68 und in den italienischen Klassenkämpfen zeigt sich das Interesse an radikaler Veränderung der kapitalistischen Produktion. Der Konflikt im Betrieb als Ausgangspunkt des Klassenkampfes mit der Perspektive der Aufhebung aller bürgerlichen Verkehrsformen kann so nicht mehr in das Schema 'Politischer - Ökonomischer Kampf' gepreßt werden. Seine ökonomistische Reduktion durch die traditionalistischen Parteien - wie der KPF im Mai 68 - bleibt weit hinter dem Bewußtsein der militanten Arbeiter zurück.

Gleiche Entwicklungen sind auch bei uns möglich, wie die Kämpfe westdeutscher Arbeiter für die Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen oder die Betriebsbesetzungen von Erwitte und Kalletal zeigen.

Damit ist auch angedeutet, warum ein Gewerkschaftsverständnis auf der Basis der Trennung des politischen und ökonomischen Kampfes in die Sackgasse führt : Bei den Sozialdemokraten läuft es auf die Entfunktionalisierung der Gewerkschaften, auf, objektiv gesehen, ihre Abschaffung als eigenständige Verbände hinaus, weil nunmehr der Staat die ökonomischen Daten "wissenschaftlich" setzt, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern zu vermitteln haben, wenn's nicht anders geht mit viel Brimborium und "Kampf".
Jedenfalls gilt dies, solange Sozialdemokraten in der Regierung sitzen.

Bei den Leninisten kann die klassische ökonomistische Beschränkung der Gewerkschaftsarbeit auf die Tagesforderungen und damit der Versuch einer Rekonstruktion der historischen Gewerkschaftsbewegung die politischen Fesseln des ökonomischen Kampfes nicht sprengen und zerstückelt, was im Bewußtsein, den Bedürfnissen und Erfahrungen von Arbeitern tendenziell bereits als Einheit existiert.

Was dann ?

Sozialistische Gewerkschaftsarbeit liegt in der Entfaltung des autonomen Widerstandes der Basis.
Organisierte Interessenvertretung impliziert heute politisches Bewußtsein. Ein massenhafter gewerkschaftlicher Widerstand in dieser schwersten Krise des Kapitals seit 1928 hätte antikapitalistisches Bewußtsein zur Voraussetzung, wie auch ein Durchschauen des Klassencharakters der sozialdemokratischen Krisenmanagementgaukelei.
Gerade in der Krise kann gewerkschaftliches von politischem Bewußtsein nicht mehr getrennt werden.

Die Kritik an den politischen Verhältnissen, die Kritik an bürgerlichen Verkehrsformen (auch der Verkehrsform Gewerkschaft als systemgebundener Organisation) wird so zum Bestandteil einer konsequenten Wahrnehmung unmittelbarer Interessen.
Die Aneignung der Gewerkschaften in den autonomen Kämpfen darf dabei nicht mit der leninistischen Taktik der Eroberung der Gewerkschaften (Motto : Die Basis lebt ganz ohne Not, ist die Führung erstmal rot) verwechselt werden, bei der die schlaffen Sozialdemokraten durch tapfere, aufopferungsbereite Kommunisten ersetzt werden.
Aneignung heißt die Zerstörung der gewerkschaftlichen Hierarchie als Teil bürgerlicher Herrschaft und die Herstellung eines instrumentalen Verhältnisses zwischen gewerkschaftlicher Betriebsorganisation und Apparat.
In Erwitte und Kalletal wurde zeitweise die örtliche Gewerkschaftsorganisation, der örtliche Apparat, von den Belegschaften angeeignet. Er wurde von ihnen benutzt, funktionierte nach ihrem Willen und trug so zur Verbreiterung des Kampfes bei, ohne neue Hierarchien zu schaffen. Die Grenze dieses autonomen Widerstandes wurde, wie oben beschrieben, ebenso in Erwitte und Kalletal klar :
Betriebskämpfe können auf der jungfräulichen Basis reiner Interessenvertretung in der Krise kaum gedeihen wegen der integrierenden Abwiegelungsstrategie der Gewerkschaftsvorstände, die politische Gründe hat. Sie sind in ihrem Erfolg an die Entwicklung autonomen politischen Bewußtseins gebunden.

Die Überwindung der Partikularität der Kämpfe, die Durchbrechung der von den Gewerkschaftsführungen erzwungenen lokalen Beschränktheit solcher Konflikte, die Entfaltung proletarischer Öffentlichkeit also, werden diesen Prozeß weiter voranbringen.
Dabei gilt es nochmals daraufhinzuweisen, daß diese Bewegung aus den Betrieben heraus kommt und von niemand in sie hineingetragen zu werden braucht.
Wenn man sie von außen unterstützen will, dann sicher nicht so, daß innerbetrieblich geplante "spontane" Aktionen bereits vor deren Beginn von Mlern vor dem Werkstor bekannt gemacht werden, indem zu eben diesen Aktionen aufgefordert wird. Dann finden sie nämlich nicht mehr statt (so geschehen in einem uns bekannten Fall in Nordrhein Westfalen durch den KBW und in Westberlin einmal von der KPD).

Sinnvoll dagegen ist es, authentische Berichte von Kollegen über ihre Kämpfe, ihre Erfahrungen oder ihre Forderungen zu verbreiten. Auch die Zurverfügungstellung von spezifischen Kenntnissen, beispielsweise über Arbeitsmedizin, Arbeitsrecht und Ökonomie, kann innerbetrieblich für eine sich bildende Opposition unterstützend sein. Ebenso die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.
Der Widerstand selbst sitzt aber im Betrieb und damit im Zentrum kapitalistischer Gewalt (und das ist eben der Betrieb und nicht der Staat, ihr Leninisten !), die er an ihrer Wurzel packt. Wegen der Untrennbarkeit von politischem und ökonomischen Kampf entwickelt sich dieser Widerstand zugleich als politische Bewegung und sprengt so das traditionale Verständnis gewerkschaftlicher Arbeit.
Wo sich aktive, handlungsfähige sozialistische Betriebsgruppen als Kern einer solchen Politik herauskristallisieren, war - soweit wir solche relevanten Gruppen kennen - ihre Parteiunabhängigkeit entscheidend. Verheerend wirkt sich dagegen heute schon das Hineintragen des entpolitisierenden Gezänks der Studentenparteien in den Betrieb aus.
In nicht wenigen Betrieben hocken heute v e r e i n z e l t e Mitglieder linker Sekten, die den Erfolg ihrer Politik nicht an der Zunahme politischen Bewußtseins der Klasse, sondern am Mitgliederzuwachs ihrer Organisation und der Auflagenhöhe ihres Blättle messen.
(Vor der BASF z.B. geht es manchmal zu wie an der Mensa : Im Betrieb gibt es Mitglieder von sechs (!!) links von der SPD stehenden Organisationen. Die machen zusammen natürlich nichts und sind als einzelne - eingeschlossen der DKP - bedeutungslos. Bewußtseinsmobilisierende Arbeit wird dafür von Arbeitskreisen der IG Chemie gemacht, die ein politisches Verständnis ihrer Arbeit entwickeln.)

Dieser autonome, politische Arbeiterwiderstand (zumeist in gewerkschaftlicher Form) braucht keine sozialistische oder kommunistische Partei traditioneller Machart, die ihn anleitet oder politisches Bewußtsein einhaucht, weil er sich selbst nur auf der Basis politischen Bewußtseins entfalten kann. Im Gegenteil : Gott schütze ihn vor den Parteien !

Seine objektive Basis hat dieser Widerstand im Anhalten der kapitalistischen Krise und der damit verbundenen Zunahme insularer Konflikte (d.h. es kommt nicht zum Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige, aber zu Einzelzusammenbrüchen, wie z.B. Betriebsstillegungen), so wie das sozialdemokratische Bewußtsein seine Grundlage in der Prosperitätsphase des Kapitalismus mit seinen steigenden Reallöhnen und der Abwesenheit größerer Arbeitslosigkeit hatte.
Die Ablösung vom sozialdemokratischen Bewußtsein, die Erfahrung der sozialdemokratischen Politik als Hemmnis bei der Durchsetzung eigener Interessen, wird sicher nicht linear zur wirtschaftlichen Krisensituation verlaufen.
Die Septemberstreiks 69 als erste selbständige Klassenaktionen folgten auch erst der Krise nach; Die Entwicklung einer klassenkämpferischen Basis in der Arbeiterklasse wird sich gegen den Widerstand der Gewerkschaften insgesamt, nicht aber prinzipiell gegen die betriebliche gewerkschaftliche Organisation durchsetzen.

Entscheidend für die Stabilisierung der Ansätze a
der Basis wird die Entwicklung funktionierender Gegenöffentlichkeit und die Fähigkeit der Linken zur unterstützenden Zusammenarbeit sein.
Ob die westdeutschen Gewerkschaften den italienischen oder den amerikanischen Weg gehen, wir davon mit abhängig sein.

Welchen Einfluß die Kämpfe im Reproduktionsbereich (Nahverkehr, Wohnungskampf, Gesundheits -, Schulwesen) auf diese Entwicklung haben, was der eigenständige Beitrag von Intellektuellen in ihrem Beruf dazu ist, welches der Sinn von sozialistischer Arbeit in den 'Staats'gewerkschaften GEW und ÖTV ist und wie es dort zugeht, davon - erschreckt nicht ! - wird euch demnächst ein weiterer Artikel künden.

G.E. Nosse

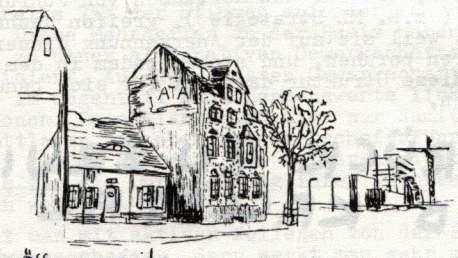
(nach Diskussionen in der Arbeitsgruppe Gewerkschaft der Initiative Sozialistisches Zentrum Heidelberg und im ISZ Plenum über unser Gewerkschaftsverständnis - der Artikel will nur unseren Diskussionsstand markieren und keine Grundsatzerklärung sei

Kunscht ↓

die kleine galerie

69 Heidelberg-Rohrbach · Rathausstr. 52 ·

Horst Frey präsentiert
vom 10. - 23.11.75 Graphiken u. Gemälde
Thema: Architektur u. Mensch



Öffnungszeiten:
Mo., Mi., Do., Frei. von 17.00 - 20.00 Uhr
Sa. u. Feiertags von 16.00 - 19.00 Uhr
Sonntags von 10.00 - 13.00, 16.00 - 18.00

Dienstags ist zu !

links
Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf ca. 24 Seiten Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Aktionsmodelle, Berichte aus der Linken international. "links" ist eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

JULI/AUGUST '75
O. Negt: Erfahrung, Emanzipation und Organisation
D.Horster/J. Perels: Ernst Bloch
A. Buro: NATO und Portugal
W. Müller-Jentsch: Betriebsratswahlen
S. Berg: Einzelkämpfer in der Provinz
SEPTEMBER '75
E. Altvater: Ökonomische Krise und politische Disziplinierung
W.-D. Narr: Zum Berufsverbot
Cravos: Die Rolle der PS in Portugal
Schulstreik gegen 'Sparmaßnahmen'
E. Wedekind: Kritik des SB-Schwerpunkts Betriebsarbeit
Jonas/Ludwig: Autonomie und Widerstand

Preis für das Einzelheft DM 1,50
Jahresabonnement DM 21,- incl. Versand
Probeexemplare und Bestellungen bei
Sozialistisches Büro + Verlag 2000 GmbH
605 Offenbach 4, Postfach 591

14

TRIKONT 8 München 80 Josephsburgstr. 16

Karl-Heinz Roth
Die „andere" Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart
Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Die „andere" Arbeiterbewegung: das sind die unbekannten Kämpfe der unqualifizierten Arbeiter, auf die die Linke immer mit ideologischer Blindheit reagiert hat, gegen die das Kapital aber seinen ganzen Repressionsapparat mobilisiert hat. Gezeigt wird die Kontinuität dieser Arbeiterbewegung bis zu den Streiks 73. Völlig neue Aspekte unserer Geschichte: Arbeiterkämpfe im 3. Reich, monatlich 25.000 Arbeiter wegen Streikbeteiligung verhaftet usw. Mit Dokumentation und Quellenmaterial.
395 Seiten 19.80 DM

Eckhard Brockhaus
Kapitalistische Entwicklung und Arbeiterkampf
(Vor dem ersten Weltkrieg)
Krise und Funktionswandel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – Umwälzung der Produktionsstruktur – Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse – Massenkampf, Militanz, direkte Aktion, Arbeitsunlust als Merkmale der entstehenden „anderen" Arbeiterbewegung.
ca. 220 Seiten ca. 14 DM

Daniel Cohn-Bendit
Der große Basar
Aus Frankreich ausgewiesen, lebt er heute in Frank
Seine Erzählungen und Reflexionen aus dem „Basa
sind gleichzeitig Bestandsaufnahmen und Schlußfol
rungen aus der Geschichte der letzten 10 Jahre. Ma
aus heutiger Sicht eines Beteiligten. Kritik des Kom
nismus. Das Identitätsproblem eines linksradikalen
den. Israel. Starkult. In Deutschland: Betriebsarbeit
Emigranten, Rocker, politischer Terrorismus, Häus
kampf, Wohngemeinschaften, Kinder, Diskussion n
er Agitationsmittel und Organisationsformen.
ca. 200 Seiten ca. 10 D

Die Wunden der Freiheit

Selbstzeugnisse, Kommentare und Dokumente aus
Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung un
tige Unterdrückung in den USA. Vom Beginn der I
nisierung bis zur Besetzung von Wounded Knee 19
ca. 280 Seiten ca. 20

endlich erschienen: ‚Bommi' Baumann
WIE ALLES ANFING
ca. 120 Seiten ca. 10 DM

Brandneue Kurzgeschichten von Alexander Kluge

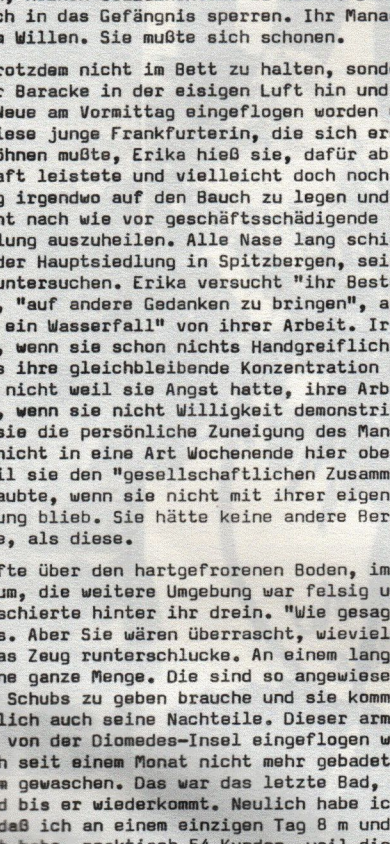
DAS FRONTSCHWEIN

Die Hektik, mit der südlich von Spitzbergen nach Öl gesucht wurde, steckte auch Marie-Luise Girkenson aus Oberhessen, genannt Fretty, an. Was sollte man in dem Barackennest auf der vorgelagerten Insel auch anderes anfangen als unmittelbar arbeiten. Sie hatte ein Furunkel am Hintern und ihr Manager, der eine Zuneigung für die Fleißige fühlte, bestand darauf, daß sie dieses Furunkel zunächst ausheilte und deshalb einige Tage aussetzen mußte. Du weißt genausogut wie ich, antwortete Fretty, daß ich den größten Teil meiner Arbeit auf den Knien verrichte. Das Furunkel stört überhaupt nicht. Sie war nicht zu bewegen, sich auf dem Bauch liegend in ihrer Baracken-Kammer mehrere Vormittage, Nachmittage, Abende und Nächte zu langweilen, keinen Sozialkontakt zu haben. Dann kannst Du mich auch gleich in das Gefängnis sperren. Ihr Manager bestand aber auf seinem Willen. Sie mußte sich schonen.

Sie war trotzdem nicht im Bett zu halten, sondern wanderte vor der Baracke in der eisigen Luft hin und her. Zufällig war eine Neue am Vormittag eingeflogen worden und der Manager stellte diese junge Frankfurterin, die sich erst an das Nordklima gewöhnen mußte, Erika hieß sie, dafür ab, daß sie Fretty Gesellschaft leistete und vielleicht doch noch dazu brachte, sich ruhig irgendwo auf den Bauch zu legen und das nach seiner Ansicht nach wie vor geschäftsschädigende Furunkel durch Ruhigstellung auszuheilen. Alle Nase lang schickte er den Arzt aus der Hauptsiedlung in Spitzbergen, seine beste Arbeitskraft zu untersuchen. Erika versucht "ihr Bestes", Fretty zu beruhigen, "auf andere Gedanken zu bringen", aber Fretty redete "wie ein Wasserfall" von ihrer Arbeit. Irgendwie versucht sie, wenn sie schon nichts Handgreifliches zu tun hatte, wenigstens ihre gleichbleibende Konzentration auf den Job zu beweisen, nicht weil sie Angst hatte, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wenn sie nicht Willigkeit demonstrierte, davor schützte sie die persönliche Zuneigung des Managers, sondern weil sie nicht in eine Art Wochenende hier oben rutschen wollte und weil sie den "gesellschaftlichen Zusammenhang" zu verlieren glaubte, wenn sie nicht mit ihrer eigentlichen Aufgabe in Berührung blieb. Sie hätte keine andere Berührungsfläche, meinte sie, als diese.

Sie stampfte über den hartgefrorenen Boden, immer um die Baracke herum, die weitere Umgebung war felsig und unbegehbar, Erika marschierte hinter ihr drein. "Wie gesagt, macht mir das nichts aus. Aber Sie wären überrascht, wieviele darauf bestehen daß ich das Zeug runterschlucke. An einem langen Tag schluckt man da eine ganze Menge. Die sind so angewiesen, daß ich ihnen nur einen Schubs zu geben brauche und sie kommen schon. Das hat natürlich auch seine Nachteile. Dieser armselige Blödmann z.B., der von der Diomedes-Insel eingeflogen wurde, hat sich vermutlich seit einem Monat nicht mehr gebadet. Von ihm habe ich etwa 14 cm gewaschen. Das war das letzte Bad, das er gehabt haben wird bis er wiederkommt. Neulich habe ich das mal berechnet, daß ich an einem einzigen Tag 8 m und 10 cm Schwanz geschluckt habe, praktisch 54 Kunden, weil die meist nur einen Blasejob wollen. Das gebe ich ihnen. Gehört zum Verkaufspaket. Das kommt daher, daß die alle paar Wochen mal runter in die Bundesrepublik fliegen, und ich glaube, die wollen zu diesem Heimaturlaub keinen Tripper mitbringen. Als ob sie den bei uns kriegen könnten.

Sie war nicht müde zu kriegen. Später hockte sie sich in ein Zimmer der Baracke, nahm ein paar Gläschen zu sich, war aber vor 3 Uhr nachts nicht müde. Um 6 Uhr wachte sie wieder auf, weckte die unausgeschlafene Erika, wollte wieder auf die Arbeitserfahrung eingehen. Der Manager entschloß sich dann, doch Fretty lieber wieder einzusetzen, da ihr die Untätigkeit nicht bekam. Statt eines Ordens gab er ihr 2 Einhundert-Dollarnoten, sie steckte sie nicht ans Kleid, wie er vorschlug, sondern verstaute sie in ihrer Sammelkiste.



ADDITION VON UNGERECHTIGKEITEN IM LAUF VON 2 JAHREN. ARBEITSKAMPF GEGEN EINEN UNTERNEHMER MIT WOHNSITZ AN WEIT ENTRÜCKTEM ORT.

Nordöstlich von Mannheim befindet sich ein mittlerer Betrieb, der Bauchemie herstellt. Der Betrieb gehört dem Unternehmer Lohmann, der seinen Wohnsitz in Berlin hat. Von dort aus genießt er Steuervorteile. Am Ort des Betriebes wird er durch den Geschäftsführer Hermann vertreten.

Vor 2 Jahren hat Lohmann einen kranken Gastarbeiter überredet, wenigstens 2 Stunden täglich zu arbeiten, es aber bei der Krankmeldung zu belassen. So hat er dem Betrieb Arbeitskraft auf Kosten der Sozialversicherung, wenn auch in begrenztem Umfang, zugeführt. Anschließend flog der Chef mit der firmeneigenen Chesna zur Côte d'Azur. Das ist bemerkt worden. Eine Betriebsverfassung lehnt Lohmann unter Bezugnahme auf ein Rundschreiben seines Arbeitgeberverbandes, das er aber nicht vorzeigt, ab. Belegschaftsmitglieder versuchen eine Betriebsratswahl vorzubereiten. Sie stellen eine Kandidatenliste zusammen. Lohmann landet mit der Chesna in Betriebsnähe und erklärt: Ich werde die Belegschaftsmitglieder, die kandidieren, noch vor der geplanten Wahl entlassen. Ich verbiete die Wahl. Die Belegschaft fügt sich. Lohmann hat sich von seinem Fluggerät nur um 5 m entfernt. Die abgekanzelten Initiatoren sind zu dem Flugfeld hinausgekommen. Jetzt startet er in nördlicher Richtung.

Im Durchschnitt geht es um einen Monatsbetrag von 1,50 DM pro Person, auf 1 1/4 Jahre gerechnet ist dies trotzdem eine Summe. Kollegen überzeugen den Buchhalter, daß dies gezahlt werden muß. Aber auf schriftliche Eingaben der Buchhaltung antwortet Lohmann in Berlin (oder an einem Ferienort) nicht. Der Buchhalter legt aus eigenem Einkommen einen Betrag vor, pumpt Arbeitnehmer an, zahlt das Geld im Namen der Firma aus, "um Schlimmeres zu verhüten".

Die Mutter des Unternehmers, die in Mannheim wohnt und den Betrieb stellvertretend für Lohmann von Zeit zu Zeit ins Auge faßt, besitzt einen bissigen Hund. Nach dem Gesetz muß dieser Hund an der langen Leine geführt werden. Der Hund beißt einen Arbeiter, der das Betriebstor schließt. Geschäftsführer Hermann entscheidet, daß dies als Betriebsunfall an die Berufsgenossenschaft zu melden ist. Es wird ein Unfallbericht erfunden; obwohl der gebissene Arbeiter außer dem Schmerz keinen Schaden hat, wird dieser Vorgang als ungerecht empfunden. Er spricht sich herum.

Besonderer Vertrauensmann des Geschäftsführers ist der Meister Gärtner, der aus einem in Niedersachsen gelegenen Betrieb Lohmanns in den Mannheimer Betrieb versetzt worden ist. Von ihm heißt es: Gärtner hat ein Stopp-Ohr. Das Gerücht ist unsinnig. Richtig ist, daß der horcht, das Arbeitstempo über die Geräuche des Betriebs kontrolliert. Außerdem besitzt er eine Stoppuhr, mit der er Arbeitszeitmessungen durchführt. Er mißt auch die Zeit, die die Kolleginnen auf der Damentoilette verbringen. Er behauptet, sie lesen dort Comic-Hefte, legen heimliche Frühstückspausen ein. Er kann das nur durch Hinweis auf die gestoppten Zeiten beweisen. Gesetzt den Fall, er hätte Ohren, die sich in eine Stoppuhr verwandeln und es gilt der Satz, daß wenn einer schielt und die Glocke 12 schlägt, er für immer schielt, dann kann es sein, daß bei Auslösung der Werks-Alarmsirene oder des Mittagsignals Gärtners als Stoppuhr verwendetes Horchohr auf immer ihm zu Seiten des Kopfes hängt. Er müßte die Frisur ändern, die er kurz geschnitten trägt, so daß lange Haare das Schandzeichen verdecken.

In den ersten Novembertagen wird die schwangere Gitti Schwardorf entlassen. Gittis Kollegin Erna Lager kündigt daraufhin von sich aus. Es ist ungesetzlich, Schwangere zu entlassen. Die Arbeiterinnen lassen Gitti und Erna nicht aus dem Betrieb heraus. Insbesondere Erna Lager soll sich das nochmal überlegen. Die Arbeitskolleginnen halten die beiden Frauen, von denen Erna ganz außer sich ist, in den Betriebsräumen fest. Sie schließen die Tür ab. Geschäftsführer Hermann berichtet telefonisch nach Berlin und der Anwalt Lohmanns erstellt Anzeige gegen sämtliche Kolleginnen der Abteilung wegen Freiheitsberaubung. Es hat sich in den 2 Jahren eine gewisse Kampflust der Belegschaftsmitglieder angesammelt. Die Abteilungen streiken. Geschäftsführer Hermann, Meister Gärtner, der Sicherheitsbeauftragte Wulff hat einen unmittelbaren Eindruck, "aus den Augen, aus dem Sinn" von der "Energie", mit der insbesondere die Arbeiterinnen "befallen" sind. Sie rechnen mit Sturheit und telefonieren nach Berlin. Lohmann hat aber dort keine unmittelbaren Eindrücke. Er staucht die Vertrauten am Ort wegen "Feigheit vor dem Feind" zusammen. Der Streik zieht sich 6 Wochen hin. Lohmann hat Verluste. Er erwägt, den Betrieb samt Streik zu veräußern, erhält aber kein Angebot. Es ist schwierig, den unmittelbaren Arbeitskampf am entrückten Wohnsitz des Unternehmers zur Auswirkung zu bringen, obwohl jetzt die Unternehmensvertreter am Ort, auf Grund ihrer sinnlichen Eindrücke, zu Verbündeten der streikenden Belegschaft werden. Sie telefonieren täglich. Lohmann verbittet sich die permanente Störung. Er hat noch andere Betriebe, die ihm Sorgen machen. Was heißt in einem solchen Fall, der Klügere gibt nach? Zwischen allen Klugheiten liegt die Entfernung. Gerade daß Lohmann nicht einfliegt und sich in Rede und Gegenrede stellt, macht die Arbeiterinnen wütend. Sie haben es offensichtlich nicht mit einem Menschen zu tun, auf den man einige Stunden einschreit, um ihm dann nachzugeben. Es bleibt beim Streikbeschluß. Zu spät, erst bei Erstellung der Jahresbilanz, erhält Lohmann einen sinnlichen Eindruck von dem, was er hier tut. Er hat Schaden genommen. Er klagt sich telefonisch bei Geschäftsführer Hermann aus, daß vermutliche Konkurrenten inzwischen ihre Verbindung zu den vom Betrieb belieferten Baustellen aufgenommen hat, längst liefern. "Das kann mir ja egal sein. Es wird zu Produktionseinschränkungen führen, die letztlich die Belegschaft schädigen." Aber das ist nicht wahr, denn es schädigt ihn noch mehr. Es ist ihm nicht egal. Er nimmt die Entlassung von Gitti Schwardorf zurück, läßt die Anzeigen wegen Freiheitsberaubung widerrufen, die Ermittlungsbehörde ermittelt aber von Amts wegen, stellt irgendwann das Verfahren ein. Lohmann muß zusätzlich die Wahl eines Betriebsrats hinnehmen. Erna Lager ist trotzdem nicht zu versöhnen. Sie wechselt den Betrieb. "Irgendwann muß man etwas tun, was man wirklich will, sonst weiß man das hinterher nicht mehr."

Der Betrieb transportiert die in Beutel abgefüllte Chemikalien in eigenen LKWs zu den Baustellen in Nordrhein-Westfalen. Aus der Ferne hat Lohmann immer wieder Einsparungsideen, die über den Geschäftsführer bekannt gegeben werden. So können z.B. die Kosten für das Hotel der LKW-Fahrer und ihrer Begleiter, die das Material an den Baustellen abladen, gespart werden. Betten werden nach Hagen transportiert. Diese Feldbetten machen es möglich, daß Fahrer und Begleiter auf den Baustellen schlafen. Die LKW sind als Gebrauchtwagen gekauft. Am 4. April des laufenden Jahres löste sich der Motor eines LKWs aus der Halterung und fiel auf die Vorderachse. Der Vorgang spricht sich herum. Es ist eigentlich unverständlich, wie der Motor herausfallen konnte. Durch Rosteinwirkung frißt er sich in der Halterung eher fest. Es müssen andere, unbekannte Alterungserscheinungen der Gebraucht-Mühlen sein, die den gefährlichen Vorgang möglich machten. Die Fahrer erörtern längere Zeit diese Frage. Der Unfall ist bis in die Produktionsabteilung herein, in der vor allem Frauen beschäftigt sind, bekannt. Sie sind keine KFZ-Meister, beginnen sich aber für die Motoren der Firma zu interessieren.

Im Mai wird Pedro Ventura (Portugiese) vom Gehilfen des Geschäftsführers, Fritz Wulff, der zugleich Pfortendienst betreibt, und die Verantwortung für die Sicherung des Betriebs innehat, ein Eisenstück in den Rücken geworfen, damit er besser spurt. Eine Gruppe von Lageristen werden aus ihrem Urlaub, den sie gemeinsam nach Posen gebucht haben, zurückdisponiert. Sie werden in dieser Urlaubszeit zur Umorganisation des Lagers herangezogen. Im Juli stand der Belegschaft eine Belegschaftsversammlung zu. Sie wird gegen einen, vom Unternehmen bezahlten Trinkabend eingetauscht. Man erfährt, daß die Arbeitgeberanteile für die Fahrer, Lageristen sowie die Belegschaftsmitglieder der Produktionsabteilungen seit einem Jahr nicht abgeführt worden sind.

ZUR IMAGEBILDUNG, WENN 2 PARTEIEN KOPF AN KOPF LIEGEN UND ES UM DIE RÜCKSICHTSLOSE AUSPRESSUNG EINES RESTQUÄNTCHENS AN SYMPATHIEERHÖHUNG GEHT.

An sich war dieser Werbefachmann in seinem quergestreiften Sakko eine Art Quatschdrossel. Deplaciert als Dauerredner vor den anwesenden Politprofis, die nicht die Zeit für soviel verwirrende Einzelinformation hatten. Sie waren nur hergekommen, weil die Wahlkampfleitung dies auf ihr Programm geschrieben hatte und wollten etwas sehr einfaches wissen: Was müssen wir tun, um noch ein paar Mischwähler in 6 Wochen und 4 Tagen zu uns herüberzuziehen. Sie brauchten nicht in Psychologie, Soziologie oder irgendeiner anderen Wissenschaft unterrichtet zu werden, um dieses Interesse klar zu sehen und hätten jeden plausiblen Vorschlag, auch kurz vorgetragen, akzeptiert, wenn er nur irgendein Versprechen enthielt.

Statt dessen versprach der von der Werbefirma zu dieser Veranstaltung geschickte "Leiter der Abteilung Grundsatz" überhaupt nichts, stahl ihnen die Zeit, indem er ununterbrochen redete, an dem Diagerät schaltete oder fingerte, ihnen Tonbänder vorspielte usf. Trotzdem war mit zunehmendem Zeitablauf der Abgeordnete Gerloff diesem Mann dankbar, denn er merkte wohl, daß er, verurteilt zu dieser Passivität, die das Hin- und Herhetzen zwischen Bonn und Wahlkreis unterbrach, ruhiger wurde. Vielleicht war dieser Effekt beabsichtigt, daß nach Art eines autogenen Trainings in seinem Kopf Ruhe einkehrte und er vielleicht Sieger wurde im Wahlkampf, weil er doch nach 2 Stunden Wortbewurf zur nächsten Veranstaltung im Wahlkreis weniger nervös erschien.

Der Wortverkäufer führte 4 Tonbandaufnahmen vor, in der ein "Bewerber für ein politisches Amt" sich vorstellte. Es war jedesmal dieselbe Stimme. Aber auf 2 Bändern sprach der Bewerber als im außerschulischen Bereich sehr erfolgreicher Mann, auch nicht unintelligent. Auf den beiden anderen Bändern sprach die gleiche Stimme mit eher durchschnittlicher Intelligenz und berichtet von mäßigen Erfolgen. Auf 2 Bändern, worauf das eine die überlegene, das andere die durchschnittliche Person vorstellte, widerfuhr dem Bewerber gegen Ende des Interviews jeweils ein Mißgeschick. Er verschüttete eine Tasse Kaffee über seine Kleidung.

Jetzt sollten die Politprofis raten, welche der 4 Bewerber die sympathischeren waren.

Mertens: Das war doch viermal derselbe.

Leiter der Abteilung Grundsatz der Werbeagentur S: Nehmen Sie einmal an, es wären 4 Verschiedene.

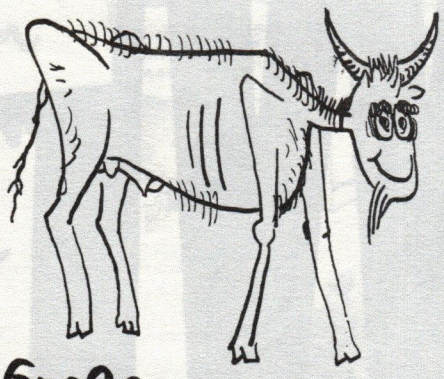
Dorfmann: Was sollen wir da beurteilen? Wir sehen das doch nicht aus der Laiensphäre.

Willi Keil: Nun sagen Sie uns schon, nachdem Sie uns neugierig gemacht haben, wer nach Ansicht Ihrer Firma hier die größere Sympathie erntet. Wir können ja dann sehen, ob wir das auch so machen.

Der Leiter der Abteilung Grundsatz bestand jedoch auf einer Abstimmung, die mit beachtlicher Mehrheit ihre Sympathie dem intelligenteren, erfolgreichen Bewerber zuwendete, der die Tasse Kaffee über seine Kleidung geschüttet hatte. Hieran knüpfte der Leiter der Abteilung Grundsatz in seiner Analyse: Laien urteilen genauso. Die attraktivste Person ist immer die Überlegene, der ein Mißgeschick passiert. "An dem Mißgeschick selbst ist nichts anziehendes; es hat den Effekt, daß es die Attraktivität des Überlegenen erhöht und die des Durchschnittlichen senkt. Es ist möglich, daß man für sein eigenes Vorwärtskommen zu gut ist. Eine im hohen Maß kompetente Person kann unter Umständen mehr bevorzugt werden, wenn sie das Image übermäßiger Perfektion nicht aufrecht erhielt.

Interessant sagte Mertens. Sie fraßen jetzt diesem Leiter der Abteilung Grundsatz aus der Hand und akzeptierten binnen einer knappen Viertelstunde alle übrigen, z.T. kostspieligen Vorschläge, die er im Auftrag seiner Firma vortrug. Sie hatten verstanden, daß er ihnen deshalb so aufwendig auf die Nerven gefallen war, auch deshalb die clownsartige Jacke trug, um seine überlegene Kompetenz mit einer Schwäche zu verknüpfen, die ihr Vertrauen nach 1 1/2 Stunden ja auch tatsächlich gewann. So wollten sie es in den nächsten Wochen mit ihren Wählern im Wahlkreis auch machen.

Bei Unterkommunikation
Durst etc.
hilft: Weißer Bock



Große
Mantelgasse
beim Sibleyhaus

Initiative Sozialistisches
Zentrum Heidelberg
(im Sozialistischen Büro)

Informationen etc. mittwochs 17 - 19 Uhr

Ingrimmstraße 28 (linker Laden - Vorsicht ! im rechten hocken die Revis)

IKE & TINA
REVUE '75
Sonniges Spanien
-Halle
KAISERSLAUTERN: Musikhaus Schaller, Tele
TICKETS FOR AMERICAN IN ADVANCE
MANNHEIM: American-Express, Käfer
HEIDELBERG: Patton-Barracks
KAISERSLAUTERN: American-Express, Voge
BAUMHOLDER: American-Express
RAMSTEIN: Tours Office, Airbase
WORMS: Taukunnen-Barracks
Arrangement: Konzertbüro M. Hoffmann, Mannheim, Telefon 122
8. NOV
WHO
6.7.
Donnerstag 6.11.75
Freitag 7.11.75
jeweils 20 Uhr
Eberthalle
Mittwoch
26.
Chrysalis
LR TOURNEE